

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 11. April 1980

14. Jahrgang

Frauen, Jugendliche, Behinderte:

Ausschußware am Arbeitsmarkt?

442 000 Frauen arbeitslos

NÜRNBERG. — Nach den neuesten Verlautbarungen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ist die Arbeitslosigkeit aus im Frühling saisonbedingten Gründen auf 3,8 Prozent zurückgegangen. Damit hat sie den Durchschnittswert des letzten Jahres erreicht, und es ist mehr als fraglich, ob der Jahresdurchschnitt von diesem Jahr den von 1979 unterschreiten wird. Doch trotz des Rückgangs der Arbeitslosenziffer klafft die Schere zwischen Männer- und Frauenarbeitslosigkeit immer weiter auseinander.

Trotz Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz hat es die werktätige Frau noch schwerer als der Mann, heutzutage einen Arbeitsplatz zu finden. Während die Arbeitslosenziffer bei Männern im März drei Prozent beträgt, hat sie bei Frauen die überdurchschnittliche Höhe von fünf Prozent. Während bei den Männern die Arbeitslosigkeit von Februar auf März um 18 Prozent zurückging, reduzierte sie sich bei den Frauen lediglich um 5,2 Prozent. Das bedeutet, daß im März rund 10 Millionen erwerbstätigen Frauen 441 500 arbeitslose Frauen gegenüberstehen.

Dabei muß unbedingt beachtet werden, daß diese Zahlen lediglich jene Frauen erfassen, die bei der Bundesanstalt

für Arbeit als arbeitssuchende erfaßt sind. Viele Frauen melden sich dort aufgrund der geringen Chance erst gar nicht.

Seit 1975 hat sich die Arbeitslosenquote um die 1-Million-Grenze eingependelt. Aber innerhalb dieser Million hat sich die Situation für verschiedene gesellschaftliche Schichten und Gruppen spürbar verschlechtert.

Zum einen werden immer mehr Frauen aus der Produktion und dem Erwerbsleben herausgedrängt. Zum anderen trifft die hohe Arbeitslosigkeit in immer größerem Maße die Hauptschulabgänger. Nach der Schule — arbeitslos ist mittlerweile zu einem geflügelten Wort geworden.

Eine weitere Berufsgruppe

bilden die älteren arbeitslosen Kollegen und die Behinderten. Sie werden von den Unternehmern in Zeiten der Krise einfach als Ausschuß betrachtet, als wertloses Menschennaterial, das ihnen zur Ausbeutung nicht mehr zur Verfügung steht, das keine Profite mehr bringt.

Alle Redekünste eines Stings über „Silberstreifen am Horizont“, „erfreuliche Entwicklung“ und ähnliche zusammengelegene Verstrickungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Arbeiter für den Kapitalisten nur insofern von Interesse ist, wenn er ihn zur Erzielung seiner Profite ausbeuten kann. Kann er das nicht mehr, wird rationalisiert, stillgelegt, saniert. Die Jugendlichen, Frauen, Alten und Behinderten trifft es immer zuerst und besonders heftig.

Die Geißel der Arbeitslosigkeit aber ist eine Bürde für die gesamte Arbeiterklasse. Sie wird erst mit dem Sturz des Ausbeutersystems beseitigt sein!

NOKs gegen Olympia-Boycott

Ruderer beginnen Flugblattaktionen

Carter immer stärker isoliert

HANNOVER. — Die Ruderer der westdeutschen Nationalmannschaft haben sich in der vergangenen Woche mit einem Brief an Kanzler Schmidt gewandt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „sich für die Teilnahme der bundesdeutschen Aktiven an den Olympischen Spielen einzusetzen.“

Gleichzeitig haben sie in Hannover eine bundesweite Flugblattkampagne begonnen, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Vizeweltmeister Wolfgang Thiem sagte gegenüber einer Hannoveraner Zeitung: „In dieser Frage wird besonders deutlich, wie wichtig es ist, daß die Gesamtheit der Sportler handelt und ihre Olympischen Spiele und die olympische Idee verteidigt und wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückt. Wer sonst kann die Verteidigung übernehmen, wenn die Politiker die Spiele zu einem Handwerkszeug ihrer Politik verfälschen und sich zu eigen machen wollen.“ Während Carter seinen

Amoklauf gegen die Olympiade weiterführt — er verhinderte jetzt die Fernsehübertragung der Spiele in die USA —, haben sich in der letzten Zeit die ersten Nationalen Olympischen Komitees aus NATO-Ländern für die Teilnahme an der Olympiade ausgesprochen. Besondere Bedeutung hat dabei der Beschluß des britischen NOKs für die Spiele, weil er gegen den erbitterten Widerstand der Thatcher-Regierung zustande gekommen ist. Ebenfalls für die Teilnahme haben sich die NOKs von Kanada und Norwegen ausgesprochen. Es ist an der Zeit, daß auch das westdeutsche NOK einen entsprechenden Beschluß faßt.

Folterungen in El Salvador

Carter ist Drahtzieher des faschistischen Terrors

Beispiel für verbrecherische Außenpolitik der USA

SAN SALVADOR. — Bis Redaktionsschluß war noch nicht klar, wer in den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in El Salvador schließlich die Oberhand behält. Die fortschrittlichen Kräfte, die mit aller

Völlig offensichtlich ist jetzt, daß es sich bei der sogenannten reformerischen Junta, die die Nachfolge des faschistischen Obersten Romero angetreten hat, keineswegs um ein liberales Regime handelt, im Gegenteil: Der konterrevolutionäre Terror hat neue Höhepunkte erreicht. Die Menschenrechtskommission von El Salvador spricht von „systematischer Ausrottung“ aller Regierungsgegner. Das „Historische Institut von Mittelamerika“, eine von Jesuiten geleitete Einrichtung in der Hauptstadt Costa Ricas, hat die Verbrechen der Junta, der „herrschenden Klas-

sen“ und des „Imperialismus“ scharf verurteilt.

Nach dem faschistischen Mord an dem Erzbischof Romero und dem von ultrarechten Fanatikern und Militärs provozierten Blutbad bei seiner Beerdigung dringen Nachrichten von viehischen Folterungen nach draußen.

Die Leiterin der Menschenrechtskommission, Marinela Garcia, spricht von Opfern, denen die Haut abgezogen wurde, denen Säure oder heißer Teer über den Körper gegossen wurde. Seit dem 15. Oktober seien über 1 000 Menschen brutal gefoltert und ermordet worden.

Kraft gegen die Regierungsjunta von Carters Gnaden kämpfen oder die faschistischen Militärs, die nach dem Vorbild Pinochets den Widerstand in einem Blutmeer erstickten wollen.



Flucht vor dem Terror der Militärs.



Massenmord im Rombergpark.

Es war am 30. März 1945, am Karfreitag vor 35 Jahren. Gestapo-Häftlinge wurden mit Lastwagen in den im Dortmunder Süden gelegenen Rombergpark transportiert. Sie waren mit Draht gefesselt. Männer und Frauen, Stahlarbeiter von Hoesch, Bergleute, aus ihrer Heimat verschleppte Ausländer, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen... Insgesamt 289 Antifaschisten. Am 15. April wurden in Massengräbern die ersten Leichen gefunden. Noch kurz vor dem Zusammenbruch ihres Mordregimes haben die Nazis dieses bestialische Verbrechen begangen. Ein großes Mahnmal in der Bittermark bei Dortmund zeugt seither von dem Massaker. Jedes Jahr am Karfreitag findet dort eine Gedenkundgebung statt. Auch die Volksfront war in diesem Jahr dabei.

Pressekonferenz der FIDEF:

CDU / CSU unterstützt „Graue Wölfe“

Auch Förderung
durch westdeutsche Behörden

BONN. — „Gleichgültige bis fördernde Haltung“ gegenüber der faschistischen türkischen Terrororganisation der „Grauen Wölfe“ hat ein Sprecher der „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland“ (FIDEF) den westdeutschen Bundes- und Landesbehörden vorgeworfen. Politiker der CDU bezichtigte er der aktiven Unterstützungen türkischer Faschisten und legte Beweise vor.

So hat der CDU-Politiker und Schwalmstadter Stadtverordnete Hans Eckard Kannapin mindestens zwei führenden Mitgliedern der „Grauen Wölfe“ eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik verschafft, indem er sie als „wissenschaftliche Mitarbeiter“ in einem fiktiven „Türkei-Institut“ beschäftigte. Der Sitz dieses Instituts ist Kannapins Wohnung in Schwalmstadt bei Kassel. Kannapin hat auch die Stadthalle im benachbarten Schwarzenborn für das erste Jahrestreffen der „Grauen Wölfe“ im Februar 1979 gemietet.

Im Zusammenhang mit der

Unterstützung der türkischen Faschisten durch die CDU/CSU nannte der FIDEF-Sprecher auch die Namen des CDU-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen rheinlandpfälzischen Innenministers Heinz Schwarz und des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Strauß hatte bei einem Treffen dem türkischen Faschistenführer Türke Unterstützung und die Schaffung eines für seine Terrororganisation günstigeren psychologischen Klimas in der BRD zugesagt, wie ein jetzt veröffentlichter Briefwechsel bestätigt.

Sofortiges Verbot der faschistischen „Grauen Wölfe“

Proteste gegen ÖTV-Abschluß

MANNHEIM. — Die Funktionärskonferenz der Kreisverwaltung Mannheim der ÖTV hat den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst scharf kritisiert. Die Kritik galt nicht nur der mit 6,3 Prozent unzureichenden Höhe des Abschlusses, sondern auch dem Verzicht auf einen Sockelbetrag.

In einer von der Funktionärskonferenz einstimmig verabschiedeten Resolution heißt es: „Nach den spontanen Aktionen am letzten Donnerstag waren verstärkt Eintritte in die ÖTV zu verzeichnen. Inzwischen ist es umgekehrt. Die Kollegen fühlen sich durch den Tarifabschluß verschaukelt. Durch das verantwortungslose Handeln der Mehrheit der Großen Tarifkommission wurde der Gewerkschaftsbewegung großer Schaden zugefügt. Wir können daher den Abschluß nicht akzeptieren und fordern den Kollegen Kluncker auf, auf eine Funktionärsversammlung nach Mannheim zu kommen.“

Der ÖTV-Tarifabschluß war nicht nur in Mannheim auf Empörung gestoßen. In mehreren Städten hatten die Kollegen noch am Tag vor dem Abschluß ihre Kampfbereitschaft mit massiven Warnstreiks unter Beweis gestellt.

Kommentar

Einige werden sich jetzt vielleicht an einen Film namens „Nordsee ist Mordsee“ erinnern. Und auch die Kommentare in der Presse und den anderen Medien zu der Katastrophe in der Nordsee gehen in diese Richtung. Die „Zeit“ veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel „Leben ist Risiko“, in anderen Zeitungen werden wieder einmal die zerstörerischen Naturgewalten beschworen.

123 Männer sind auf der Plattform „Alexander Kieland“ gestorben, elendig ertrunken. Aber war das Schicksal, war es ein Unglück, sind sie das Opfer der Naturgewalten geworden?

Nordsee — Mordsee?

Nein! Ganz und gar nicht! Diese Männer wurden Opfer des kapitalistischen Profitstrebens! Opfer der Jagd nach Öl, der Jagd nach Profit.

Denn: Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die norwegische Gewerkschaft der Erdölarbeiter seit langer Zeit kleinere Plattformen, verbesserte Sicherheitsvorkehrungen und regelmäßige Katastrophenschutzübungen gefordert hat. Keine dieser Forderungen wurde erfüllt.

25 Milliarden Mark wurden im Ekofiskfeld zur Förderung von Öl und Gas investiert. Betrieben, ausgebeutet und verarbeitet wird dieses Vorkommen von einem — wen erstaunt es — amerikanischen Firmenkonsortium. Und wer die amerikanischen Ölkönige kennt, weiß, daß sie nicht nur an der Wall Street herrschen, sondern auch in der Nordsee. Und er weiß, daß sie nur ein Ziel haben: Profit, koste es was es wolle.

Es sind nicht die ersten Toten, die im gefährlichen Geschäft der Seeförderung in der Nordsee zu beklagen sind. Jetzt sind es schon über 200 Leichen, die den Weg des Ölprofits im Ekofiskfeld pflastern.

Die Lobby der Multis in Norwegen hatte gerade durchgesetzt, daß das Parlament in Oslo die Ausbeutung von Vorkommen auch nördlich des 62. Breitengrads genehmigte. Das war vorher aus Sicherheitsgründen abgelehnt worden, weil dort die See zu rau ist. Das Hauptanliegen der Multis wird es jetzt sein, daß dieser Beschluß nicht revidiert wird. Und deshalb soll möglichst wenig über diese Katastrophe geredet werden.

Dazu braucht man auch noch größere Plattformen, viermal so große wie die gekenterte „Kieland“. 1 200-Mann-Plattformen in der rauen See des Nordens — ein Himmelfahrtsspektakel. Denn bei allen Beteuerungen, die Ursachen der Katastrophe würden jetzt aber ganz genau untersucht, ist noch kein Wort darüber gefallen, die Forderungen der Erdölarbeitergewerkschaft zu erfüllen.

Die Blutspur der Ölmultis ist lang, sehr lang. Sie reicht über Katastrophen und geplanten Massenmord bis zur Verweigerung der Krankenversicherung für die Arbeiter. Verbesserte Sicherheit, festverankerte Plattformen, mehr Kontrollen und Übungen, eine ständige Überwachung — alles das wäre leicht möglich, machbar und nicht einmal besonders teuer.

Es geschieht nicht, weil es am Profit nagt. Das ist der einzige Grund. Und die Zyniker im Fernsehen oder den bürgerlichen Zeitungen, die da am Schreibtisch das gefährliche Leben der Ölmänner beschreiben, ihre Aufgabe ist es, diese grundlegende Tatsache totzuschweigen.

Man kann es, man muß es bei solchen Anlässen immer wieder und deutlich sagen: Das ist der mörderische Kapitalismus, dessen Wüten erst aufhören wird, wenn eine Gesellschaftsordnung geschaffen ist, in der die Ausbeutung beseitigt ist und mit ihr die Menschenleben verschlingende Profitgier.

Aus dem Inhalt

Erneutes Treffen Vetter/ Strauß	16jähriger Antifaschist zum Tode verurteilt in Ankara ..	11
DGB-Maiaufruf	El Salvador: Christdemokraten organisieren den Terror ..	11
Aufwurf zum IV. Internationalen Jugendtag	Zur Lage der ausländischen Kinder und Jugendlichen ...	12
Sinti-Demonstration in Dachau verboten	Artikelserie zur Rentendis- kussion	13
Das „Schandurteil“ von Bruchsal	Zum 80. Geburtstag von Carl Weiskopf	14
Volkskorrespondenzen	Viele vergleichen Strauß mit Hitler	15
Sterben für die USA Teil 6 ..	Satiren von und über Strauß ..	15
Sadat verkauft das Land an die USA		

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kriegsminister Apel in Japan, Neuseeland und Australien

Ein Waffenhändler unterwegs

Uran-Geschäft in Sicht?

CANBERRA.— Der Bonner Kriegsminister Hans Apel befindet sich seit dem 22. März auf einer zweiwöchigen Informationsreise durch Japan, Neuseeland und Australien. Den Kriegsminister interessierten dabei vor allem Informationen über den Waffenbedarf der Gastländer. Wie aus den Presseagenturen verlautet, sind in dieser Hinsicht die Verhandlungen mit Australien am weitesten gediehen.

Am Rande des Besuches von Apel in der australischen Stadt Canberra führte der Abteilungsleiter für Rüstung aus dem Apel-Ministerium, Ministerialdirektor Hans-Ludwig Eberhard, Gespräche mit der australischen Seite über ein Rahmenmemorandum, das zur Zeit bestehende Hindernisse beim Zustandekommen neuer Rüstungsgeschäfte beseitigen könnte.

Haupthindernis ist die extrem hohe negative Zahlungsbilanz der australischen Regierung gegenüber Bonn. Das bedeutet, daß die australische Regierung erheblich mehr Güter aus Westdeutschland eingeführt hat als sie nach Westdeutschland ausgeführt hat. Insbesondere am letzten, 220 Millionen Mark schweren Rüstungsgeschäft läßt sich das verdeutlichen.

Australien hatte für jenen Betrag 90 Leopard-I-Panzer und elf Unterstützungspanzer erworben. Die westdeutsche Seite hatte sich daraufhin zu Kompensationskäufen für 80 Millionen Mark verpflichtet.

Das bedeutet, daß Australien den Kaufpreis der Rüstungsgüter mit dem Export eigener Artikel nach Westdeutschland ausgleichen, eben kompensieren sollte. Zwar hat-

te die westdeutsche Wirtschaft schon Transaktionen im Werte von 270 Millionen Mark ins Auge gefaßt, es war aber lediglich zu Abschlüssen in Höhe von 17 Millionen Mark gekommen, so daß unter dem Strich noch große Verbindlichkeiten gegenüber der westdeutschen Seite offen blieben.

Im wesentlichen führen Wirtschaftsbeziehungen dieser Art zu einer Abhängigkeit des kleineren imperialistischen Partners Australien gegenüber dem größeren Westdeutschland.

Verständlich auch, daß die westdeutsche Verhandlungsposition entsprechend stark ist.

Wie aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. April zu erfahren war, hat Ministerialdirektor Eberhard im Auftrag der Bundesregierung mit dem Export von Rohstoffen zu kompensieren.

Das angestrebte Memorandum soll genau diesen Punkt festschreiben. Somit bekommen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und der australischen Seite neokolonialistischen Charakter. Im Gespräch sind vor allem Mangan, Chrom und Vanadium.

Doch das wichtigste Element des Memorandums dürfte

wohl als Geheimnis behandelt werden. Bekanntlich verfügt Australien in großem Umfang über den Rohstoff Uran, über das die das Bonner Atomprogramm vorantreibenden westdeutschen Imperialisten kaum verfügen.

Auf dem australischen Wunschzettel für Rüstungsgüter steht unter anderem Minenjägmateriale, das Minenräumsystem Troika sowie für das Heer die in der NATO entwickelte Feldhaubitze 70.

Weiter besteht Bedarf an der in der Bundesrepublik entwickelten und gebauten Fregatte 122. Hierfür haben auch die Neuseeländer und Japaner Interesse angemeldet.

Seit sich die internationalen Spannungen durch die Krisenherde Iran und Afghanistan verschärft haben, seit die zwischen imperialistischen Widersprüche größer geworden sind, hat auch der internationale Waffenhandel an Umfang gewonnen, und auch die westdeutschen Kriegsgewinnler machen ihren Schnitt. In diesem Zusammenhang versuchen sie auch zunehmend, eine größere Rolle in jenen Teilen der Welt zu spielen, die bislang das unbestrittene Einflußgebiet des USA-Imperialismus gewesen sind.

Bahro und Hoss weinen um Gruhl

Klassenkampf sei „ungeheuerlicher Fehler“

Parteinahme für Kanzler Schmidt gefordert

STUTTGART.— Die führenden Köpfe der Grünen schwadronieren bekanntlich seit langem von der Notwendigkeit von einem möglichst breiten Bündnis aller politischen Kräfte. Der Stuttgarter Betriebsrat Willi Hoss machte letzte Woche noch einmal klar, daß in dieses Bündnis auch unbedingt „bürgerliche“ Strömungen miteingeschlossen werden müßten. Entsprechend dieser Theorie äußerte er zusammen mit Rudolf Bahro die Befürchtung, ohne eine Revision der Beschlüsse des Saarbrücker Parteitags und die volle Integration Herbert Gruhls würde aus der grünen Bewegung nichts werden.

Dieses dankenswert klare Bekenntnis zum Zusammengehen mit der politischen Reaktion fügte der Star-Theoretiker Rudolf Bahro in die ihm eigenen sendungsbewußten ideologischen Ergüsse ein.

Leute wie er, Gruhl, Hasenclever oder Dinné seien „Vorläufer einer viel größeren Loslösung von den alten Parteien“. In der heutigen Auseinandersetzung ginge es letzten Endes um die Frage, wie man in einer „am Verenden der Zivilisation laborierenden Gesellschaft“ die Zwänge von Kapitalismus und Materialismus durchbrechen könne, verkündete er mit geradezu apokalyptischem Pathos.

Da sei es nicht weiter verwunderlich, daß angesichts dieser Endzeitvisionen der Klassenkampf als völlig veraltetes Ding schleunigst über Bord geworfen werden muß. Alles andere sei ein „ungeheuerlicher Fehler“.

Sicher, wer das Bündnis mit der Reaktion sucht, für den ist jeder Ansatz zum Klassenkampf ein Fehler.

Entkleidet man die aus dem grünen Lager regelmäßig ertösenden Sprüche ihres mitunter visionären und spektakulären Schwulstes, so bleibt an nüchternen Tatsachen übrig, daß all-

jene, die den Grünen ehrlichen Herzens ihre Stimme gegeben haben in der Hoffnung, etwas für den gesellschaftlichen Fortschritt zu tun, übel übers Ohr gehauen werden.

Denn die „Vorläufer einer viel größeren Loslösung von den alten Parteien“ entpuppen sich mehr und mehr als Vertreter einer Loslösung von den

Methoden der alten Parteien, das Volk hinter Licht zu führen.

In diese Erklärung würde auch passen, daß Willi Hoss sich nachdrücklich dafür einsetzte, daß die Grünen sich noch vor der Bundestagswahl unmißverständlich zugunsten des amtierenden Bundeskanzlers erklären müßten.



Der „historische Kompromiß“ im Bild. Bahro (links) will Gruhl unbedingt halten.

Vorstoß gegen Aussperrung

BREMEN.— Nachdem die Hamburger SPD bereits vor einiger Zeit angekündigt hat, noch vor der Sommerpause ein Gesetz zum Verbot der Aussperrung in die Hamburger Bürgerschaft einzubringen, hat nun auch die Bremer SPD eine solche Initiative beschlossen. Ein in diese Richtung zielender Vorschlag des Bremer Bürgermeisters Koschnick stimmte der letzte Bremer Landesparteitag der SPD einstimmig zu.

Die saarländische SPD erklärt in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahl am 27. April, daß sie sich für eine Landesverfassungsänderung im Sinne des Aussperrungsverbotes einsetzen wolle. Im Gegensatz zu Hamburg und Bremen, wo die SPD alleine die Regierung stellt, befindet sie sich im Saarland in der Opposition. Zweifellos haben die wachsenden Aktivitäten zahlreicher Gewerkschafter dazu beigetragen, die SPD-Gliederungen zu ihrem begrüßenswerten Schritt zu bewegen. Bekanntlich gewinnt die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung entgegen den Wünschen der DGB-Führer mehr und mehr Anhänger in den Gewerkschaften.

Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der von Gewerkschaftern aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Schriftsteller Max von der Grün initiierten Kampagne für das Verbot der Aussperrung, deren Wirken zweifellos die Kampfbedingungen für die Ächtung des Unternehmerterrors verbesserte und die DGB-Führer unter Zugzwang setzte.

BASF-Arbeiter cadmiumverseucht

STUTTGART.— Bei zwölf Arbeitern des Werks Besigheim der BASF Farben und Fasern AG wurden Cadmiumwerte von über 30 Mikrogramm pro Liter Urin festgestellt. Das Metall Cadmium und seine chemischen Verbindungen reichert sich über die Nahrungskette im menschlichen Körper an und wird nur teilweise ausgeschieden, so daß die Cadmiumwerte bei gleichbleibender Beeinflussung immer höher werden. Bei andauernder Belastung kann es zu Lungen- und Nierenschäden und zu Knochenveränderungen kommen. Die betroffenen Arbeiter wurden aus der Produktion herausgenommen.

Daimler investiert bei Eidgenossen

STUTTGART.— Die Schweizer Oerlikon-Buehrle Holding, zu deren Konzern auch die FBW-Fahrzeug AG gehört, hat Daimler-Benz eine „maßgebliche Minderheitsbeteiligung“ an eben jener Aktiengesellschaft verkauft. FBW produziert schwere Nutzungsfahrzeuge aller Art.

Zitat der Woche

„Die Strafaktionen der Amerikaner sind begrenzt. Natürlich könnten sie Teheran in Schutt und Asche legen, die Ölfelder in Brand schießen. Aber was wären die Folgen? Der Westen, auf iranisches Öl angewiesen, würde in eine schlimme Wirtschaftskrise gestürzt.“ (Dr. Peter Scholl-Latour in „Bild“ vom 2. April 1980)

Bundesinstitut kritisiert Arbeitsamt

Manipulation der Bundesanstalt bestätigt

Jugendarbeitslosigkeit wird beschönigt

BONN. — Das Bonn/Berliner Bundesinstitut für Berufsbildung hat jetzt, als erste amtliche Stelle, jene Tatsachen bestätigt, die seit langem in der Öffentlichkeit besprochen werden, über die auch der „Rote Morgen“ schon berichtet hatte: Daß die Bundesanstalt für Arbeit ihren Lehrstellenbericht beschönigt und fälscht.

So hatte die Bilanz der Bundesregierung, entsprechend den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, für das letzte Jahr 662 000 Lehrstellensucher genannt, während es entsprechend den Untersuchungen der Forscher des Berufsbildungsinstituts in Wirklichkeit 732 000 sein müssen, also bereits hier einfach 70 000 junge Menschen unterschlagen werden.

Woher diese 70 000 Jugendlichen kommen, ist ganz einfach. In der Untersuchung des Instituts werden einfach jene jugendlichen Schulabgänger mitgezählt, die, abgeschreckt durch die Wirklichkeit und durch persönliche Mißerfolge bei der Lehrstellensuche, sozusagen „parken“, das heißt ein Berufsgrundschuljahr und ähnliche Einrichtungen besuchen, weil sie sich davon versprechen, im Jahr darauf eine bessere Chance zu haben. Dabei handelt es sich um rund 10 000 Teilnehmer solcher Einrichtungen. Die weiteren 60 000 Jugendlichen, die in der amtlichen Statistik nicht auftauchen, sind unter jenen rund 270 000 jungen Menschen zu suchen, die als ungelernte Jungarbeiter oder gänzlich stellenlose Per-

sonen die Berufsschule besuchen.

Auch zum Berufsbildungsbericht 80 errechneten die Forscher eine Zahl von jetzt bereits 64 000 Jugendlichen, die im neuen Bericht nicht genannt werden.

Wie schon anlässlich der Veröffentlichung der Statistik über die Art und Weise, wie die angeblichen Vermittlungen zustandekommen, wußten Bundesanstalt für Arbeit und Ministerium darauf nur eine Antwort: Die Veröffentlichung des Forschungsberichts sollte unterbunden werden. Der Bildungsminister hat jetzt, nachdem sein Bemühen um Geheimhaltung gescheitert ist, die Gangart verändert und eine Kampagne zur Diffamierung der Forschungsergebnisse als unwissenschaftlich angekurbelt.

Die Aufdeckung der gefälschten Statistik im Januar hatte ja bereits ans Tageslicht gebracht, daß es in Wirklichkeit steigende Zahlen von Jugendlichen ohne Lehrstelle und Arbeit gibt, daß diese Zahl in die Hunderttausende geht, daß alles andere nur eine Propagandakampagne der Regierung und Unternehmer ist. Jetzt wird

diese Zahl noch einmal um 70 000 Menschen vergrößert, so daß sie die viertel Million übersteigt.

So ergibt sich nach und nach ein eindeutiges Bild. Während die amtliche Propaganda, wie auch die der Unternehmerverbände und unter ihrer Regie die Presse ständig versuchen, der Öffentlichkeit einzuhämmern, es gäbe faktisch kein Problem mehr, eine Lehrstelle zu finden, während sie sich in diesem Jahr sogar dazu verstiegen zu behaupten, es habe wesentlich mehr Lehrstellen als Bewerber gegeben, tun sie alles, um die Wahrheit, um die echten Zahlen nicht ans Tageslicht kommen zu lassen, oder wenn es doch geschieht, sofort eine Diffamierungskampagne zu lancieren.

Das mit viel Propaganda angekündigte Gesetz zur Berufsbildungsabgabe erweist sich so, wie es die Kommunisten bereits bei der Verabschiedung gesagt haben, als ein bloßes Schönheitspflasterchen auf dem häßlichen Gesicht des kapitalistischen Alltags in diesem Land. Es wird in Wirklichkeit nichts unternommen, Lehrstellen zu beschaffen.



Arbeit mit giftigen Stoffen.

Gewerkschaftsuntersuchungen bestätigen:

Wachsende Zahl von Verstößen gegen Arbeitsschutz

Zwei Untersuchungen der DGB-Gewerkschaften Nahrungsmittel, Genuß, Gaststätten und der IG Bau Steine Erden bestätigen jetzt die Tatsache, daß die Zahl der Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften usw. durch die Unternehmer immer größer wird.

Die NGG organisierte im Raum Frankfurt eine Umfrage unter Jugendlichen über ihre Arbeitsbedingungen und die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Bei 45 Prozent der Jugendlichen, die unter das Gesetz fallen, überschritt die Arbeitszeit das gesetzlich erlaubte Maximum. Bäcker- und Kochlehrlinge mußten teilweise 50 bis 55 Stunden in der Woche arbeiten. Insgesamt wurden bei 150 befragten Lehrlingen mehr als 200 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz registriert.

Kennzeichnend dabei ist auch die Tatsache, daß fast ge-

nau die Hälfte aller „ausbildenden“ Betriebe den Lehrlingen die Bestimmungen des Gesetzes nicht bekanntmacht! Es handelt sich also keineswegs um Zufälle oder irgendwie entstandene Unregelmäßigkeiten, sondern um bewußte, geplante Maßnahmen, die die Ausbeutung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche vereinfachen und verstärken sollen.

Zur selben Zeit wie die NGG gab auch die IGBSE das Ergebnis einer Umfrage vom letzten Jahr bekannt, die sie über die Einhaltung der Ar-

beitsstättenverordnung vom 1. Mai 1976 durchführte. Diese Verordnung gilt in vollem Umfang zwar nur für jene Baustellen und Firmen, die nach dem Datum des Erlasses neu eingerichtet wurden. Aber obwohl sich die Untersuchung der Gewerkschaft darauf beschränkte, solche Baustellen zu prüfen, wurde gegenüber einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahre 1977 eine wachsende Zahl von Verstößen vor allem auf Baustellen registriert.

In sieben von zehn Baustellen im Schnitt fehlte ein Trockenraum für die Belegschaft und bei fast der Hälfte, nämlich 46 Prozent, gab es entweder keine oder unbenutzbare Toiletten!

Die IGBSE hat dementsprechend beschlossen, eine gewerkschaftliche Kampagne für die Einhaltung der Bestimmungen der AVO zu organisieren.

Eine Kampagne, die nur zu begrüßen ist. Denn die Tatsache, daß bei beiden Untersuchungen nicht nur eine große, sondern auch eine wachsende Zahl von Verstößen registriert wurde, zeigt doch mit aller Deutlichkeit, daß die Kapitalisten in schamloser Weise alles ausnutzen, was ihnen mehr Profit bringt, und dies um so mehr, je mehr die allgemeinen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung solche Drohungen wie Entlassung immer schwerwiegender machen. Von Gewerbeaufsichtsamtern aber und ähnlichen Einrichtungen darf man sich da keine Abhilfe erwarten, zumindest nicht ohne genügenden gewerkschaftlichen Druck.

Der Zynismus der Kapitalisten zeigt sich aber auch daran, daß gerade in diesen beiden Branchen, wo die Verstöße offensichtlich am größten sind, lautstark betont wird, es gäbe nicht genügend Bewerber für Lehrstellen.

DAG spaltet

Tarifverhandlungen mit Verleihfirmen abgeschlossen

Ausbeutung wird verschärft

FRANKFURT. — Die Deutsche Angestelltengewerkschaft hat jetzt mit Gültigkeit vom 1. April einen Tarifvertrag mit dem Bundesverband der Zeitarbeitsfirmen abgeschlossen. Damit fällt sie dem erklärten gewerkschaftlichen Ziel, diese Art von besonderer Ausbeutung zu beseitigen, in den Rücken.

Dieser Tarifvertrag soll jetzt dem Bundesarbeitsministerium vorgelegt werden, um offiziell als Tarifbranche anerkannt zu werden. Für die Arbeitsverleiher ist dieser Abschluß mit der DAG ein wichtiger Schritt, um ihr öffentliches Ansehen als Sklavenhalterfirmen zu beschönigen. Der DGB hatte einerseits Tarifverhandlungen mit diesen Firmen abgelehnt, andererseits aber auch nichts unternommen, um das Verbot ihrer Tätigkeit zu erreichen.

Offiziell sind es rund 43 000 Menschen, die für diese Firmen arbeiten müssen. Inoffiziell wird — vor allem in der Bauindustrie ist die Dunkelziffer groß — von bis zu 100 000 Menschen gesprochen. Eine weitere Dunkelziffer sind jene Verleihfirmen, die dem Bundesverband nicht angeschlossen sind, und die auch illegal eingewanderte Arbeiter als echte Sklaven halten.

Welche Dimensionen dieses Menschenverleihgeschäft angenommen hat, zeigt sich an den beiden größten Verleihfirmen, Adia und Manpower. Adia verzeichnete im letzten Jahr einen Zuwachs von 19 Prozent auf 107 Millionen Mark Umsatz, Manpower legte mehr als 50 Prozent zu und kam auf 35 Millionen Mark Umsatz bei rund 5 000 Beschäftigten.

Entsprechend dem Charakter der beiden tarifschießenden

Parteien sieht der Tarifvertrag dann auch aus. Die Zahl der Lohngruppen wurde erst einmal von sechs auf acht erhöht, eine Lohnerhöhung von 6,8 Prozent vereinbart, die aber in Wirklichkeit bei den verschiedenen Gruppierungen zwischen 4,5(!) und 9 Prozent liegen.

Die DAG verkündete darüber hinaus großspurig, es wären mit einem weiteren zusätzlichen jetzt 30 Tage Urlaub vereinbart, wobei diese sauberen Gewerkschafter „vergessen“ zu sagen, daß dabei Samstag mitgezählt werden.

Ebenfalls vereinbart wurde eine neue Tätigkeitsbeschreibung, die die genauere Einteilung in die wachsende Zahl der Lohngruppen erleichtern soll.

Spaltet die DAG also schon ganz offen die vorhandene Bewegung gegen die Tätigkeit der Menschenverleiher, so spaltet sie noch ein weiteres Mal zusätzlich, indem sie zu einer Zeit, da überall um bessere und gerechtere Bezahlung gerade für die unteren Lohngruppen gekämpft wird, eine erweiterte Lohngruppenskala, eine vergrößerte Spaltungsmöglichkeit der Beschäftigten untereinander und eine offene Lohnsenkung für die unteren Gruppen möglich macht.

Es ist an der Zeit, daß der DGB seine Aktivitäten gegen das Treiben der Verleiher entscheidend verstärkt.

Chemietarife

IG Chemie stellt Forderungen auf

In den drei größten Bezirken

Unterschiedlichste Forderungen stellten in den letzten Tagen die bezirklichen Tariffunktionen der IG Chemie Papier Keramik in den Tarifbezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen auf. Die Forderungen reichen von 8,2 Prozent bis zu 11,2 Prozent.

Erhoben werden diese Forderungen in den drei Bezirken für mehr als die Hälfte der 700 000 westdeutschen Chemiearbeiter, rund 400 000 Kollegen sind betroffen.

Diese so erhobenen Forderungen richten sich dabei vor allem an die großen westdeutschen Chemiemonopole, die ihre Zentralen in diesen drei Bezirken haben.

Die westdeutschen Chemiemultis haben gerade jetzt vor Beginn der Tarifrunde ihre offiziellen Gewinnangaben für das letzte Geschäftsjahr veröffentlicht.

Dabei erregte besonders die BASF in Ludwigshafen mit ih-

rem weltweiten Gewinn von 1,7 Milliarden Mark großes Aufsehen. 994 Millionen davon wurden im Inland erwirtschaftet. Das bedeutet eine Gewinnsteigerung um 64,6 Prozent.

Auch der Gewinn der halbstaatlichen VEBAG verzeichnete einen enormen Anstieg um fast 150 Prozent auf immerhin rund 470 Millionen Mark.

Das Argument der schlechten Ertragslage werden also die Kapitalisten bei diesen Lohnauseinandersetzungen nicht benutzen können. Erhebt sich die Frage, wie sich angesichts dieser Sachlage die Führung der Gewerkschaft IG Chemie, wie sich Karl Hauenschild und seine

Mannen verhalten werden. Sie sind ja mehr damit beschäftigt, die wachsende Opposition in der Gewerkschaft zu bekämpfen, als eine Front gegen die Multis aufzubauen, deren Superprofite Hauenschild ja noch stets zu rechtfertigen mußte.

Heutzutage allerdings eine Forderung um 8,2 Prozent mehr Lohn aufstellen, das bedeutet schon von vornherein einen Kurs in Richtung Lohnabbau zu steuern. In solchen Forderungen auch nur noch einen Millimeter Verhandlungsspielraum zu sehen, heißt den Profitrekordlern der Chemie und Ölmultis direkt in die Hand arbeiten.



Demonstrierende Chemiearbeiter (Tarifrunde 1977)

Unterhaltungselektronik Thomson-Brandt will Saba kaufen

Die wachsende Konzentrationswelle in der Elektroindustrie, speziell in der von der Krise erfaßten Unterhaltungsbranche, setzt sich fort.

Jetzt wurde bekannt, daß der größte französische Elektronikkonzern, die Thomson Brandt SA die Sabawerke aufkaufen will. Dies wäre bereits der zweite Coup des französischen Großmonopols in der Bundesrepublik innerhalb kurzer Zeit. Denn vorher hatte Thomson bereits Nordmende aufgekauft.

Mit diesem Eindringen in die westdeutsche Produktion führt das französische Monopol seinen Konkurrenzkampf gegen die sich abzeichnende Koalition von Siemens und Philips auf der einen und die japanischen Elektrokonzern auf der anderen Seite.

Daß dieser Konkurrenzkampf der Monopole auf dem Rücken der Werktätigen ausgetragen wird ist eine Tatsache, die sich bereits bei der Übernahme von Nordmende durch Thomson gezeigt hat, als mehrere hundert Kollegen entlassen und nicht ersetzt wurden. Gerade jetzt, wo die neuen Kaufabsichten öffentlich werden, hat die Geschäftsleitung von Thomson der französischen Presse gegenüber noch einmal ausdrücklich betont, sie habe nach wie vor die Absicht, jeden neu übernommenen Betrieb erst einmal gründlich durchzurationalisieren.

Der Belegschaft von Saba droht also eine Entlassungskampagne.

Aus unseren Betriebszeitungen

Zur Lohnrunde im Steinkohlebergbau

So kommt der Bergmann nicht an die Spitze der Lohnskala!

Als das Einheits-Telegramm herauskam, waren die meisten Kumpel sauer und empört. Nur 9,5 Prozent mehr Lohn fordert der IGBE-Hauptvorstand für 1980.

IGBE meint nur einige Teile der Belegschaft, die umgestuft werden sollen. Die RAG hat für ganze 8 Prozent der Belegschaft eine Höherstufung angeboten ... Das heißt wohl, daß in die

Kumpel nicht gut aus! Noch nicht mal der Nachholbedarf vom letzten Jahr ist da berücksichtigt. Die Tarifrunde läuft wieder als Mäuschelrunde zwischen dem Hauptvorstand der IGBE und den Zechenherren.

Oppositionelle Kollegen in der IGBE, wie auch die Genossen der KPD/ML haben sich bemüht, die Forderungen der Kollegen anzubringen, aber es zeigt sich: Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in der IGBE muß größer und stärker werden, sonst sind die Meinungen der breiten Mitglieder-massen nicht gefragt.

Aber die Schmidt, Alker usw. sollen sich nicht täuschen, wie lange die Mitglieder ihre Mäuschelpolitik noch mitmachen ...



„Neue Technik“ = höhere Ausbeutung!

Die neue Technik beschert uns sicher so manches, was wir noch nicht absehen können. Im Moment beschert sie uns neben 1 000 Versetzungen vor allem eines: niedrigere Lohngruppen!

Im Gegensatz zu 1977 arbeiten heute schon wieder über die Hälfte aller Arbeiterinnen bei uns in Lohngruppe 2.

Kein Wunder! Wohin man auch schaut in der neuen Fertigung — die gesamte Flachbaugruppe, die Wrap-Automaten — alles in 2.

Manche Kolleginnen, die von der Lohngruppe 3 dahin versetzt wurden, sagen: „Versteht mich nicht. Das ist doch gar nicht leichter als unsere vorherige Arbeit.“

Antwort: Das hat schon alles seine Richtigkeit. Nach S A B! Die gleiche Antwort bekamen diejenigen, die bei der tariflichen Einmalzahlung merkten, daß da doch was nicht stimmt. Bei uns hat nämlich keiner die 165 Mark für Lohngruppe 2 bekommen, sondern

nur 156 Mark.

Ja, die S A B! Wahrscheinlich wissen die, die so geheimnisvoll darüber reden, selber nicht, was das genau ist. — Aber das ist ja gerade das Tolle an der S A B (Siemens-Arbeitsplatz-Bewertung). Wenn niemand weiß, wie seine Lohngruppe zustande kommt, kommt auch niemand auf die Idee, eine höhere Lohngruppe zu fordern!

Wonach werden die Lohngruppen bestimmt?

Für uns gilt nicht der Tarifvertrag, sondern die Siemens-Arbeitsbewertung. Das ist eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat.

Die S A B ist eine analytische Arbeitsbewertung, die

den Produktionsbedingungen bei Siemens besonders „gerecht“ werden sollen.

In einem so großen Elektrokonzern müssen kleine und kleinste Bauteile gefertigt werden. In dieser Fertigung arbeiten vor allem Frauen. Und deren Löhne müssen niedrig gehalten werden. Dafür ist die S A B gemacht, und dafür ist sie auch hervorragend geeignet.

Das geht so: Jede Arbeit wird nach einem bestimmten Bewertungsschema beurteilt. Für jede einzelne Rubrik gibt es Punkte, je nachdem wie viel oder wenig man für diese Arbeit davon braucht.

Also: • Kenntnisse? Aber ich bitte Sie, was braucht man für diese Arbeit Kenntnisse?

• Verantwortung? Verantwortung wird an dem gemessen, was Sie kaputt machen können — und was können Sie schon kaputt machen?

• Geistige Belastung? Sie wollen mir doch nicht im Ernst sagen, daß Sie bei Ihrer Arbeit denken müssen?

• Muskelmäßige Belastung? Wo denn —, bei leichter, sitzender Tätigkeit?

• Hitze sagen Sie? Lärm sagen Sie? Lötdämpfe? Das ist doch lächerlich! Wir haben eine helle, saubere, lüft- und heizbare Halle, da gibt es keine Umgebungseinflüsse!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

ROTE FAUST

Zeitung der Zelle Blumenthal der KPD/ML

Die IGBE-Führer geben sich noch nicht mal Mühe, so zu tun als ob sie für uns mehr herausholen wollen als den Lohnraubabschluß von 6,8 Prozent bei Metall. Die vom Hauptvorstand ausgegebene Parole: Der Bergmann muß an die Spitze der Lohnskala, wird mit 9,5 Prozent auch nicht annähernd erreicht.

Man faßt sich an den Kopf:

Die Lage für eine kräftige Lohnerhöhung ist selten günstig! Die RAG konnte ihre Halden in den letzten Monaten mit erheblichen Extraprofiten verkaufen.

Nachdem im letzten August schon 4,5 Prozent auf die Kohlenpreise draufkamen, hat die RAG erst am 1. März das zweitemal innerhalb eines Jahres die Preise erhöht, und zwar um 11 Prozent. Eine Gewerkschaftsführung, die diesen Namen verdient, hätte sich bei der Forderung wenigstens an diesen 15,5 Prozent orientiert. Aber die Gewerkschaftsführung der IGBE sitzt in den Direktionen und Aufsichtsräten der Bergbaugesellschaften und läßt sich von den Forderungen der Kumpel nicht beeindrucken.

Das Geld klingelt in den Kassen der RAG wie selten. Der neue Vertrag über die Kohleverordnung verspricht auf Jahre hinaus große Profite für die Zechenherren. Allein die Zeche Blumenthal hat fast 60 Millionen Mark Gewinn gemacht im Jahre 1979.

Die RAG kann zahlen, und sie muß auch zahlen!

Und wie ist die Lage der Kumpel? Wir sind immer weiter abgesackt, besonders Gedingearbeiter wurden ständig um die Lohnerhöhungen betrogen, und alle Kumpel, sowohl über Tage wie unter Tage, Schichtlöhner wie Gedingearbeiter brauchen eine kräftige Lohnerhöhung!

Allein die Benzinpreise sind um wenigstens 25 Prozent in einem Jahr gestiegen. Die „gemeinnützige“ Wohnungsbaugesellschaft der VEBA hat mehrfach in einem Jahr die Mieten erhöht. (Man sollte die Silbe „-nützig“ streichen, die Mieterhöhungen beruhen auf gemeiner Profitsucht!) 60 Prozent Erdgaspreissteigerungen stehen uns bevor. Der Strom wird erheblich teurer. 1980 ist das Jahr der steigenden Preise!

In dieser Situation, die für Lohnverhandlungen günstig ist, fordert der Hauptvorstand lächerliche 9,5 Prozent. Und dann heißt es auf einmal, daß „zusätzliche Anhebungen“ nur für Unter-Tage-Beschäftigte gefordert werden sollen. Aber die

voraussichtliche Lohngruppe 12 wohl nur die freigestellten Betriebsräte rutschen sollen?!

Einstimmig gegen die Kumpel

Kollegen, bei diesem Beginn der Tarifrunde '80 sieht es für die



„Ohne seine Energie sähe es in Zukunft finster aus.“ Stimmt. Deshalb muß der schwer arbeitende Bergmann wieder an die Spitze der Lohnskala. Davon will allerdings Ruhrkohle-Chef Bund (der feine Herr auf dem Foto) nichts wissen.



Aus Profitsucht Gesundheit der Merkenicher Einwohner aufs Spiel gesetzt

Am 19. Februar gab sich Bayer sehr sicherheitsbewußt. Am Morgen lagen Kleber bei den Pfortnern aus, auf denen draufsteht, was man machen soll, wenn giftige Gase an die Luft gelangen. Am Mittag war's schon passiert!

Im Schwefelsäure-Betrieb (im S-Block) fuhr ein Sicherheitsventil auf, weil der Überdruck des Schwefeltrioxids zu groß war. Schwefeltrioxid ist ein Zwischenprodukt bei der Herstellung von Schwefelsäure und Oleum.

Wie Kollegen nun erzählen, wurde nicht etwa gleich die Anlage abgestellt, damit kein neues Gas nachströmen und der Druck wieder abfallen konnte. Vielmehr soll weiterproduziert worden sein in der Hoffnung, daß nach einem kurzen „Abblasen“ das Ventil wieder zufährt. Aber das Ventil blieb minutenlang offen.

Das Schwefeltrioxid wurde

vom Ostwind als ätzende Wolke nach Merkenich getrieben, wo eine ganze Reihe Einwohner darunter zu leiden hatten. Zehn mußten gar zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus.

Bei einer anderen Windrichtung hätte die Wolke genau-sogut nach Wiesdorf oder Manfort treiben oder aber sich im Werk verteilen können!

Bayer hat das ganze natürlich gleich wieder als Betriebsunfall verharmlost. Aber die Feststellung drängt sich geradezu auf: Aus Profitgründen wurde die Gesundheit der Belegschaft und der Anwohner auf's Spiel gesetzt!

LESER BRIEFE

an den „Roten Lautsprecher“

Lieber Roter Lautsprecher!

Die Vorgehensweise des Arztes ist gelinde gesagt eine Schweinerei: Erst tut er so, als ob man simuliere, und wenn die Kollegin auf ihren Beschwerden beharrt, dann ist natürlich niemals der Lötqualm schuldig, sondern Probleme mit der Familie ...

Wahrlich ein Musterbeispiel ärztlicher Kunst!!!

Vor längerer Zeit kam eine andere Kollegin zum Lötten. Sie bekam am neuen Arbeitsplatz sofort einen rot punktierten Ausschlag, ging zum Betriebsarzt und äußerte die Vermutung, daß das vom Lötten komme (sie hatte vorher nie eine Allergie).

Der Arzt lehnte das als völlig unsinnig ab, gab Tabletten und schickte die Frau zum Lötten zurück. Zufällig wurde sie später an einen anderen Arbeitsplatz versetzt, wo die Beschwerden wieder weg waren.

Es ließen sich viele Beispiele anführen, die beweisen, daß sich der Betriebsarzt weder um die Gesundheit der Kollegen

und schon gar nicht um die Gefährdung durch den Arbeitsplatz kümmert — was seine Pflicht wäre.

Die Geschäftsleitung kann sich allerdings freuen, solch einen Arzt zu „besitzen“, dem die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kolleginnen so am Herzen liegt.

Wir allerdings brauchen einen Arzt, der seinem Berufsschwur gemäß handelt: nämlich sich um die Gesundheit der ihm anvertrauten Menschen zu kümmern.

Es gäbe viel über die Behandlung bei der betriebsärztlichen Stelle zu erzählen. Ich möchte hier nur auf zwei Beispiele im Zusammenhang mit dem Lötten eingehen:

Eine Frau wurde zum Lötten versetzt. Schon am ersten Tag bekam sie knallrote Kaninchenaugen, offensichtlich eine Entzündung der Bindehäute, die auch anhält. Nach ein paar Wochen hatte sie dauernde Magenschmerzen, Kopfschmerzen

und bekam eine Brille verschrieben.

Ihr Hausarzt gab ihr ein ärztliches Zeugnis, sie dürfe nicht mehr lötten. Damit ging sie zum Meister, der ihr sagte, daß das gar nichts nütze, sie müsse zum Betriebsarzt. Komisch, daß ausgerechnet der Betriebsarzt — im Gegensatz zum Hausarzt — den Frauen bestätigen darf, ob sie das Lötten vertragen oder nicht!!!

Daß das aber wirklich sein Fachgebiet ist, zeigt sich gleich ... Die Frau ging also zum Betriebsarzt. Erst machte er sich lustig darüber, daß sie gar nicht aussähe wie magenkrank (da muß man wohl erst als Gerippe ankommen!). Dann stellte er unverschämte Fragen zum Familienleben, wo sie das Kind untergebracht habe usw.

Die Kollegin sagte, daß das doch gar nichts mit der Sache zu tun habe, aber das kümmerte den Arzt wenig. Das Ergebnis dieser „Untersuchung“ war, daß er sie an ihren Löt-arbeitsplatz zurückschickte.

An den Roten Lautsprecher!

Am 25.2 gegen 9 Uhr 30 ereignete sich in der Flachbaugruppe ein Arbeitsunfall, der ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsverhältnisse bei Siemens wirft.

Eine Kollegin mußte an ihrem Arbeitsplatz Kisten von einer Ecke in die andere schleppen. Um dem steigenden Arbeitsdruck gerecht zu werden, schleppte sie manchmal mehrere Kisten auf einmal.

Dabei passierte es. Sie spürte einen stechenden Schmerz im Unterleib, dieser schwoll an und verhärtete sich. Zusammen mit einer Kollegin ging sie zu unserer ärztlichen Dienststelle, worauf ihr von der diensthabenden Schwester gesagt wurde, daß der Arzt leider keine Zeit habe, da er Neueinstellungen gründlich untersuchen müsse!

Empört wollte die Kollegin zum Betriebsrat, was die Schwester wiederum verhindern wollte. Sie ging dann aber doch zum Betriebsrat, worauf sie sehr schnell freundlich zum Arzt vorgelassen wurde.

Er untersuchte sie kurz, verordnete Zäpfchen und stellte ihr frei, sich ein wenig hinzulegen, ansonsten sei sie arbeitsfähig!

Auf Bitten des Einrichters und der Kolleginnen war der Meister dann bereit, sie nach Hause gehen zu lassen. Gleichzeitig sagte er aber auf die Frage, ob sie jemand fahren könne: „Wenn der Werksarzt die Kollegin für arbeitsfähig erklärt und ich so kulant bin, sie nach Hause gehen zu lassen, soll sie allein sehen, wie sie dahin kommt, schließlich kann sie sich auch ein Taxi nehmen.“

(Wohnort der Kollegin: Dortmund-Mitte!)

Nach allerlei hin und her konnte sie dann endlich gegen 13 Uhr zu einem Arzt fahren, der sie gründlich untersuchte. Der Arzt stellte fest, daß ein Rückenwirbel ausgerenkt war, schrieb sie arbeitsunfähig und legte ihr einen Gipsverband an.

Weiterhin sagte er ihr, daß ihr sofort ein Krankentransport von der Firma zugestanden hätte.

Das ist ein erneutes Beispiel für die Unmenschlichkeit der Arbeitshetze bei Siemens. Die Produktion muß laufen, auch wenn die Knochen der Belegschaft dabei zu Bruch gehen! Der Ausweg liegt nur im gemeinsamen Handeln der Kollegen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Zum Maiauftrag der DGB-Führung

Schonzeit für Strauß am 1. Mai?

Die DGB-Presse veröffentlichte in der vergangenen Woche den Maiauftrag 1980 der DGB-Führung. Er gibt leider keine konsequente Richtlinie für den gewerkschaftlichen Kampf gegen die schweren Angriffe des Monopolkapitals und der politischen Reaktion auf den sozialen Besitzstand und die Rechte der Arbeiterklasse.

Positiv an dem Maiauftrag ist, daß einige der allerbrennendsten gewerkschaftlichen Forderungen, wenn auch nicht alle, die es verdient hätten, aufgegriffen wurden. So wird das Recht auf Arbeit gefordert und seine Verwirklichung wird als wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet.

Gut so. Aber warum wird dann absolut gar nichts dazu gesagt, wie das Recht auf Arbeit verwirklicht werden kann, wie der Kampf dafür geführt werden kann und muß?

Wenigstens hätte doch gesagt werden müssen, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche dringend notwendig ist, um zumindest einer immer weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Aber so unglaublich es klingt: Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wird in dem Maiauftrag gar nicht erwähnt!

Begrüßenswert ist auch, daß der Auftrag das Verbot der Aussperrung fordert. Die zunehmend massiveren Angriffe der Bourgeoisie auf das Streikrecht, die sich beispielsweise in dem Verbot des RFFU-Streiks im Dezember letzten Jahres zeigten, werden jedoch nicht mit der nötigen Schärfe angeprangert.

Mit Recht wird in dem Maiauftrag hervorgehoben, daß die Einheitsgewerkschaft eine große Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung ist. Aber wo dann darauf eingegangen werden müßte, wer die Einheitsgewerkschaft bedroht, gegen welche Kräfte sie verteidigt werden muß, da wird der Auftrag sehr verschwommen und zweideutig.

Hoesch geht gegen Gerichtsbeschuß in Berufung

Kampf für Wiedereinstellung geht weiter!

DORTMUND.— Seit dem 14. März sind die beiden entlassenen RGO-Betriebsräte wieder als Belegschaftsvertreter auf Hoesch-Union tätig. Eine einstweilige Anordnung des Dortmunder Arbeitsgerichts verpflichtet die Hoesch-Bosse, den beiden RGO-Kollegen bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Kündigungsschutzklage die Ausübung ihres Betriebsratsamtes zu ermöglichen. Inzwischen hat der Hoesch-Vorstand allerdings gegen diesen Gerichtsbeschuß Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung wird im April vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm stattfinden. Der genaue Termin stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Noch nicht ganz klar ist auch, ob die Berufungsverhandlung noch vor dem 22. April stattfinden wird. Am 22. und 24. April beginnen die Verhandlungen über die Kündigungsschutzklagen der beiden Betriebsräte vor dem Dortmunder Arbeitsgericht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Berufungsverhandlung in Sachen einstweilige Anordnung jedoch noch vorher stattfinden.

Daß die beiden RGO-Kollegen gegenwärtig wieder auf der Hütte die Interessen der Kollegen wahrnehmen können, ist zweifellos das Ergebnis der außergewöhnlich starken und breiten Solidaritätsbewegung. Von der Weiterführung dieser Solidarität wird es letztlich ab-

hängen, ob die Wiedereinstellung endgültig durchgesetzt werden kann. Nicht nur für die Hoesch-Belegschaft wäre dies ein wichtiger Erfolg. Damit wäre auch ein allgemeiner Angriff auf die Rechte der gewählten Belegschaftsvertreter zurückgeschlagen.

Inzwischen hat auch Günter Wallraff sich mit den entlassenen Betriebsräten solidarisch erklärt. Am 20. April wird in Dortmund wieder eine Solidaritätsveranstaltung stattfinden, auf der unter anderem auch Günter Wallraff sprechen wird. Ort und Zeit: 18 Uhr in Dortmund-Eving, Stadtwaldrestaurant „Grävingholz“, Evinger Str. 359.

Da heißt es: „Der DGB wird alle Versuche bekämpfen, die Arbeitnehmerschaft zu spalten, die Einheitsgewerkschaft für parteipolitische oder ideologische Zwecke zu mißbrauchen, die Richtungs- und Standesgewerkschaften wiederzubeleben oder Sondervertretungen für leitende Angestellte zu schaffen.“

Warum werden Roß und Reiter nicht beim Namen genannt? Es ist doch für niemanden ein Geheimnis, daß die Versuche, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und die Einheitsgewerkschaft zu zerstören, in allererster Linie und erklärtermaßen vom Kanzlerkandidaten F.J. Strauß und seinen Kumpanen ausgehen! Oder ist die DGB-Führung da anderer Meinung?

Franz Josef Strauß tritt in diesem Jahr an, die Höhen der Regierungsmacht in Bonn zu erklimmen. Für jeden klassenkämpferischen Gewerkschafter ist klar, daß darin eine ungeheure Herausforderung für die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte liegt.

Sicherlich muß der DGB eine parteipolitisch unabhängige Einheitsorganisation der Arbeiterschaft sein. Aber das kann doch niemals heißen, daß er deshalb ruhig zusieht, wie ein Politiker nach der Macht greift, zu dessen Programm die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gehört, ein Vertreter jener aggressivsten Teile des Unternehmertums, die bereit sind, schon heute wieder mit Terror und unter offener Mißachtung der elementarsten demokratischen Grundrechte ihre Profitinteressen durchzusetzen.



Soll der Kampf gegen den gefährlichsten aller Gewerkschaftsfeinde, F.J. Strauß, am 1. Mai keine Rolle spielen? Im Maiauftrag der DGB-Führung wird Strauß und sein politisches Programm nicht einmal erwähnt.

Kampagne gegen Links gefordert

Tandlers „Anweisungen“ an den DGB

MÜNCHEN.— Der bayerische Innenminister Tandler hat jetzt den DGB aufgefordert, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP zu erweitern. Bislang gelten die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der Revolutionären Gewerkschafts-Opinion (RGO), der KPD/ML und den sogenannten K-Gruppen.

Desweiteren hat Tandler in einem Schreiben an den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, die Erwähnung Bernt Engelmanns im Monatsbericht des bayerischen Verfassungsschutzes über die innenpolitische Sicherheitslage in Bayern verteidigt. Die Beteiligung Engelmanns an der Kampagne „gemeinsam gegen Rechts“ wird in dem Verfassungsschutzbericht als verfassungswidrige Aktivität im Rahmen von „Volksfrontaktionen“ gewertet. Bernt Engelmann ist Vorsitzender des Schriftstellerverbandes (VS) in der IG Druck und Papier.

Tandler bezeichnete es in seinem Schreiben an den IG-Druck-Vorsitzenden als den „eigentlichen politischen Skandal“, daß sich Mitglieder der IG Druck und Papier an der „Volksfrontaktion“ gegen F.J. Strauß beteiligten würden.

In der neuesten Ausgabe des CSU-Parteiorgans „Bayernkurier“ wird Bernt Engelmann, der von den CSU-Spitzen bekanntlich mit Begriffen wie „Ratten und Schmeißfliegen“ tituliert wird, als ein „sattsam bekannter Aktivist der kommunistischen Tarnorganisation Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI)“ bezeichnet, der „trotz seiner vielfältigen Volksfronteinsätze“ als SPD-



Der bayerische Innenminister Tandler

Mitglied und „offizieller SPD-Wahlkämpfer“ geduldet würde. Wenn das Wahlkampfabkommen zwischen den Parteien einen Sinn haben solle, müsse Helmut Schmidt jetzt eingreifen, fordert der „Bayernkurier“.

Immer unverfrorener erteilen Strauß, Tandler und Konsorten dem DGB und anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen ihre Anweisungen. Wer sich ihrem fanatischen Antikommunismus widersetzt, wird zum Verfassungsfeind gestempelt. Wer es sich nicht verbieten läßt, Strauß und seine Politik als Gefahr für unser Land, als antidemokratisch und reaktionär zu entlarven, wird zum getarnten Kommunisten erklärt. (Siehe auch „Der Gewerkschaftskommunikator“)

Der Gewerkschaftskommunikator

Im vergangenen Herbst traf Heinz Oskar Vetter zum ersten Mal mit dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU zusammen. Dieses Treffen hat inzwischen Früchte getragen. Gifftige Früchte!

Der Beispiele wären viele. Da war die Maßregelung und Zensur gegen das Jugendmagazin „ran“, mit dem Ziel, die Gewerkschaftspresse auf „den rechten Kurs“ zu bringen. Da war der Versuch der DGB-Führung, die große gewerkschaftliche Tradition des internationalen Frauentags zu unterdrücken, weil diese sozialistische Wurzeln hat.

Inzwischen ist es bereits soweit, daß gewisse DGB-Führer den Gewerkschaften verbieten wollen, sich an Protestaktionen gegen Strauß zu beteiligen. Aus einem diesbezüglichen Rundschreiben des DGB-Bezirksvorstands Nordmark geht hervor, daß man Gewerkschafter, die sich aktiv gegen Strauß und die von ihm verkörperte politische Entwicklung wehren, als Gewerkschaftsfeinde zu diffamieren sucht.

Kein Treffen zwischen Vetter und Strauß!

Da wundert es nicht, daß die reaktionären Führer der CDA (Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Gewerkschafter im DGB) jetzt Oberwasser bekommen, daß sie nach mehr Einfluß und Posten im DGB-Apparat schreien und zugleich dreist die Ächtung linker, klassenkämpferischer Gewerkschafter fordern.

Strauß kann sich die Hände reiben. Die gewerkschaftsfeindliche Kampagne läuft nicht nur von außen. Es fehlt ihr auch nicht an Hilfswilligen im DGB-Apparat. Was das Außen betrifft, so bleibt es nicht bei dem Geschrei, die „kommunistische Unterwanderung“ des DGB müsse endlich gestoppt werden. Ganz unverhohlen fordern die bayerischen Sturmspitzen der schwarz-braunen Reaktion inzwischen, der DGB habe gefälligst nach ihrer Pfeife zu tanzen.

Wie kommt ein Gerold Tandler denn dazu, sich brieflich bei DGB-Führern darüber zu beschweren, daß sie nicht so gegen die DKP vorgehen, wie die CSU dies gerne haben möchte? Was fällt diesem politischen Dunkelmann eigentlich ein? Beschwert er sich doch tatsächlich beim IG-Druck-Vorsitzenden Mahlein, weil dieser seinen Mitgliedern keinen Maulkorb überzieht und es „zuläßt“, daß sie gegen Strauß Stellung beziehen!

Angesichts dieser Umstände ist das für den 21. April angesetzte Treffen zwischen Vetter und Strauß eine Provokation für jeden ehrlichen Gewerkschafter. Allein schon die Tatsache, daß Strauß den Schriftsteller und Gewerkschafter Bernt Engelmann (Engelmann ist Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier) mit „Ratte und Schmeißfliege“ tituliert hat, macht dieses Treffen zu einem absoluten gewerkschaftspolitischen Skandal!

Vetter paktiert mit Strauß und versucht, die fortschrittlichen Gewerkschafter im DGB mundtot zu machen. Diese Politik auch noch als „Wahrung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft“ auszugeben, ist ein nackter Hohn. In Wirklichkeit ist es diese Politik Vetters und seiner Freunde, die die gewerkschaftliche Solidaritätsfront zerstört und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im DGB aufsprengt.

Es ist eine Politik, mit der verhindert werden soll, daß die Arbeiter sich zu einer Klassenfront gegen Reaktion und Faschismus formieren. Eine solche Politik hat in Deutschland schon einmal dem Faschismus die Möglichkeit gegeben, den Sieg über die Arbeiterbewegung zu erringen.

Deshalb müssen wir sie bekämpfen.

Gewerkschaftseinheit gegen F.J. Strauß, den Gewerkschaftsfeind Nummer eins! Kein Treffen zwischen Vetter und Strauß!

Bundestagung der CDA zum DGB-Grundsatzprogramm

„Einheitsgewerkschaft“ nach dem Geschmack der CDU/CSU

MANNHEIM.— Vor kurzem fand in Mannheim die Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Gewerkschafter im DGB (CDA) statt. Die CDA-Führer forderten dabei, daß ihnen mehr Einfluß im Apparat des DGB und seiner Einzelgewerkschaften eingeräumt werden soll.

K.D. Zemlin, einer der stellvertretenden CDA-Vorsitzenden (Vorsitzende der CDA ist die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber), erklärte auf der Tagung, im DGB müsse gegenüber dem CDA mehr „aktive Toleranz“ geübt werden. Das bedeute, daß dem CDA eine stärkere „Vertretung in Gewerkschaftsvorständen, bei Delegierten und in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“ zu gebilligt werden müsse. Die „aktive Toleranz“ müsse sich im Extremfall auch darin bewähren, daß die gewerkschaftliche Disziplin dann zurücktrete, wenn „demokratische Minderheiten glauben, von der Mehrheit abweichende Standpunkte auch öffentlich vertre-

ten zu müssen.“

Mit den „demokratischen Minderheiten“ meint die CDA-Führung sich selbst. Für die Linken, die klassenkämpferischen Gewerkschafter, lehnt die CDA-Führung dagegen ausdrücklich nicht nur eine „aktive“, sondern überhaupt jede Toleranz ab. Die CDA bekennt sich ausdrücklich — so betonte Zemlin — zu jenem Satz in der Präambel zum Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms, in dem gesagt wird, nur diejenigen könnten keine Toleranz für sich in Anspruch nehmen, „die die Gewerkschaft für ihre ideologischen Zwecke mißbrauchen wollen“.

Gemeint sind damit natürlich die klassenkämpferischen

und revolutionären Gewerkschafter.

Zemlin äußerte sich befriedigt darüber, daß die „Entschlossenheit zur innergewerkschaftlichen Toleranz“ aus dem geltenden Grundsatzprogramm übernommen werden soll. Folgenden Satz in der Präambel bezeichnete Zemlin als „Schlüsselsatz“, den man „mit aller Entschlossenheit“ gegen Versuche von links, ihn zu streichen oder zu verändern, verteidigen müsse:

„Die Einheitsgewerkschaft hat die historische Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und

der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.“

Zemlin erklärte dazu: Mit dieser Aussage würden nun „endlich“ die beiden Hauptrichtungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung beim Namen genannt.

Genau diese Stelle in dem Entwurf zum neuen DGB-Grundsatzprogramm, die von den CDA-Führern so sehr bejubelt wird, ist bereits von vielen Gewerkschaften kritisiert worden. Und dies völlig zu Recht, denn sie gibt nicht nur ein völlig falsches Bild von den historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft, sondern auch von den heutigen Hauptströmungen und Tendenzen im DGB. So ist es geradezu lächerlich, die starke revolutionär-sozialistische Richtung zu ignorieren und stattdessen die christliche hervorzuheben, die sowohl von ihrer Stärke her, als auch bezüglich ihrer Rolle als organisierende Kraft unvergleichlich viel weniger Gewicht hat.

Das IV. Internationale Jugendlager wird in der Bundesrepublik stattfinden. Der Termin ist festgelegt (vom 19. Juli bis zum 3. August), ein schöngelagerter Zeltplatz bei Thiergarten im Hunsrück wurde gefunden. Jetzt erwartet der Vorbereitungsausschuß des Lagers die ersten Anmeldungen und im Sommer dann eine rege

Beteiligung von Jugendlichen aus dem In- und Ausland. Welche Zielsetzung mit der Durchführung des Lagers verbunden ist, kann man aus dem Aufruf ersehen, den wir im folgenden abdrucken. Über die Vorbereitungen zum Lager wird der RM in der nächsten Zeit noch berichten.

Aufruf zum IV. Internationalen Jugendlager

Für die Rechte der Jugend — gegen Imperialismus und Reaktion

International stellen sich heute die Probleme der Jugend. International muß deshalb auch unser Kampf sein.

Macht auch ihr mit — Jugendliche auf den fünf Kontinenten. Über die Grenzen von Weltanschauung und Organisationszugehörigkeit hinweg, seid dabei, kämpft mit, wenn es um die Rechte der Jugend geht! Kommt zum Internationalen Jugendlager, das in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet.

Der Startschuß fiel vor vier Jahren in Larzac/Südfrankreich. Und es folgten die Lager in Portugal und Spanien. Ziel dieser internationalen Treffen ist die Stärkung der Solidarität und der Völkerfreundschaft unter der Jugend. Doch gleichzeitig verstehen wir die antifaschistisch-antiimperialistischen Jugendlager auch als eine Demonstration für unsere grundlegenden Forderungen und Rechte.

Wir fordern das Recht auf Bildung und Arbeit!

Millionen Jugendlichen auf der Welt wird heute dieses grundlegende Recht verweigert. In Asien, Afrika und Lateinamerika wachsen sie als Analphabeten auf, werden schon als Kind durch körperlich schwere Arbeiten ausgebeutet und leiden unter der Unterdrückung durch die reaktionären, halbfeudalen und kolonialen Systeme. In den höher entwickelten Ländern, den sogenannten Industriestaaten, hat der Raubbau der reaktionären Kräfte an der Schul- und Berufsausbildung bis heute kein Ende gefunden. Auch hier, wie auf der ganzen Welt, ist die Lage der Jugend durch Arbeits- und Berufslosigkeit gekennzeichnet. Wir wollen nicht länger die Lasten der weltweiten, tiefgehenden kapitalistischen Krise tragen. Wir fordern von den Regierungen und vom Kapital sofortige Maßnahmen:

Schluß mit der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung der Kinder!

Schluß mit faschistischer, reaktionärer und militaristischer Erziehung!

Eine allgemeine, einheitliche, kostenlose und demokratische Schulausbildung für alle!

Eine qualifizierte Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz für jeden Jugendlichen! Keine Benachteiligung der Mädchen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Wir fordern das Recht auf ein glückliches Leben in Freiheit und Demokratie!

Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, Pressezensur, Verfolgung politische Andersdenkender, politische Gefängnisse, Konzentrationslager, Folter und Hinrichtung der Gefan-

genen, blutige Massaker gegen Aufstände, Streiks und Demonstrationen — das ist heute Realität in unzähligen Ländern dieser Welt. Wir wollen keine politische Unterdrückung und keine Willkür der staatlichen Unterdrückungsapparate. Wir wollen keine Militärdiktatur, kein Kriegerrecht und keine faschistischen, reaktionären oder totalitären Staatsformen in unseren Heimatländern. Wir fordern:

Verbot aller faschistischen Organisationen!

Verbot des Einsatzes der bewaffneten Streitkräfte gegen das Volk!

Aufhebung der Gesetze und Verbot aller Praktiken, durch die die Freiheit der Meinung, der Presse, der Kunst und Wissenschaft eingeschränkt oder aufgehoben wird!

Uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb und in der Öffentlichkeit!

Uneingeschränktes Streikrecht!

Mit tiefer Sorge verfolgen wir die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, dem Austragsland des IV. Internationalen Jugendlagers. Zwölf Jahre haben das deutsche und viele andere Völker unter der braunen Hitlerdiktatur gelitten. Und heute drängen in der Bundesrepublik Deutschland wieder faschistische Organisationen verstärkt an die Öffentlichkeit. Seit Jahren erleben wir, wie dort die demokratischen Rechte des Volkes eingeschränkt und abgebaut werden. Mit politischen Entlassungen, Berufsverboten, Zensurmaßnahmen, Polizeiwilckür und einem gigantischen Bespitzelungs- und Überwachungsapparat wurde ein Klima der Angst und Einschüchterung geschaffen. Karl Carstens, seines Zeichens Propagandaoffizier der faschistischen Wehrmacht, wurde zum Oberhaupt des Staates gekürt. Und kaum, daß dieser profilierte Reaktionär den Präsidentenstuhl betreten hatte, da meldete sein „Busenfreund“ — Franz Josef Strauß — Anspruch auf das Kanzleramt an...

Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland bereiten sich auf die „schweren Krisen“ der 80er Jahre vor. Und es besteht die akute Gefahr, daß sie wieder den Weg der 30er Jahre gehen. Warten wir nicht, bis der Schneeball wieder zur alles vernichtenden Lawine wird. Ein neues '33 darf es in Deutschland nicht geben! Stoppt Strauß!

Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Noch nie hat die Jugend ein Interesse an völkermordenden Kriegen gehabt. Doch immer

mußten Jugendliche, gegen ihren Willen, für die Interessen der imperialistischen Mächte ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen. Und heute soll das Zeitalter der Entspannung und Abrüstung angebrochen sein? Blickt in den Mittleren Osten, nach Afghanistan und Iran. Nehmt die Kriegsschauplätze in Indochina oder in Afrika. Der Frieden in der Welt ist heute durch das Ringen der imperialistischen Großmächte um Rohstoffe und Einflußgebiete wieder ernsthaft bedroht. **Nein zum imperialistischen Krieg! Russen raus aus Afghanistan! Amis — Hände weg vom Iran! Für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker! Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes! Schluß mit der Rüstung! Weg mit allen atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen! Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in den Armenen!**

Die Jugend muß den Kampf für ihre Rechte in die eigene Hand nehmen. Die Erfahrungen in allen Ländern zeigen uns, daß die herrschenden kapitalistischen und imperialistischen Systeme keine Lösung für die Probleme der Jugend haben. Es ist keine Zeit zur Resignation. Die Zukunft gehört der Jugend, und sie muß in unserem Interesse gestaltet werden!

Hoch die internationale Solidarität!

Am IV. Internationalen Jugendlager werden demokratische, sozialistische und kommunistische Jugendverbände

teilnehmen. Es ist kein Geheimnis, daß es zwischen diesen Organisationen Meinungsverschiedenheiten, zum Teil auch tiefgehende Widersprüche gibt. Doch alle Organisationen wissen von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des gemeinsamen Kampfes für unsere grundlegenden Rechte, der uns über die Grenzen von Weltanschauung und Organisationszugehörigkeit hinweg verbindet.

Alle teilnehmenden Organisationen sind auf dem Lager völlig gleichberechtigt. Sie führen ihre Aktivitäten im Namen ihrer Organisation selbständig und eigenverantwortlich durch. Einzige Voraussetzung: Alle Aktivitäten müssen innerhalb des politischen Rahmens der Plattform stehen.

Auf dem Lager selbst wird es ausreichend und gute Möglichkeiten geben, um über den gemeinsamen Kampf und die strittigen Auffassungen zu diskutieren. Versuche, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche auszunutzen, um einen Keil in die Reihen der antifaschistischen, antiimperialistischen Jugend zu treiben, einzelne Organisationen auf dem Lager zu diffamieren oder anzugreifen usw., werden von uns abgelehnt und verurteilt. **Wir wollen offene, kameradschaftliche und demokratische Diskussion und Auseinandersetzung, die mit dem Ziel der Stärkung unserer Einheit geführt wird. Denn Einheit bedeutet Kraft und Stärke und ist die Voraussetzung zum Erfolg, während Spaltung der klare Weg in die Niederlage ist.**

Vorbereitungsausschuß für die Durchführung des IV. Internationalen Jugendlagers

Nur 180.-



müssen die Teilnehmer des IV. Internationalen Jugendlagers zahlen, wenn sie sich bis zum 1. Juli anmelden. Bei Anmeldungen nach diesem Termin kostet es 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis.

Zelte müssen mitgebracht werden.

Anmeldungen und weitere Auskünfte über das Lager:

Klaus Kühl

Kaiser-Friedrich-Str. 59

4100 Duisburg-Marxloh

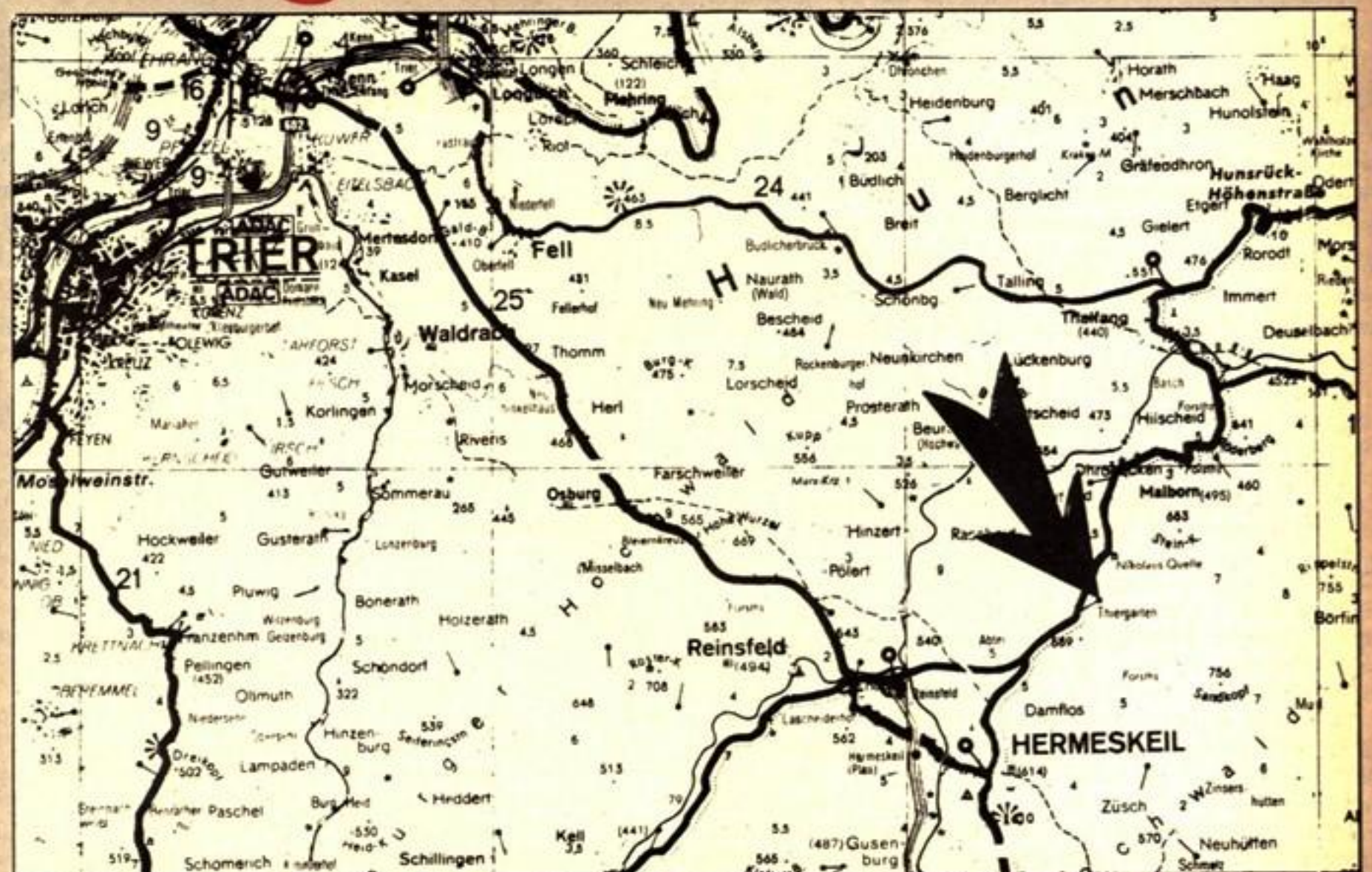


Ein Schnappschuß vom II. Internationalen Jugendlager, das im Sommer 1978 in der Nähe des portugiesischen Küstendorfs Ferrel stattfand. Über 3000 Jugendliche aus Europa, Afrika, Asien und Amerika waren gekommen.



„Für die Rechte der Jugend gegen Imperialismus und Reaktion“ — unter diesem Motto stand das III. Internationale Jugendlager, das im vergangenen Sommer in El Saler/Spainien organisiert wurde.

Thiergarten im Hunsrück



Thiergarten im Hunsrück — etwa 25 Kilometer südöstlich von Trier —: Hier wird vom 19. 7. bis zum 3. 8. das IV. Internationale Jugendlager stattfinden.

Neuaufgabe des braunen Rassismus

Sinti-Demonstration in Dachau verboten

Protest gegen Diskriminierung durch die Behörden

MÜNCHEN.— Brauner Rassenwahn: Nur mit dieser Vokabel läßt sich das Verhalten der westdeutschen Behörden — vor allem der bayrischen — gegenüber den Sinti (Zigeunern) kennzeichnen. Die bayrischen Behörden setzten der Rassendiskriminierung in der letzten Woche die Krone auf: Das zuständige Finanzministerium verbot eine Demonstration im Konzentrationslager Dachau, mit der die Sinti gegen die rassistische Diskriminierung und Verfolgung von 1933 bis heute protestieren wollen.

Trotz des Verbots wollen jedoch die Sintis ihren für Ostern auf dem Gelände des KZ Dachau geplanten Demonstration durchzuführen und einen Hungerstreik beginnen. Wie die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und der „Verband der Sinti Deutschlands“ am vergangenen Dienstag mitteilten, lehnen sie die Kompetenz der bayerischen Seen- und Schlösserverwaltung und damit des Finanzministeriums für das ehemalige KZ-Gelände ab. „Hausrecht dort haben allein die überlebenden Opfer, ob Sinti, Juden oder andere“, heißt es wörtlich in der Pressemitteilung der beiden Organisationen. „Die Sinti wurden früher mit Gewalt nach Dachau gebracht. Man wird sie nicht mit Gewalt hindern, wenn sie dort freiwillig hingehen, um der Vergangenheit und der diskriminierenden Gegenwart zu gedenken.“

Man muß sich die Situation einmal vorstellen: Die ehemaligen Opfer der Barbaren, die teils selbst in Dachau festgehalten und gequält worden waren, die teils ihre Verwandten in Dachau verloren haben, sollen dort jetzt, bei dem Versuch zu demonstrieren, womöglich wieder Zielscheibe der Gewalt eines deutschen Staates werden! Das darf nicht geschehen! Man muß diesem Rechtsnachfolgestaat des Dritten Reiches, diesem Staat der Hitler-Finanziers und alten Verderber Deutschlands, der Abs, Krupp und Thyssen, Einhalt gebieten.

Dieser Staat entlarvt durch seine Politik gegenüber der nationalen Minderheit der Sinti

deutlich eine fortbestehende rassistische Grundhaltung, einen fortgehegten Rassenhaß, der seinen Ausdruck in den Behörden-Handlungen findet und dessen entsprechende Ergänzung die Hetze gegen Andersdenkende, der zur Staatsdoktrin erhobene Antikommunismus ist. An diesem Staat zeigt sich deutlich, wohin es führt, wenn die Spießgesellen von einst, die Filbinger, Carstens und Strauß, dreist in den höchsten Ämtern sitzen können.

Bayern — Zentrum der Zigeunerverfolgung

Mindestens eine halbe Million deutscher Zigeuner wurde während des Dritten Reiches in den Konzentrationslagern ermordet. Heute leben nach Schätzungen des Verbands der Sinti Deutschlands und der Gesellschaft für bedrohte Völker etwa 40 000 bis 50 000 Zigeuner in der Bundesrepublik. 90 Prozent der NS-verfolgten Zigeuner erhielten bis heute keine Wiedergutmachung.

Zentrum der Sintidiskriminierung und -verfolgung ist heute Bayern. Am Landeskriminalamt (LKA) München werden Daten und Informationen über Landfahrer und Zigeuner gesammelt und die „Erkenntnisse“ werden bundeszentral zum Beispiel bei NS-Wiedergutmachungsverfahren eingesetzt. Nach der Überzeugung der Sinti pflegen die Beamten des bayerischen LKA die Rassen-Theorien der Nazis weiter. Dieselben Beamten, die Zigeu-

nern prinzipiell die Glaubwürdigkeit „eines chronisch verlogenen Kindes“ beimessen, sie als „eigenartiges, unstetes Wandervolk“ beschreiben, oder die die sachliche Feststellung treffen, „daß die Mehrzahl der Zigeunerschen Personen kriminell oder asozial ist“, sind auch Verfasser von Gutachten in Wiedergutmachungsverfahren.

Obendrein werden die Akten beim LKA vorwiegend aus während der NS-Zeit entstandenen Unterlagen gespeist. Bundesweit geistern noch heute die Überbleibsel der ehemaligen „Landfahrerkzentrale“ der Nazis durch die Wiedergutmachungsverfahren. Mit den Ergebnissen werden dann die antragstellenden Sinti konfrontiert.

Da wird zum Beispiel eine Antragstellerin — entsprechend der Einstufung durch die ehemalige rassenhygienische Forschungsstelle — als „Zigeunermischling“ bezeichnet. Da schließt ein LKA-Beamter aus NS-Akten auf eine „asoziale, wenn nicht gar kriminelle Zigeunerin“ bei einer Frau, die 1944 „in das KZ-Lager Auschwitz (Zigeunerkonzentrationslager) verschubt“ wurde. Und da wird über den im KZ ermordeten Vater eines Antragstellers gemeldet, er sei „wegen Landstreichererkennungsdienstlich behandelt“ worden, usw.

Mit ihrer Demonstration und dem Hungerstreik in Dachau wollen die Sinti endlich ihre Rehabilitierung und ein „Ende des Spießrutenlaufs bei Behörden“ erzwingen.

Weg mit dem Demonstrationsverbot!

Pfarrer vergreift sich an Schüler

CSU schützt Prügellehrer

An Bayerns Schulen darf geprügelt werden

GÜNZBURG.— Ein elfjähriger Schüler in Kötz bei Günzburg war von seinem Religionslehrer zu einer Strafarbeit verdonnert worden. Er sollte eine ganze Seite aus der Bibel abschreiben. Weil jedoch ein anderer Lehrer es versäumt hatte, ihm eine Bibel mitzugeben, konnte der Junge die Arbeit nicht machen.

Aber als er seinem Religionslehrer, der gleichzeitig auch der Pfarrer von Kötz ist, die Strafarbeit nicht vorlegen konnte, sah der rot. Brutal packte der fromme Mann den Jungen am Ohr und riß ihn hin und her. Das Ergebnis dieser Behandlung war ein 1,5 Zentimeter langer Riß in der Ohrmuschel, der im Krankenhaus genäht werden mußte. Der Schläger im schwarzen Rock hatte sich übrigens zuvor schon an einem anderen Kind vergangen, dem er mit Schlägen das Trommelfell verletzte.

Das war jedoch kein Grund für die Schulbehörden gewesen, dieser Figur den Zugang zu den Schulen zu versperren. Und es gibt durchaus berechnete Zweifel daran, ob die Eltern des Elfjährigen mit der von ihnen angestregten Klage gegen den Schläger durchkommen werden. Denn an Bayerns Schulen darf geprügelt werden — mit gerichtlicher Billigung.

Im Dezember 1978 war dazu

das über die bayrischen Grenzen hinaus bekannte und berüchtigte „Watschen-Urteil“ ergangen. Das Oberste Landesgericht hatte ein Urteil des Amtsgerichts Memminger aufgehoben, das den Lehrer Peter Kind mit einer Geldstrafe von 1 800 Mark belegt hatte. Kind war ebenfalls mehrfach als Schläger hervorgetreten. Das Landesgericht billigte ihm wie überhaupt allen Prügellehrern des Landes ein „Gewohnheitsrecht“ auf die brutale Züchtigung von Kindern zu. Dieses „Gewohnheitsrecht“ — so das Gericht — würde so lange bestehen, wie nicht der Gesetzgeber ein eindeutiges Verbot von Prügelstrafen erlassen würde.

Und um ein solches Verbot bemühte sich dann — aufgeschreckt vom skandalösen „Watschen-Urteil“ — die Fraktion der SPD im bayrischen Landtag. Mehrere Monate wurde im vergangenen Sommer darüber debattiert. Die CSU-Fraktion, die über die absolute Mehr-

heit verfügt, lehnte den Antrag der SPD jedoch ab. Ein Abgeordneter der Strauß-Partei begründete das folgendermaßen: Man müsse sehen, wie aggressiv manche Kinder wären, und da müsse dem Lehrer schließlich ein „Notwehrrecht“ zugestanden werden.

Nach dem Willen der CSU werden also solche Schläger wie der Pfarrer von Kötz weiter auf die Kinder losgelassen. Sie können ungehemmt mit brutalen Schlägen den Schülern den Geist des Gehorsams einbleuen.



Rund 120 Freunde und Genossen fanden sich am Freitag, den 28. März in der Gaststätte „Oma Hölscher“ in Bochum-Wattenscheid ein, um die Entlassung des Kriegsgegners Dieter Vogelmann aus dem Gefängnis gebührend zu feiern. In einer Ansprache bedankte sich Dieter bei den Anwesenden für die Solidarität, die er während des Gefängnisaufenthaltes erfahren hatte. Der Charakter der Veranstaltung wurde hauptsächlich von kulturellen Programmpunkten geprägt. Es spielten die Theatergruppen „Kabarett K“ aus Mülheim, und „Pfeffermühle“ aus Bochum; es sangen der bekannt Liedersänger und Interpret von Bergarbeiterliedern, Werner Worschech, und zwei Mitglieder des Eislerchors. Alle Künstler verzichteten auf ihre Gage — als Ausdruck ihrer Solidarität. Aus dem Eintrittsgeld und Spenden kamen 326 Mark zur Unterstützung von Dieter Vogelmann zusammen. Journalisten der örtlichen Tageszeitungen verfolgten die Veranstaltung und berichteten in ihren Zeitungen darüber. — Insgesamt stellte die Veranstaltung einen gelungenen Abschluß der Solidaritätskampagne mit Dieter Vogelmann dar.

Das „Schandurteil“ von Bruchsal

Arbeitsgericht spricht Unternehmerrecht

STUTTGART.— Zu einer Geldstrafe von 750 Mark wurde der IG-Metall-Funktionär Günther Schering aus Bruchsal verurteilt, weil er zwei skandalöse Entscheidungen von Arbeitsgerichten in Bruchsal und Mannheim als „Schandurteil“ bezeichnet hatte.

105 weitere Funktionäre der IGM in Baden-Württemberg haben daraufhin gemeinsam einen Brief an den Deutschen Richterbund unterzeichnet, in dem es heißt: „Als Kollege von Günther Schering...kann ich nur sagen: Er hat völlig recht gehabt mit seiner Bewertung. Etwas anderes kann man guten Gewissens über die Urteile gegen Wilhelm Reizig nicht sagen.“ Bei solch eindeutiger Solidarisierung kann nun nicht ausgeschlossen werden, daß die Herren Richter allen 105 Metal- lern den Prozeß machen.

Worum ging es bei dem „Schandurteil“? Wilhelm Reizig war Schweißer bei der B. Barth KG in Bruchsal. Im Sommer 1975 sollte er dort Stahlbleche verschweißen, die mit dicken Kunststoffpolstern beschichtet waren. Aus dem Kunststoff entwickelten sich giftige Dämpfe; die Folge für den Kollegen Reizig: Lungen-schmerzen, Hustenanfälle, Augenreizungen. Der Schweißer beschwerte sich darüber bei seinem Vorgesetzten — ohne Erfolg. Er ging zum örtlichen Gesundheitsamt — wo man sich für nicht zuständig erklärte. Daraufhin wandte sich Wilhelm Reizig, weil bei der Barth KG

kein Betriebsrat existierte, direkt an seine Gewerkschaft.

Die IGM schaltete das Gewerbeaufsichtsamt ein, das wenig später vier Vertreter zur Prüfung in den Betrieb schickte. Für Wilhelm Reizig jedoch war das Ergebnis dieser Untersuchung nicht mehr von Bedeutung. Er war nämlich fristgerecht entlassen worden, weil er durch das Hinzuziehen der IGM die „notwendige Vertrauensgrundlage“ in seinem Verhältnis zum Unternehmer Barth zerstört hätte.

Der Scheißer klagte vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe gegen die Entlassung — und wurde abgewiesen. Er hatte nämlich, so entschied Richter Leser, „seine Arbeitspflicht in Form der Treupflicht verletzt“. Begründung: „Bei sorgfältigem Nachdenken“ hätte Reizig erkennen können, daß die Einschaltung der Gewerkschaft und dadurch des Gewerbeaufsichtsamtes die Möglichkeit herbeiführe, „daß die Beklagte deshalb durch ein mögliches Verfahren des Gewerbeaufsichtsamtes vermeidbare Unannehmlichkeiten bekäme.“

Die Gesundheit des Arbeiters zählt also nichts gegenüber möglichen „Unannehmlichkeiten“ für den Kapitalisten! Wer noch geglaubt hatte, das wäre die Entscheidung eines einzelnen, besonders reaktionären Richters gewesen, sah sich getäuscht, als das Verfahren in die zweite Instanz ging. Auch das Landesarbeitsgericht in Mannheim lehnte die Klage von Wilhelm Reizig auf Wiedereinstellung ab. Im Urteil hieß es: „Auf jeden Fall hatte der Kläger keinen begründeten Anlaß, seinen Arbeitgeber der Gefahr eines behördlichen Untersuchungsverfahrens auszusetzen. Die Beklagte durfte das Vorgehen des Klägers...mit Recht als einen unfreundlichen wenn nicht sogar feindseligen Akt bezeichnen. Es kann keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, daß der Kläger gewußt hat, welche Folgen die etwaige Feststellung eines Verstoßes gegen öffentlich-rechtliche Arbeitsschutzvorschriften für die Beklagte haben werde. Es muß den Kläger belasten, daß er diese Nachteile geringer eigener Vorteile wegen in Kauf genommen hat.“

Das ist wahrhaftig noch deutlicher. Hier wird mit eisalter Menschenverachtung abgewogen — und selbst das Interesse eines Kapitalisten daran, nicht bei einer kriminellen Handlung erpapt zu werden (dem Umgehen von Arbeitsschutzgesetzen) wiegt noch schwerer als das Recht des Arbeiters auf körperliche Unversehrtheit. Ja, der Arbeiter, der auf diesem Recht besteht, handelt „feindselig“ und darf mit der Billigung der Justiz auf die Straße geworfen werden.

Wie soll man denn eine solche Entscheidung anders nennen als ein Schandurteil? Und daß die gleichen Richter, die den Rauschmiß von Wilhelm Reizig gebilligt haben, auch noch den IGM-Funktionär Schering anzeigen und ihm die erwähnte Geldstrafe anhängen, macht den Skandal komplett. So ist es nur zu begrüßen, daß die IGM diesen Fall nicht auf sich beruhen ließ, sondern Front gegen das Schandurteil von Karlsruhe und Mannheim machte.

Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei der KPD/ML ein: W.F., Dortmund, 500 DM; KPD/ML Niedersachsen, 1 500 DM; Zelle West IV, Kiel, 100 DM; Zelle Altona, Hamburg, 200 DM; K.H. Lippstadt, 20 DM; U.G., Westberlin, 30 DM; insgesamt (bis zum 1.4.80) 2 350 DM Stand der Spendenkampagne 2 765 DM Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden. Im „Volksecho“ Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der Volksfront dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000,— DM für die Volksfront

zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt! Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Volksfront bitte überweisen an: KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30 Postscheckkonto: 6420—467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46) Bankkonto 321 004 547 Stadtparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99). Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die Volksfront weiter.

Sieg der Solidarität bei Firma Berthold

Entlassener Vertrauensmann
wiedereingestellt

Korrespondenz aus Westberlin

Am Donnerstag, den 20. März, war Betriebsversammlung bei Berthold in Westberlin. Berthold, eine Firma mit einer Belegschaft von 1 000 Mann, ist der führende Hersteller von Fotosatzgeräten auf dem inländischen Markt.

Auf der Betriebsversammlung brüstete sich die Betriebsleitung damit, im letzten Jahr den Umsatz um 40 Prozent gesteigert zu haben. Und das, wie Vorstandsvorsitzender Metz, ein Mann der Berliner Bank, meinte, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von sechseinhalb bis sieben Stunden pro Mann. Die restliche Zeit ginge durch Einkauf, Verlängerung der Pausen etc. verloren.

Die unverschämten Ausführungen von Metz stießen bei der Belegschaft und dem Betriebsrat auf großen Protest. Unter anderem trat auch ein Kollege, der Vertrauensmann in der Buchhaltung ist, auf und prangerte einige Schikanen seines Abteilungsleiters an. Die ganze Belegschaft lachte aus vollem Herzen über die Kindereien des Herrn Abteilungsleiters und klatschte dem Vertrauensmann kräftig Beifall.

Die Rechnung jedoch folgte auf dem Fuße. Der Abteilungsleiter fühlte sich beleidigt und dem Vertrauensmann wurde zwei Stunden nach der Betriebsversammlung fristlos gekündigt; er erhielt Hausverbot. „Er hat auf der Betriebsversammlung Äußerungen getan“, hieß es, „die geeignet sind, das Ansehen seiner unmittelbaren Vorgesetzten ungerechtfertigt und erheblich zu verunglimpfen. Er hat damit sein Recht auf freie Meinungsäußerung in einer Weise überschritten, daß eine weitere Zusammenarbeit unzumutbar ist.“

Nun aber ist eine politische Entlassung bei Berthold nicht so einfach durchzusetzen. Wir haben einen im großen und ganzen guten Betriebsrat und einen fortschrittlichen Vertrauensleutkörper. Die Belegschaft hat schon mehrmals gezeigt, daß die Kapitalisten und ihre Helfer nicht so einfach Maßnahmen gegen sie durchsetzen können. So auch diesmal.

Am nächsten Morgen, es war ein Freitag — ging die Nachricht von der Entlassung in Windeseile durch den Be-

trieb. Es wurde die Parole ausgegeben: um 8.45 Uhr Treff im Betriebsratsbüro und um 9.00 Uhr zur Frühstückspause in der Kantine. Rund 40 Kollegen trafen sich im Betriebsratsbüro, und kurz darauf kamen rund 200 in der Kantine zusammen. Ein Vertrauensmann stellte nochmals den Sachverhalt dar. Er sagte: Wenn das Schule macht, daß Kollegen auf der Betriebsversammlung nicht mehr ihre freie Meinung sagen dürfen, sich nicht mehr trauen dürfen, die Geschäftsleitung oder ihren Vorgesetzten zu kritisieren, dann ist das der erste Schritt, die Belegschaft mundtot zu machen. Dann hat es die Geschäftsleitung leicht, den Profit auf unsere Kosten noch mehr zu steigern.

Der Redner fand große Zustimmung. Die Kollegen forderten die sofortige Zurücknahme der Kündigung; sie forderten, daß sich die Geschäftsleitung dazu äußere. Ein Vertreter der Geschäftsleitung, der gerade vorbeikam, wurde gegriffen und zur Rede gestellt. Er wiederholte aber nur die schon bekannte Begründung der Entlassung und forderte uns auf, wieder an die Arbeit zu gehen, da die Pause vorbei sei. Aber die Kollegen gingen nicht und attackierten ihn weiter.

Nach einem zehnmündigen Hin und Her gingen wir dann hinunter in das Betriebsratsbüro, da es uns rechtlich nicht verwehrt werden kann, uns dort zu informieren. Immerhin kamen 100 Kollegen. Es wurde eine Unterschriftenliste angefertigt und auch gleich unterschrieben; und die Listen wurden mit in die Abteilungen genommen, damit dort weitergesammelt werden konnte. Bis zur Betriebsratssitzung um 13.00 Uhr kamen 260 Unterschriften zusammen. So ging den Freitag zu Ende.

Inzwischen hatte die Geschäftsleitung angeordnet, daß in den Abteilungen alle Kollegen registriert werden sollten, die unmittelbar nach der Früh-

stückspause nicht an ihrem Arbeitsplatz erschienen waren. Zum Feierabend erfuhren wir noch, daß ein Ingenieur, ein freier Mitarbeiter, der in drei Tagen sowieso gekündigt und der den Wortführer gemacht hatte, wegen Rädelsführerschaft Hausverbot bekommen hatte. Die Situation spitzte sich zu.

Als wir am Montagmorgen zur Arbeit gingen, stand an der Mauer gegenüber dem Eingang die Parole:

Wir sind nicht still, wenn Metz es will!
Rücknahme der Kündigung!

Der Vertrauenskörper hatte ein Info zu der Entlassung herausgebracht und darin unsere Forderungen bekräftigt. Der Betriebsrat hatte einen offenen Brief an die Geschäftsleitung geschrieben und am Schwarzen Brett ausgehängt. In dem Brief warf er der Geschäftsleitung Behinderung der Betriebsratsarbeit, Nötigung von Mitarbeitern, die ihr Recht auf Information beim Betriebsrat wahrnehmen wollten, und Störung des Betriebsfriedens vor. Deshalb, hieß es, sei Klage erhoben worden. Außerdem hing zur angekündigten Neuwahl des Betriebsrats (vorzeitig) die Liste des Wahlausschusses aus, auf der der entlassene Kollege Vertrauensmann auch aufgeführt war.

Während des Vormittags sprachen der Betriebsratsvorsitzende und der entlassene Vertrauensmann im Rundfunk und prangerten die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit an. Die Geschäftsleitung dagegen verweigerte ihre Stellungnahme.

Mittags erfuhren wir, daß die Kündigung zurückgenommen worden war. Der Kollege erschien am nächsten Tag wieder zur Arbeit. Die Freude unter den Kollegen war natürlich groß. Die Erkenntnis hatte wieder mal gesiegt, daß Solidarität uns stark macht und unsere Forderungen durchsetzen hilft.

Der Michelin-Betriebsratsvorsitzende Christ und der Reifenwickler-Betriebsrat Grether sind entlassen. Ihr Verbrechen: Sie waren nach Ansicht der Michelin-Bosse, und deshalb auch nach Ansicht des Arbeitsgerichts Karlsruhe und des Landesarbeitsgerichts Mannheim, das Rückgrat des spontanen Streiks von 1 200 Michelinern, der am 29. August 1978 begonnen hatte und am 4. September '78 von Vitt abgewürgt worden war.

Michelin-Betriebsräte entlassen

Rache für Streikführung

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Die Entlassung wurde so durchgesetzt: Nachdem das Landesarbeitsgericht Mannheim die Entlassungen bestätigt hatte,

also für die Rache der Michelin-Bosse — 18 Monate nach dem Streik.

Diese Niederlage war durch



Während des Michelin-Streiks 1978

trat der Michelin-Betriebsrat geschlossen zurück und wählte die Kollegen Christ und Grether in den Wahlvorstand für eine neue Betriebsratswahl. Das war völlig rechtmäßig, denn das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) erlaubt den Rücktritt des Betriebsrats zu jeder Zeit und ohne Begründung. Als Wahlvorstand hatten Christ und Grether wieder Kündigungsschutz und konnten nicht entlassen werden.

Denkste. Das Karlsruher Arbeitsgericht scherte sich einen Dreck um das BVG und erklärte den Rücktritt des Betriebsrats für unrechtmäßig. Ein klarer Rechtsbruch. Damit war aber die Wahl in den Wahlvorstand nichtig und der Kündigungsschutz weg. Freie Bahn

die falsche Taktik des IG-Chemie-Hauptvorstandes geradezu vorprogrammiert. Der Hauptvorstand setzte auf die Karte der Justiz, obwohl seit dem ersten Verhandlungstag klar war, daß diese Justiz nur ein Werkzeug der Michelin-Bosse war.

Dagegen wußten die Michelin-Bosse genau, woher die einzige Gefahr drohte. Am 23. November '78, dem ersten Verhandlungstag, montierten sie überall im Werk verdeckt und klammheimlich Lautsprecher. Sie befürchteten zu Recht Protestaktionen der Belegschaft.

Aber die IG-Chemie-Führung rief die Belegschaft nicht zum Kampf, obwohl schon während des Streiks die Parole Rosenberg raus — Christ rein zur zentralen und populärsten Streik-Parole wurde.

So wurde der Michelin-Streik zum Beweis, daß die Arbeiterklasse nur dann siegreich kämpfen kann, wenn an der Spitze ihrer Gewerkschaft Vertreter ihrer Klasse stehen; wenn die Führung der Gewerkschaften gesäubert ist von allen Elementen, die sich an der „Sozialpartnerschaft“ dumm und dämlich verdient haben.

Veranstaltung zum Verbot
der Aussperrung

von der Duisburger Initiative für das Verbot
der Aussperrung

Samstag, 12. April, 18.00 Uhr, Duisburger „Ratskeller“

Es sprechen: Verschiedene Gewerkschafter

Es singt: Werner Worschech

Dauer ca. 2 Stunden, anschließend Diskussion

Stoppt-Strauß-Demo in Essen

Sonntag, 13. April, 14.00 Uhr

Kundgebung: 15.00 Uhr, Rütten-
scheider Markt

Aufstellung am „Saalbau“ — Rolandstraße

Es sprechen: Mechthild Jansen, Köln
Wolfgang Lettow, Essen

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinger-
hofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Staatsanwalt stellt Krümmede-Verfahren ein

Der Gefängnistod Rudi Anuths (14) bleibt ungesühnt

Volkskorrespondenz aus Bochum

„Keinem der Beamten ist etwas anzulasten. Es ist keine Rechtspflicht verletzt worden.“ Dies stellte jetzt die Bochumer Staatsanwaltschaft fest und stellte das Verfahren gegen die Verantwortlichen am Tod des 14-jährigen Rudi Anuth aus Dortmund ein, der sich in der Nacht zum Ostersonntag vergangenen Jahres in der Bochumer Justizvollzugsanstalt Krümmede in Einzelhaft erhängt hatte.

Als sich Rudi umbrachte, hatte er schon sechs Tage strenger Einzelhaft hinter sich. Seine Mutter, die ihn besuchen wollte, wurde an den Gefängnistoren wieder zurückgeschickt — Besuchsverbot. Eine Dortmunder Jugendrichterin hatte Haftbefehl gegen Rudi ausgestellt, als er zusammen mit Freunden nach einem Gaststätteneinbruch geschnappt worden war. Die Beute — eine Lappalie: Zigaretten, Schallplatten aus einem Musikautomaten, ein Lederfußball, Geld aus einem Sparclubkasten. Aber wie einen Raubmörder sperrte man den Jungen in eine Zelle und überließ ihn seinem Schicksal. Man schrieb das Jahr 1979, das angebliche „Jahr des Kindes“. In seiner Verzweiflung hingte sich Rudi auf.

Nach mehreren Strafanzeigen, die Mitgefängene und die

Mutter des Kindes gestellt hatten, leitete damals die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Gefängnisbeamte der Krümmede ein. Der Vorwurf: Der Selbstmord des Jungen hätte verhindert werden können. Die Ermittlungen förderten, wie jetzt bekannt wurde, zutage, daß bereits vor Ostern der Anstaltsarzt die Unterbringung Rudis in einer Gemeinschaftszelle angeordnet hatte. Diese zwingende Anordnung wurde nicht befolgt. Keiner der verantwortlichen Justizbeamten jedoch wird nun zur Rechenschaft gezogen.

Die Staatsanwaltschaft: Der Anstaltsarzt habe die Unterbringung des Kindes in einer Gemeinschaftszelle nicht wegen Selbstmordgefahr, sondern wegen der Jugend des Angeklagten angeordnet. Daß dieser Anordnung nicht Folge geleistet

wurde, sei lediglich ein „technisches Versehen“ gewesen. „Technisches Versehen!“ — und auf der Strecke blieb ein 14-jähriges Kind.

„Für die Beamten war der Selbstmord nicht vorhersehbar“, heißt es nun. Mitgefängene hätten zwar bezeugt, Rudi Anuth habe Selbstmordabsichten geäußert, ob der Junge solches aber auch den Vollzugsbeamten mitgeteilt habe, sei nicht mehr feststellbar.

Das Verfahren gegen die Justizbeamten wurde eingestellt. Das kann bedeuten, daß auch in Zukunft kein Gefängnisbeamter Strafverfolgung befürchten muß, wenn wieder einmal ein Kind in der Einzelzelle durchdreht und sich das Leben nimmt.

In einem weiteren Krümmede-Verfahren wird es ebenfalls keine strafrechtlichen Konse-



Rudolf Anuth

quenzen geben. Der heroinsüchtige Volker M. (21) aus Bottrop hatte sich im August vorigen Jahres in der Haftanstalt Krümmede ebenfalls erhängt und war an den Folgen des Selbstmordversuchs gestorben. Die Eltern Volkers stellten gegen die verantwortlichen Justizbeamten Strafantrag wegen „Verdachts der vorsätzlichen bzw. fahrlässigen Tötung“. Das Verfahren wurde nun eingestellt.

Im vorangegangenen Teil der Serie über die wachsende Kriegsgefahr setzten wir uns mit der sowjetischen Expansionspolitik auseinander. Moskau versucht auf der einen Seite, in Europa selbst die sogenannte Entspannungspolitik fortzusetzen. Auf der anderen Seite will es sich im Mittleren Osten und anderen Regionen durch Bündnisse oder auch militärische Interventionen Einfluß und Rohstoffe sichern. An erster Stelle steht dabei nach wie vor das Erdöl. Beide Supermächte bemühen sich gegenwärtig mit allen Mitteln darum, die Erdölquellen am Persischen Golf unter ihre Kontrolle zu bringen. Aber nicht nur der Golf ist zu einem Pulverfaß geworden — auch in Afrika schafft die Rivalität der Supermächte immer neue Krisenherde.

Widersprüche in Afrika

Doch nicht nur am Golf von Persien tickt eine gefährliche Zeitbombe, auch auf dem afrikanischen Kontinent spitzen sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten zu. Von 1945 bis heute erkämpften sich fast alle afrikanischen Staaten die Unabhängigkeit zumeist nur formal, das heißt, sie wurde abgelöst durch eine neue, getarnte Form: die neokolonialistische Ausbeutung. So ist die EG zum Beispiel mit 41 afrikanischen Staaten assoziiert. Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, die aus den Ländern Benin, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigerien, Obervolta, Senegal, Sierra Leone und Togo besteht, unterliegt vornehmlich einer verstärkten Ausbeutung durch die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich. Allen Imperialisten geht es um nichts anderes, als um die Ausbeutung und Sicherung des großen Rohstoffreichtums des afrikanischen Kontinents.

Doch nicht nur die ehemaligen Kolonialmächte, auch die sowjetischen Sozialimperialisten und in ihrem Gefolge Cuba und die DDR mischen in Afrika kräftig mit. Dabei ist Moskau, das zwischen 1973 und 1978 allein für 2,34 Milliarden Dollar militärisches Gerät in 22 afrikanische Länder südlich der Sahara verschifft, nach den USA zum größten Waffenexporteur in die Gebiete Afrikas geworden. Die Militärhilfe, die als Rüstungs-, als Ausbildungshilfe oder als technische Unterstützung deklariert wird, wird zu großzügigen finanziellen Bedingungen gewährt, um eine möglichst weitgehende Kontrolle der politischen und militärischen Aktionen des beliebigen Landes zu erreichen. Zur Erreichung dieses Ziels werden Verträge mit Konsultationsverpflichtungen abgeschlossen.

Nicht nur Cuba ist mit rund 35 000 Soldaten in Afrika vertreten, auch die Sowjetunion ist mit Truppen, vor allem Führungskräften, Generalen und anderen Offizieren, präsent. Überdies üben tausende von sowjetischen, cubanischen und DDR-Zivilisten in ca. 25 afrikanischen Ländern militärische und wirtschaftliche Beraterfunktionen aus. Dabei ist inzwischen die DDR zum erfolgreichen Partner sowjetischer Machtinteressen aufgerückt, wobei sie ihre langfristigen Rohstoffinteressen mit den politisch-strategischen Absichten der Sowjetunion verknüpft.

DDR-Soldaten in Angola

Die Militärhilfe der DDR erstreckt sich zur Zeit auf zwei arabische und fünf schwarzafrikanische Länder. In ihnen tun gegenwärtig 2 700 Berater und Ausbilder der Nationalen

Volksarmee Dienst. Allein in Angola stehen 1 000 Offiziere und Unteroffiziere, der Rest verteilt sich auf Länder wie Äthiopien, Moçambique, Sambia, VR Kongo, Algerien und Libyen. Der Waffenexport ist mit seinen höchstens 200 Millionen Mark jährlich im Verhältnis zu dem der Sowjetunion relativ klein.

Allerdings ist es der Honecker-Regierung gelungen, Staaten wie Äthiopien, Angola und Moçambique durch entsprechende Klauseln in zwischenstaatlichen Verträgen zu Quasimitgliedern der Moskauer Staatengemeinschaft zu machen. So stimmten sie denn auch in der UNO-Vollversamm-



Die Völker Afrikas kämpfen für ihre Unabhängigkeit.

lung gegen den sofortigen bedingungslosen Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan, während sich Länder wie Sambia, Algerien, VR Kongo, Benin, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Sao Tomé, obwohl zum Teil mit dem Westen liiert, sich als Nutznießer ostdeutscher Hilfe der Stimme enthielten.

Wie den anderen Imperialisten geht es der Sowjetunion und in ihrem Gefolge der DDR um den Zugang zu den beträchtlichen Rohstoffreserven im südlichen Afrika und ihre Kontrolle. Damit geraten sie zwangsläufig in Konflikt zu anderen Imperialisten, wie zum Beispiel den westdeutschen, die aus dieser Weltgegend vor allem Chrom, Mangan und Asbest beziehen. Langfristig geht es den sowjetischen Sozialimperialisten auch darum, die strategisch bedeutsame Kap-Route zu sichern. Dazu dient ihnen ihre expansive Flottenpolitik, ihr Wettlauf mit dem USA-Imperialismus, der zur Zeit stärksten Seemacht, um die Beherrschung der Weltmeere.

Doch auch die Bäume des sowjetischen Sozialimperialismus wachsen in Afrika nicht in den Himmel. Sein Vorteil wie auch der der DDR war, daß er es verstanden hat, sich mit der Unterstützung der verschiedenen Befreiungsbewegungen bei vielen fortschrittlichen Menschen nicht nur in Afrika, ein

Sterben für die USA? (6. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

positives Image zu schaffen. Schon früh gewährte Moskau, wie auch die DDR und Cuba, zum Beispiel der in Angola gegen die portugiesische Kolonialmacht kämpfenden MLPA — die sich vorher vergeblich um Hilfe an den Westen gewandt hatte — Unterstützung. Das gleiche geschah bezüglich der Frelimo in Moçambique und der PAIGC in Guinea-Bissau. Während bereits im November vorigen Jahres der Sowjetbotschafter in Lusaka, Wassili Solonikow, den Wahlsieg Mugabes und Nkomos in Zimbabwe (Rhodesien) voraussagte, führte der Westen immer noch seinen Lakaien Bischof Muzorewa mit Millionen.

erklärte sich erst kürzlich bereit, eine zairische Kommandoeinheit des Schlächters Mobutu auszubilden und die Ausrüstung für eine Brigade zur Verfügung zu stellen. Am aktivsten — möglichst ohne großes Aufsehen zu erregen — aber ist die imperialistische ehemalige Kolonialmacht Frankreich.

Wie die USA „nur zum Schutz befreundeter Staaten vor äußerer Gefahr“ tarnt Frankreich seine massive militärische Rohstoffsicherung mittels Fallschirmjägern und Fremdenlegionen in Afrika. Ermuntert durch das amerikanische Säbelrasseln gab Paris am 13. September vergangenen Jahres die Aufstellung eines Interventionskommandos unter dem Befehl eines eigenen Generalstabs bekannt. Und Staatschef Giscard d'Estaing erklärte: „Das Abschneiden der Industrienationen von ihrer Rohstoffversorgung ist ein Akt vorsätzlicher Aggression, der eine entsprechende Antwort finden muß.“

Wie das vor sich geht, konnte man vor nicht langer Zeit in Zentralafrika erleben, als französische Fallschirmjäger den Putsch Dakos gegen Kaiser Bokassa unterstützten, da dieser sich allzu selbstherrlich über französische Anweisungen hinwegsetzte und einem Boten des Elysée-Palastes sein kaiserliches Zepter auf den Kopf knallte. Mit dem Putsch war der reibungslose Nachschub mit Uran aus dem zentralafrikanischen Bergbau wieder gesichert.

Doch nicht nur das Uran Zentralafrikas und Gabuns, sondern auch die reichen Zink-, Kobalt- und Kupfervorkommen Zaires sind für die französischen Monopole von größter Bedeutung. Gleich zweimal, 1977 und 1978 schlugen Frankreichs Soldaten auf Seiten des korrupten und blutigen Mobutu-Regimes zu, als es in der Provinz Shaba zu Aufständen der Bevölkerung kam. Begründung der französischen Generalität für diesen Überfall war die durch nichts bewiesene Behauptung, Cuba stünde hinter den Aufständen. In die Röhre schauten dabei die Belgier, die selbst gern ihre Truppen zum Einsatz gebracht hätten, aber offensichtlich zu lange auf grünes Licht aus Washington warteten.

In Afrika, wo Frankreich mit seinen in Zaire, Gabun, dem Tschad oder Senegal stationierten Truppen eine Gesamtstärke von rund 30 000 Mann erreicht, gelten diese als „die Cubaner des Westens“. Doch nicht nur hier, auch in der französischen Garnison von Dschibuti am Golf von Aden und auf einem halben Dutzend ostafrikanischer Inseln stehen rund 26 000 Mann französischer Truppen in ständiger Alarmbereitschaft. Zwecks Sicherung der Transportwege hat Frankreich schon seit langem im Indischen Ozean eine Kriegsflotte von 25 Schiffen stationiert, fast so viele, wie die Sowjetunion dort hat.

Suche nach einem dritten Weg?

Die Taktik der französischen Monopolbourgeoisie, des französischen Imperialismus ist klar: zwischen den zwei Supermächten den eigenen neokolonialistischen Anspruch zu sichern und auszuweiten. So begab sich Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing, als sich die Spannungen zwischen den Supermächten wegen Afghanistan und dem Iran verschärften, auf eine Goodwilltour durch die Staaten am Persischen Golf. Dabei propagierte er, das starke Verlangen der Golf-Staaten auszunutzen, nicht in die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion hineingezogen zu werden, den „privilegierten Dialog“ zwischen Europäern und Arabern auf der „Suche nach einem dritten Weg zwischen den Blöcken“.

Dieses Streben des französischen Imperialismus unter dem Schild des vereinten Europas bei den Ländern Afrikas und Asiens, die den Supermächten zunehmend skeptischer gegenüberstehen, selbst abzusagen, zeigt sich auch in seiner kritischen Haltung gegenüber dem Verhalten der Carter-Regierung und der Forderung nach einer „Entnatoisierung“ Europas. So forderte der engste Berater Giscard d'Estaings, der frühere Innenminister Poniatowski im Sender „Europa 1“ eine unabhängige, auf die eigene Atomkraft gestützte Verteidigung Europas und sagte wörtlich: „Wenn die beiden Supermächte den Blödsinn begehen sollten, sich gegenseitig atomar zu morden, dann muß Europa rechtzeitig danach trachten, sich aus einem solchen Abenteuer herauszuhalten.“

Der Mann hat recht, nur eben nicht was die Forderung nach dem Aufbau einer atombewaffneten EG-Supermacht betrifft. Die armen Völker Afrikas, Asiens, Lateinamerikas wollen weder durch eine amerikanische, sowjetische, chinesische oder europäische Supermacht ausgebeutet und im Elend gehalten werden.

Natürlich ist es richtig — nicht nur für Frankreich — wenn Poniatowski in einem Interview mit dem „Stern“ fragt:

„Wenn die Spannungen zwischen den beiden Supermächten eines Tages bis zum Atomkrieg führen, warum sollen wir uns dann für jemand anderen umbringen?“ und folgert: „Wenn sie von beiden Großen unabhängig sein wollen, könnten sie nicht mehr zu einem Bündnis gehören, von dem sie automatisch in einen Konflikt hineingezogen würden.“ — Falsch ist „nur“, daß er dies nicht vom Standpunkt des französischen Volkes, sondern von dem der französischen Imperialisten aus tut.

So sagte er auf den „Stern“-Vorwurf, die Reaktion Frankreichs auf den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan sei „überwiegend flau“ gewesen: „Mir soll doch keiner erzählen, die französische Regierung treibe eine weiche Politik. Dort, wo unsere Interessen direkt betroffen sind — im Mittelmeerraum und in Afrika —, schlagen wir zu, wann immer es nötig ist. Wer hat denn in Zaire, im Tschad, in Mauretanien, in Zentralafrika eingegriffen? Doch nicht die Amerikaner. Die wären doch auch nicht fähig, im Iran einzugreifen... Wir sagen nichts, aber wir handeln. Und als erstes verteidigen wir unsere eigenen Interessen. Frankreich muß seine Energie- und Rohstoffversorgung schützen; solch nationalen Egoismus halte ich für legitim.“

Wir nicht! Zeigt sich doch hier die chauvinistische, die imperialistische Haltung des französischen Finanzkapitals, daß sich als unumschränkter Herr der Bodenschätze fremder Länder betrachtet. So ist denn der Weg, den Frankreich den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas empfiehlt, für diese keinesfalls gangbar, denn sie können kein Interesse daran haben, den größeren mit dem kleineren Ausbeuter zu tauschen.

Im nächsten RM

Die nächste Folge unserer Serie beschäftigt sich mit der instabilen Lage in Jugoslawien, die durch die Versuche beider Supermächte gekennzeichnet ist, in diesem Land einen beherrschenden Einfluß einzunehmen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW



Sadat verkauft das Land an die USA

Ein Volk leidet für Großmachträume

Eine neue kapitalistische Klasse stützt den Kurs

Ägypten, einst als das Land des „Nasserismus“ von den westlichen kapitalistischen Staaten mit Mißtrauen betrachtet und militärisch überfallen, ist heute — wie die „New York Times“ letzten Monat schrieb — „das beste Gelände

Keine konsequente nationale Revolution

Obwohl die Regierung Nasser, speziell nach der Aggression Großbritanniens und Frankreichs (gemeinsam mit Israel) aufgrund der völlig berechtigten Verstaatlichung des Suezkanals 1956, einen Kurs der nationalen Unabhängigkeit verfolgte, konnte sich dieser nicht durchsetzen.

Mit der Gründung der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) als Einheitspartei im Jahre 1956 sollte zum ersten Mal eine Partei entstehen, die sozialistische Ziele mit islamischen Gedanken und Blockfreiheit verband. Nasser propagierte ein ähnliches Modell des „Dritten Weges“ wie die verschiedenen Revisionisten. Ende der 50er Jahre wurden die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen, der Aufbau eines staatlichen Sektors der Industrie und die Beschränkung des Großgrundbesitzes durchgeführt.

Im Fünfjahresplan bis 1965 wurden allerdings 35 Prozent der Investitionen durch ausländisches Kapital getätigt, weitere 18 Prozent entfielen auf ägyptisches Privatkapital; für den staatlichen Sektor blieben nur 47 Prozent.

Die Sowjetunion, der sich Ägypten nach dem Suezkrieg genähert hatte, verfolgte im Zuge der Entwicklung eigener imperialistischer Ziele zunehmend eine koloniale Politik gegenüber Ägypten, beherrschte durch Experten und Rohmateriallieferung die Schwerindustrie und wurde Hauptabnehmer für Baumwolle. Ägypten lieferte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre 80 Prozent des sowjetischen Baumwollimports, zwei Drittel dieser Lieferungen lagen unter dem Weltmarktpreis. Andererseits wurde Kohle an Ägypten zu einem Preis verkauft, der 218 Prozent über dem lag, der zur selben Zeit von der Bundesrepublik für Sowjetkohl verlangt wurde; für Gußeisen waren 213 Prozent mehr zu zahlen.

Die sowjetischen Imperialisten waren so einer der Faktoren dafür, daß sich Ägypten nicht wirklich unabhängig entwickeln konnte.

Der entscheidende Faktor war allerdings die bürgerliche Politik der ASU selbst, die den Privatkapitalisten die Leichtindustrie fast völlig überließ. Einige Gruppen von Händlern und kleineren Industriellen konnten dort relativ schnell großes Kapital ansammeln. Der wachsende Militärhaushalt, das Ausbleiben sozialer Veränderungen im Interesse der arbeitenden Menschen (mit Ausnahme der Einführung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, die zunächst den 50 Prozent arbeitslosen Bauern Arbeit verschafften) steigerte allmählich den Unmut der Werktä-

tigen, auch und gerade gegen die sowjetische Anwesenheit, die immer stärker koloniale Züge annahm.

Die Kapitalisten ihrerseits, gestützt vom arabischen Großkapital, sahen sich ebenfalls durch die verstaatlichte Schwerindustrie und die panarabischen Träume Nassers zunehmend eingeengt.

Unter diesen Bedingungen erfolgte nach Nassers Tod 1970 die Ablösung des Nasserismus. Im Mai 1971 organisierte Sadat einen regelrechten Putsch im Zentralkomitee der ASU, der vor allem der Entmachtung der Gruppe um Ali Sabri, die sich als die wahren Anhänger Nassers bezeichneten, diente. Es gelang Sadat, sich eine Basis für die Änderung der Koalition, für die Kündigung des „Freundschaftsvertrags“ mit der UdSSR zu verschaffen. Die offizielle Kündigung wurde 1976 ausgesprochen.

Die „Hilfe“ der Wall Street

Nach den ersten geheimen Kontakten, die im Jahre 1974 von David Rockefeller, dem Chef der Chase Manhattan Bank geknüpft wurden, entwickelten sich die neuen Beziehungen zu den USA schlagartig. Der Kongreß der ASU im Juli '75 hatte dafür politisch die Weichen ge-

für die USA“. Anwar el Sadat, im Westen als Mann des Jahres und Friedensstifter gefeiert, in Arabien als Verräter und Abschaum bekämpft, ist der Mann, der für diesen neuen Kurs steht.

Ägyptens im Jahre 1973 noch 7,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, so stieg sie bis 1978 auf 28,8 Prozent. Präferenzverträge für die Ölmultis waren die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Erdölforschung, die von der UdSSR behindert worden war. Sie wird jetzt von Exxon und Mobil betrieben.

Im Januar 1977 kam die öffentliche Wende in der Wirtschaftspolitik. Durch einen Vertrag mit dem westlichen Imperialismus über den Internationalen Währungsfond wurde eine völlige Änderung der ägyptischen Wirtschaftspolitik befohlen. Privatisierung der zehn größten Betriebe des Landes, der Banken und Versicherungen, Aufhebung der staatlich geschützten Preise und Preiserhöhungen für Nahrungsmittel um 30 Prozent, das waren die Bedingungen, die an die ägyptischen Kapitalisten gestellt wurden.

Die auf dem Friedhof leben

Die dementsprechend gefaßten Regierungsbeschlüsse brachten das Land in Aufruhr. Am 18. Januar erhoben sich weit über eine Million Menschen zu den größten Kampfkaktionen seit Faruks Sturz. In den Industriezentren gab es Gefechte mit der Polizei. Die hungernden

mer ist als Kalkutta“. Da die riesige Masse der Bevölkerung auf engstem Raum lebt, ist vor allem die Wohnungsnot ein großes Problem. Offiziell gibt man zu, daß mindestens 100 000 Menschen in Kairo auf dem Friedhof leben! (In den kleinen steinernen Hütten, in denen die Toten begraben sind.)

Was von den Versprechungen der Regierung zu halten ist, zeigt schon folgende Maßnahme: zur Verbesserung der Wohnsituation wurde ein Programm verabschiedet und ein neuer Minister ernannt. Der Mann: Osman Ahmed Osman, seines Zeichens Alleinbesitzer von „The Arab Constructors“, des einzigen großen ägyptischen Baukonzerns. Daimler-Benz-Omnibusse sollen die drängenden Verkehrsprobleme lösen, Siemens soll für 1,8 Milliarden Dollar ein völlig neues Kommunikationsnetz aufbauen, US AID zahlt 70 Millionen Dollar für die Ausbildung ägyptischer Manager.

Von den heute fast 54 Milliarden Dollar Auslandsschulden Ägyptens entfallen ungefähr zehn Milliarden auf die USA, rund drei Milliarden auf die Bundesrepublik und mehr als 17 Milliarden auf Saudi-Arabien und Kuwait.

Neben Osman, Kashoggi und einigen wenigen anderen großen einheimischen kapitalistischen Gruppen sowie den westlichen Finanzmagnaten, haben vor allem die Al Shabas aus Kuwait, die wohl stärkste finanzkapitalistische Gruppe Arabiens, großen Einfluß auf die Wirtschaft des Landes. Sie haben zwei Milliarden Dollar an Kapital in Ägypten investiert und sich dafür die Berechtigung zur Anwerbung ägyptischer Gastarbeiter für die kuweitischen Raffinerien und die Textilfabriken im Sudan erworben.

Trotz des offiziellen Boykotts der arabischen Staaten gegen das Sadat-Regime ist dieses Kapital in Ägypten geblieben und unterliegt keinerlei Beschränkungen.

Jetzt kommen zusätzlich zu den Hunderttausenden von Landflüchtigen, die vor allem Kairo immer mehr überschwemmen, auch entlassene Gastarbeiter aus Sudan und Kuwait zu Tausenden zurück und verschärfen die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit noch mehr. Die Inflation, durch die militärischen Aus-



Im Januar 1977 in Kairo: Polizeieinheiten sind aufmarschiert, um die Kundgebungen der Bevölkerung gegen Sadats Wirtschaftsbeschlüsse zu unterdrücken. Die Kämpfe tobten mehrere Tage.

stellt, als er eine stärkere Privatisierung der Wirtschaft, verstärkte Kreditaufnahme und Militäreinkäufe im Westen beschloß.

Im Jahre 1976 wurden mehr als zwanzig Wirtschaftsverträge mit den USA geschlossen, weitere rund zehn mit anderen westlichen kapitalistischen Staaten, vor allem mit der Bundesrepublik, Frankreich und Japan.

Sie sollten die immer stärker auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigen, die im Jahre 1975 zu großen Hungerdemonstrationen in den Städten geführt hatten, wo mehr als eine Million Menschen unter der Losung „Wir wollen essen“ demonstrierten.

Aber diese Hilfe aus Amerika wirkte sich so aus, wie man es von den Finanzmagnaten der Wall Street gewohnt ist. So ließ sich die Rockefeller-Foundation ein Phosphatgutachten mit 200 Millionen Dollar bezahlen, obwohl ägyptische Geologen es gemacht hatten.

Betrug die Verschuldung

Massen waren zu allem entschlossen, stürmten Parteibüros und Verwaltungsgebäude, es gab Hunderte von Toten.

Diese aufstandsartige Erhebung, die politisch weitgehend unorganisiert war, wurde blutig niedergeschlagen. Am 26. Januar 1977 tagte die Regierung und versprach einerseits politische und wirtschaftliche Reformen (mehrere Parteien, Demonstrationsfreiheit, Beibehaltung der staatlichen Stützung der Nahrungsmittelpreise, Lohnerhöhungen von ca. 10 Prozent) und drohte andererseits jeder weiteren Erhebung mit drakonischen Maßnahmen.

Weitere Erhebungen sind allerdings zu erwarten. Der Monatslohn eines Arbeiters reicht gerade dazu aus, um zwei Paar Schuhe zu kaufen; gegessen wird nur noch Falu (ein Bohnengericht), und selbst der sogenannte Mittelstand (Lehrer usw.) lebt heute am Rande des Existenzminimums.

„Kairo“ sagte ein indischer Journalist, „ist die einzige Großstadt der Welt, die schlim-

LÄNDER DER WELT (V.)



ÄGYPTEN

Die „Arabische Republik Ägypten“ umfaßt eine Fläche von rund einer Million Quadratkilometern. Die Bevölkerungszahl hat in diesem Jahr die 40-Millionen-Grenze überschritten. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben auf nur knapp 4 Prozent der Oberfläche, ein Viertel allein in den beiden größten Städten Kairo (Al Qahria) und Alexandria. 44 Prozent sind offiziell Stadtbevölkerung.

Ägypten war von jeher aus verschiedenen Gesichtspunkten von großer strategischer Wichtigkeit. Seine Lage zwischen zwei Kontinenten, der Lauf des Nil und dann der Suez-Kanal waren dafür wichtige Faktoren.

Die ägyptischen Bodenschätze sind bis heute relativ wenig erforscht worden, neue Erdölvorkommen (bisher vor allem auf der Sinaihalbinsel) wurden gerade jetzt entdeckt. Ansonsten gibt es vor allem Phosphatvorkommen. Hauptausfuhrware waren lange Zeit die Rohbaumwolle, zunehmend auch Baumwollfasern sowie weitere landwirtschaftliche Produkte. Ab Beginn der 60er Jahre wurde auch die Schwerindustrie entwickelt.

Am 23. Juli 1952 wurde das korrupte Regime des Königs Faruk, eines Lakaien des britischen Imperialismus, gestürzt. Dies war die Erfüllung der tiefen Hoffnungen des ägyptischen Volkes, das sich schon 1919 und 1939 gegen die britische Kolonialherrschaft erhoben hatte.

Unter der Führung von Gamal Abdel Nasser wurde die Richtung der nationaldemokratischen Revolution eingeschlagen.

Mehr und mehr setzten sich im Lande aber die kapitalistischen Tendenzen durch, die sich nach dem Putsch des Nassernachfolgers Sadat im Mai 1971 weiter verstärkten.

Nachdem ihm die sowjetischen Imperialisten nicht die erwünschte Rolle garantierten, unterwarf Sadat sein Land dem Diktat des USA-Imperialismus, der heute nach dem Abkommen von Camp David Oberherr des Landes ist.

gaben immer mehr angetrieben, stieg im Jahr 1979 auf 25 Prozent.

Eine Diktatur wird errichtet

Vor kurzem stellte ein Parlamentsabgeordneter den Antrag, Sadat auf Lebenszeit zum Präsidenten zu wählen. Nachdem dieser sich schon selbst zum ständigen Vorsitzenden des neugeschaffenen Obersten Verfassungsgerichts gemacht hat, wäre das der letzte Schritt zu einer offenen Diktatur.

Die Grundlagen dafür bestehen seit den Unruhen von 1977. Die Polizei wurde auf 150 000 Mann ausgebaut, 11 000 davon als Antiaufuhr-Spezialisten geschult und bewaffnet von US-Ausbildern. Das Kriegsrecht bleibt, trotz des Friedensvertrags mit Israel, in Kraft.

Durch ein Präsidentendekret vom Februar 1977 wurde jeder Streik mit der Strafe lebenslanger Zwangsarbeit verboten.

Alle zugelassenen Parteien mußten sich auf den Boden des Camp-David-Abkommens stellen, die ASU mit ihren sechs Millionen Mitgliedern wurde endgültig aufgelöst und Sadats eigene „Nationaldemokratische Partei“ mit einer Million Mitgliedern ist es nun, die Sadats Weisheit bejubelt.

Die Nationale Progressive Partei wurde als schuldig an dem Aufruhr von 1977 und auch den Demonstrationen 1975 befunden, Kader verhaftet, ihre legalen Möglichkeiten völlig beseitigt. In ihr waren sowohl die Mitglieder der revisionistischen Partei (die sich in den 60er Jahren selbst aufgelöst hatte und erst beim sich abzeichnenden Bruch mit Moskau neu geschaffen wurde) organisiert, wie auch jene Gewerkschaftsfunktionäre, die zumindest einen Teil der 77er Bewe-

gung organisiert hatten und verschiedene revolutionäre Strömungen.

Strategisches Spiel ohne drei

Die ägyptischen Kapitalisten haben ihren Kurs der Trennung vom arabischen Lager, der offenen Parteinahme für die USA und der Zusammenarbeit mit Israel aus dem Grund gesteuert, um ihren Traum, ihre Interpretation von Nassers Panarabismus zu verwirklichen: eine regionale Großmacht Ägypten, eine Art neues Pharaonenreich zu verwirklichen.

Ihr Ziel ist es, Israel als US-Partner Nummer eins zu verdrängen, und so mit Hilfe der US-Imperialisten sich gemeinsam mit diesen durch die Ausbeutung der Völk Arabiens zu bereichern.

Drei Faktoren sind allerdings, die entschieden gegen eine Verwirklichung des Traums von Osman, Sadat und Kashoggi sprechen.

Zum ersten die tiefgehenden Bindungen zwischen den USA und Israel.

Zum zweiten die Kraft der palästinensischen Bewegung, an der Verrat zu üben der Preis für Ägyptens Aufstieg war. Und dieser Verrat hat bis jetzt nur die Isolation Sadats auch unter den reaktionären arabischen Staaten erbracht.

Und drittens schließlich das Volk selbst, das jetzt anlässlich der Einreise des Schahs trotz aller Verbote wieder Kundgebungen durchführte, die Arbeiter mit den offensichtlich wieder organisierten Gewerkschaften.

Das geradezu wilde Verlangen Sadats, sich den USA gefällig zu zeigen, um so mitaufzusteigen, gleicht weniger dem Beginn einer neuen Karriere als großer Staatsmann, sondern mehr dem Tanz auf dem Vulkan.

Nach dem Mord an Bischof Romero

Christdemokraten organisieren den Terror

Blutbad in El Salvador

SAN SALVADOR.— Mehr als 50 Tote sind es offiziell, die bei dem Trauerzug zu Ehren des von Faschisten ermordeten Bischofs Romero von den Terrorbanden der regierenden Junta ermordet wurden. Und die Reaktion im Lande fordert in aller Offenheit eine „Bartholomäusnacht“, ein allgemeines Blutbad.

Die heutige Junta wird, nachdem Ende des Jahres nicht nur die revisionistische KP Salvadors, sondern auch die Sozialdemokratische Partei und die Liberale Partei ihre Mitglieder aus der Junta zurückzog, nur noch von der christdemokratischen Partei gestützt, die es übernommen hat, den Terror zu organisieren.

Als am 15. Oktober letzten Jahres der CIA sein eigenes Geschöpf, den blutigen Militärdiktator Romero, davonjagte, um den kampfschlossenen Landarbeitern eine sogenannte Reformjunta zu präsentieren, lehnten die Kräfte der Linken, des sogenannten Volksblocks, diese Junta zwar ab (eben mit Ausnahme der KPS), gewährte ihr aber eine 30tägige „Bewährungsfrist“ — die von den faschistischen Obristen dazu ausgenutzt wurde, sich entsprechend den neuen Bedingungen zu organisieren und damit zu beginnen, aus dieser Junta selbst jene Leute hinauszudrängen, auf die sie sich nicht ganz verlassen wollten. Bereits in dieser Zeit der „Bewährungsfrist“ ermordeten salvadorianische Faschistentruppen über 300 Menschen.

Mit dem Juntaeintritt der Christdemokraten im Januar gab es nun für die faschistischen Kräfte eine politische Organisation, die den Terror organisieren und koordinieren konnte, was sie eifrig tat.

Der Führer der Christdemokratischen Partei sagt dies auch in aller Offenheit: „Um die Situation zu beherrschen, mußten wir auf die Armee zurückgreifen“ sagte er der Presse gegenüber, auf jene Armee also, die die Kerntruppe des Terrors ist, der seit über einem

Jahr durch das Land rast, der sich seit Somozas Sturz im benachbarten Nicaragua weiter verstärkt hat.

Diese Armee wurde in den letzten Jahrzehnten, insbesondere nach 1972 als gegen einen reformistischen Wahlsieger geputscht wurde, systematisch von jener Institution aufgebaut, die die Hauptverantwortung für die Ströme von Blut, die seit langem in ganz Mittelamerika vergossen werden, ist: dem Pentagon, dem US-Kriegsministerium. Über 50 Millionen Dollar und mehr als 400 sogenannte Berater wurden der Armee der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zur Verfügung gestellt.

Die Waffen, mit denen heute täglich Menschen gemordet werden, stammen aus USA, die Spezialkiller wurden dort ausgebildet.

Es ist der berühmte Mörderkonzern „United Brands“, besser bekannt unter seinem früheren Namen „United Fruits“, der in der salvadorianischen Landwirtschaft die größten Interessen hat, und von diesem Konzern ist bekannt, daß er alle seine Aktivitäten in enger Koordination mit der CIA unternimmt.

Die USA-Imperialisten und ihre Verbündeten, die Großgrundbesitzer, größte Ausbeuterklasse des Landes, und die relativ wenigen einheimischen Kapitalisten, die meistens in Handelsgesellschaften der „United Brands“ zulieferen, wollen mit aller Macht Mittelamerika, das nach dem Anfang der 50er Jahre seine dritte große revolutionäre Welle erlebt, ruhighalten, friedhofsruhig.

Ein Oberst der salvadorianischen Armee sagte das in aller

Deutlichkeit vor der nationalen Presse. „Friede wird nur möglich sein mit vielen toten Kommunisten.“

Das ist die alte Taktik der Reaktion, die hinter den ganzen Ereignissen nur ein kommunistisches Komplott vermuten kann. Ganz so, wie es in den 50er Jahren im benachbarten Guatemala die „United Fruits“ tat mit ihrer Propagandakampagne „Warum hassen die Kommunisten unsere Bananen?“

Die wahren Triebkräfte dieser Bewegung aber sind die Inflation und Arbeitslosigkeit, Hunger und Wohnungsnot und die politische Entrechtung. Der gesamte „Mittelamerikanische Gemeinsame Markt“, der von den USA kontrolliert wird, ist von einer tiefen Krise erfaßt, deren Ausweg die Reichen und ihre US-Schutzherren nur in der weiteren Ausplünderung des Volkes suchen, das heute im wahrsten Sinne des Wortes nichts anderes zu verlieren hat, als Hunger und Ketten.

Die schwierige Lage in Salvador besteht dabei darin, daß eine wirklich konsequent revolutionäre Führung fehlt, denn der sogenannte Volksblock ist von verschiedensten Pro-Castro- und Pro-Trotzki-Strömungen durchsetzt, die immer wieder, wie die sogenannte „Bewährungsfrist“ zeigte, zu Kompromissen neigten, und die offensichtlich nicht in der Lage sind, den bewaffneten Kampf besser zu organisieren, als mit Pistolen. Im Gegensatz zu Nicaragua fehlt in Salvador selbst eine einigermaßen einflußreiche revolutionäre Organisation, so daß heute im Lande die Gefahr eines offenen faschistischen Militärputsches sehr groß ist.

In Ankara

16jähriger Antifaschist zum Tode verurteilt!

Die faschistische Generalität will Blut sehen

ANKARA.— Am 19. März wurde der 16jährige Erdal Eren vom Kriegsgericht in Ankara zum Tode verurteilt. Er war angeklagt, bei einer Massendemonstration einen Polizisten getötet zu haben und wurde in einem Verfahren, das selbst der heutigen Strafprozeßordnung der Türkei widerspricht im Schnellverfahren abgeurteilt.

Die Geschichte dieses „Falles“ ist schnell erzählt. Am Abend des 31. Januar dieses Jahres wurde Sinan Suner, Mitglied des revolutionären Jugendverbandes YDGF, beim Parolenmalen erschossen. Zwei Tage später, am 2. Februar, fand im selben Stadtviertel von Ankara eine Protestdemonstration mit über 1000 Teilnehmern statt, die sich gegen diesen Mord an einem Antifaschisten richtete. Die Truppen marschierten auf und eröffneten das Feuer auf die Demonstranten, wobei es zahlreiche Verwundete gab. Aber die Demonstranten wehrten sich und dabei kam ein Polizist ums Leben. Bei den anschließenden Razzien wurde Erdal Eren im Besitz einer Pistole verhaftet.

Wer hinter dem schnellen Prozeß und dem Terrorurteil steht, geht aus den Tatsachen klar hervor. Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Faschisten-general Evren, Chef des Generalstabs, verlangt in der „gegenwärtigen Situation müssen einige Revolutionäre hingerichtet werden“.

Am 18. März, einen Tag vor der Urteilsverkündung, erklärte der Generalstab der türkischen Armee, daß jene, die auf die Sicherheitskräfte schießen, auf Soldaten und Polizisten, gnadenlos gerichtet werden müssen. Bereits Anfang des Monats waren die Kommandeure der 18 Provinzen unter Kriegsrecht entsprechend instruiert worden, es sei ihre Pflicht, bei den Kriegsgerichten auf solche Urteile hinzuwirken. Und noch am Tag der Urteilsverkündung erklärte die Kriegsgerichtskommandantur von Ankara, das Urteil würde vollstreckt werden. Diese Erklärung hatte zum Ziel, den legalen juristischen Weg zu beseitigen. Sie soll sowohl das oberste Appellationsgericht als auch die türkische Nationalversammlung (die jedem Todesurteil zustimmen muß) und deren Pflichten außer Kraft setzen. Gleichzeitig ist es auch eine abermalige Drohung der faschistischen Generalität gegen die reaktionären Parteien, selbst voll durchzugreifen, falls diese Partei ihre „Pflicht“ wie sie von den Generalen verstanden wird, nicht erfüllen.

Die Faschisten verstärken ihren Terror immer mehr, weil selbst die Verhängung des Kriegsrechts den immer breiteren Widerstand der werktätigen Bevölkerung und der Jugend nicht verhindern kann. Seit Beginn des Jahres wurden 39000 Menschen unter Polizeiüberwachung gestellt, 14000 aus politischen Gründen verhaftet, mehr als Tausende von ihnen in den Gefängnissen gefoltert.

Selbst der brutale Massenterror in Izmir vor einigen Wochen hatte diesen Kampf nicht bremsen können, denn es ist die äußerst bittere Lebenslage des Volkes, die zum Kampf treibt.

Jetzt wird offen von einem allgemeinen Notstand gesprochen, werden auch in jenen Provinzen, die von Zivilisten als Gouverneure regiert werden,

immer mehr Bestimmungen des Kriegsrechts angewandt, jetzt schreit die Reaktion nach Blut.

Bisher wurden schon, nach einem entsprechenden Aufruf der Regierung und der Kriegsrechtskommandantur in den letzten Wochen zehn Menschen von „Sicherheitskräften“ auf offener Straße erschossen. Nicht nur Kommunisten und Antifaschisten, sondern auch ein Junge, der Zigaretten verkaufte und Soldaten keine umsonst abgeben wollte, ein Mädchen, das Schule schwänzte und ähnliche Fälle. Der Aufruf der Regierung hatte genau das verlangt: schnellerer Gebrauch von Schußwaffen, um Ruhe zu stiften.

Jetzt sollen die Gerichte diesem Mordplan einen anscheinend legalen Anstrich geben. So beeilte sich auch das Kriegsgericht von Ankara sofort nachdem es das Todesurteil gefällt hatte, in der Öffentlichkeit zu betonen, dieses Gericht sei eine „unabhängige juristische Institution“, was angesichts der Vorgeschichte und der Art des Verfahrens, bei dem auch noch Erens Verteidiger ausgeschlossen wurde, niemand glaubt.

Die Faschisten und ihre Generalität will mit Blut die Unruhe ersticken, um möglichst schnell auf das Kriegsrecht verzichten zu können, da sich die Fälle von „Befehlsverweigerung“ und Disziplinbruch in der Armee häufen.

Deshalb wollen sie jetzt kurzen Prozeß, um nachher wieder mit den Sonderkommandos der Polizei und den faschistischen Mordbanden alleine ihren Terror ausüben zu können.

Deshalb soll jetzt ein 16jähriger Junge sterben, ermordet werden!

Daß dies das wahre Ziel und die einzige Absicht der Faschisten ist, zeigt sich auch an dem bereits genannten Kommuniqué der Kriegsrechtskommandantur von Ankara, vom Tage des Urteils, indem vor allem der revolutionäre Jugendverband YDGF mit seinen mehr als 40000 Mitgliedern der größte antifaschistische Verband des Landes, und die Zeitung Halkin Kurtuluşu wild attackiert werden.

Für die deutschen Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten ist dieses Todesurteil gegen einen jungen Antifaschisten in der Türkei besonders schlimm, denkt man noch einmal daran, daß der gegenwärtige Terror in der Türkei von der Bundesregierung finanziert wird, und daß die Bundesrepublik seit langem Schauplatz wilder faschistischer Aktivitäten ist.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) hat zum Kampf mit allen Mitteln gegen dieses neue Verbrechen der faschistischen Diktatur aufgerufen. Die TDKP unterstützt mit aller Kraft die Kampagne des YDGF zur Verhinderung der Urteilsvollstreckung.

Meldungen

Island: Demonstrationen gegen NATO

REYKJAVIK.— Am 31. März fanden in zahlreichen isländischen Städten Demonstrationen gegen die NATO-Stützpunkte im Lande statt.

An diesen Demonstrationen beteiligten sich mehr als 20000 Menschen, die von der Regierung verlangten, eine bündnisfreie Politik einzuschlagen. Die Regierung bekräftigte aber ihre pro-NATO-Politik, die auch von der revisionistischen „Volksallianz“-Partei bei verschiedenen Regierungsbeteiligungen begrüßt wurde.

Dänemark: Streikwelle

KOPENHAGEN.— Der Widerstand gegen das Sparprogramm der dänischen Regierung, der im März letzten Jahres begann, setzt sich weiter fort.

Jetzt wird offen über Regierungspläne gesprochen, eine offizielle Lohnsenkung um 10 Prozent vorzunehmen, wogegen es bereits wieder kürzere Streiks gab. Diese Streikwelle reißt faktisch seit März '79 nicht mehr ab, und ist jetzt wieder auf einen neuen Höhepunkt zugesteuert.

Brasilien: Hafen- und Metallarbeiterstreik

SANTOS.— Der Streik der Hafenarbeiter von Santos, dem größten brasilianischen Wirtschaftshafen geht weiter.

Jetzt greift diese neue Streikbewegung auch auf das 90 Kilometer entfernte Industriezentrum Sao Paulo über, dem Zentrum der Metallindustrie. Dort planen rund 250000 Metallarbeiter einen Streik für echte Lohnhöhung, Tarifverträge und Gewerkschaftsfreiheit, Forderungen die auch schon in Santos erhoben wurden.

Sudan: Ölfunde

KHARTOUM.— Zu den immer neuen Ölfunden, die in letzter Zeit aus verschiedenen afrikanischen Regionen gemeldet wurden, kommt jetzt auch der Sudan hinzu.

Von der Regierung Numeiri war dort die Gesellschaft „Chevron Oil of Sudan“, Tochterfirma des Rockefellermultis Chevron (Socal), mit der Prospektierung beauftragt worden und wird jetzt auch das Förder- und Verarbeitungs-konsortium führen.

Mali: 18 Jugendliche ermordet

BAMAKO.— Mit brutaler Gewalt geht die Regierung Moussa Traoré gegen die Oppositionsbewegung im Lande vor.

In den beiden letzten Wochen wurden 18 Jugendliche unter 21 Jahren, Mitglieder und Funktionäre des Studentenverbandes, durch Genickschüsse liquidiert, ein weiterer überlebte — blind. Der Studentenverband, der große Demonstrationen organisiert hatte, wurde verboten, der Jugendverband der Einheitspartei UDPM soll seine Aufgaben übernehmen.

Terrorprozeß in Tunis

Gegen 34 der 53 Angeklagten die Todesstrafe beantragt



Der Prozeß gegen die Teilnehmer des Aufstands von Gafsa zu Beginn des Jahres begann in der vorletzten Woche in Tunis. Wie der „Rote Morgen“ bereits berichtete, wurde anhand der Angeklagten bereits die erste Version der Bourgiba-Propaganda, es handle sich nur um Ausländer, Libyer speziell, widerlegt. Denn alle Angeklagten sind Tunesier. Die Staatsanwaltschaft beantragte jetzt gegen 34 von ihnen die Todesstrafe.

Das Bild zeigt die Bank der Angeklagten, von denen die ersten von ihrem Rederecht Gebrauch machten, indem sie die Regierung Bourgibas und seiner Destour-Partei als faschistisch und frankreichhörig bezeichneten. Denn der Aufstand von Gafsa war mit französischer Hilfe niedergeschlagen worden.

„Für junge Ausländer soll mehr getan werden!“ — So oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen der großen westdeutschen Zeitungen um den 20. März herum. Anlaß ist ein von der Bundesregierung verabschiedetes Programm zur besseren Eingliederung der jungen Ausländer in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse der Bundesrepublik. Das insgesamt zwanzig Regierungsbeschlüsse umfassende Integrationsprogramm sieht leichtere Einbürgerung, einen Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis und bessere Berufsausbildung vor.

Es stützt sich im wesentlichen auf ein vom Bundesbeauftragten für Ausländerfragen, dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD), entworfenes Memorandum. Allerdings hat die Bundesregierung die vom Kühn-Memorandum geforderte finanzielle Ausstattung des Inte-

grationsprogramms ganz erheblich unterschritten. Während Kühn für die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der vorschulischen und schulischen Situation der Ausländerkinder sowie der Lage der beruflichen Bildung 500 bis 600 Millionen Mark zusätzlich für Betreuungspersonal vorsieht, will es die Bundesregierung bei maximal 200 Millionen Mark bewenden lassen, wobei vier Fünftel dieses Betrages von den Länderregierungen übernommen werden sollen. Der Bund hat zunächst einmal 50 Millionen Mark bereitgestellt. So erfreulich es ist, daß die Bundesregierung endlich einmal in dieser Sache aktiv wird, so zweifelhaft ist, ob Art und Umfang des Programms geeignet sind, die katastrophale Lage der ausländischen Jugendlichen und Kinder in unserem „Wohlfahrtsstaat“ zu ändern, zu verbessern. Doch werfen wir zunächst einen Blick auf die aktuelle Lage der zweiten und dritten „Gastarbeitergeneration“.



Die ausländischen Kollegen „durften“ die Unternehmerprofite vermehren helfen. Doch für ihre Kinder ist kein Platz in unserer Gesellschaft.

Zur Lage der ausländischen Kinder und Jugendlichen

„Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen.“

Die Politik der Bundesregierung bewegt sich an der Grenze zum Rassismus

Gegenwärtig leben etwa vier Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Über eine Million von ihnen sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Die Hälfte von ihnen ist hier geboren, die andere Hälfte ist — meist mit der übrigen Familie — nachgereist.

Eine weitere Million Kinder und Jugendliche von ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die in der Bundesrepublik arbeiten, wartet in ihren Heimatländern, daß auch sie in die Bundesrepublik geholt werden.

Die sich Jahr für Jahr verschärfende Krise, besonders die zunehmend durchgreifende Rationalisierung, die mit der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen einhergeht, trifft die ausländischen Kollegen besonders hart. Bei den ausländischen Arbeiterfamilien wiederum sind besonders die Kinder und Jugendlichen von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage betroffen.

Die Folgen der Krise treffen die ausländischen Kinder und Jugendlichen in allen Bereichen. Die vorschulische und schulische Situation ist besorgniserregend. Die Lage der beruflichen Bildung ist erschreckend.

60 Prozent ohne Schulabschluß

Das Kühn-Memorandum weist aus, daß von 260 000 ausländi-

schen Kindern zwischen drei und sechs Jahren mehr als 180 000 keinen Platz in Kindergärten oder Kindertagesstätten finden. Von 130 000 türkischen Kindern finden sogar 100 000 keinen Platz. Noch schlimmer ist die Situation bei Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Dabei ist zu bedenken, daß bei den ausländischen Familien prozentual viel mehr Frauen mitarbeiten als bei den deutschen.

Was die Schule betrifft, so besuchen etwa 400 000 ausländische Kinder und Jugendliche die Grund- und Hauptschule. Lediglich ein verschwindend kleiner Anteil wird auf anderen Schultypen angetroffen. In Gemeinden mit besonders hoher Ausländerkonzentration ist es nicht selten, daß Grundschulklassen mit mehr als 50 Prozent Ausländerkindern belegt sind. Die Gesamtzahl der ausländischen Schüler hat sich seit dem Schuljahr 1965/66 vervierzehnfacht. Nur knapp die Hälfte aller Ausländerkinder erreichen irgendeinen Schulabschluß. Über 25 Prozent kommen nicht oder nicht regelmäßig der allgemeinen Schulpflicht nach. Der Berufsbildungsbericht 1979 spricht sogar davon, daß 60 Prozent aller in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Jugendlichen keinen Schulabschluß erreichen. Das sind fünfmal mehr als bei deutschen Jugendlichen. Von daher ist es nicht weiter

verwunderlich, daß die statistischen Angaben in Sachen berufliche Bildung ähnlich ungünstig oder noch ungünstiger ausfallen, denn ohne Hauptschulabschluß gibt es keine Lehrstelle, und für die ausländischen Jugendlichen kommen noch zahlreiche weitere Hindernisse hinzu.

Jährlich treten etwa 40- bis 50 000 ausländische Jugendliche ins berufsfähige Alter. 1979 gab es rund 120 000 fünfzehn- bis achtzehnjährige ausländische Jugendliche. Bis 1990 wird sich diese Zahl aller Voraussicht nach verdoppelt haben.

Lediglich die Hälfte von ihnen besuchte im Schuljahr 1977/78 berufsbildende Schulen. Nur 2 Prozent verlassen die Berufsschule mit erfolgreichem Abschluß. In geregelter Ausbildung steht jeder vierte berufsschulpflichtige Ausländer.

Von jenen ausländischen Jugendlichen, die überhaupt Arbeit finden, sind über 80 Prozent ungelernete oder angelernte Arbeiter.

Diese statistischen Angaben verdeutlichen auf krasseste Art und Weise, daß man zwar in den 60er Jahren ein großes wirtschaftliches Interesse am massenhaften Import ausländischer Kollegen hatte und dabei die äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in den Heimatländern der ausländischen Kollegen, die in der Regel durch hohe Massenarbeitslosigkeit

gekennzeichnet ist, geschickt auszunutzen verstand, daß man sich aber einen Dreck um die sozialen Nachfolgeprobleme kümmerte. Das sogenannte westdeutsche Wirtschaftswunder, das sich sowie vor allem in einer sagenhaften Steigerung der Unternehmerprofite ausdrückte, ist nicht zuletzt auf dem Rücken der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter entstanden.

Doch um ihre Kinder kümmern, das war und ist nicht drin. Das wären ja Kosten, die sich nicht rentierten. Sollen sie doch zurückgehen nach Jugoslawien, in die Türkei, nach Spanien oder Portugal. Was können wir für die schlechten Verhältnisse dort? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

So etwa kann man die Haltung der westdeutschen Unternehmer und ihrer Bonner Regierung gegenüber den ausländischen Kollegen und ihrer Kinder charakterisieren.

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch formulierte treffend: „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen.“

In der Politik gegenüber den ausländischen Kollegen und ihren Familienangehörigen, besonders ihren Kindern, läßt sich anschaulich beweisen, daß die Bonner Regierung nichts anderes ist als der Vollstrecker der Interessen ihrer kapitalistischen

Auftraggeber.

Dazu zwei Beispiele:

Zwangsarbeitslosigkeit

Bis zum 21. März 1979 gab es eine gesetzliche Regelung, daß die Ehegatten von in der Bundesrepublik arbeitenden Ausländerinnen oder Ausländern nur dann eine Arbeitserlaubnis erhielten, wenn sie vor dem 30. November 1974 eingereist sind. Für nachgereiste Kinder galt der 31. Dezember 1976 als Stichtag.

Diese vollständig ausländerfeindliche Regelung verurteilte einen Großteil der nachgekommenen Familienangehörigen zur Zwangsarbeitslosigkeit. Für die Bundesanstalt für Arbeit bestand der „Vorteil“ darin, daß diese zur Arbeitslosigkeit verdammt Kolleginnen und Kollegen — in der Regel handelte es sich dabei um Frauen und Jugendliche, die ohnehin besonders von der Krise betroffen waren — nicht in den Arbeitslosenstatistiken auftauchten, denn sie hatten ja keine Arbeitserlaubnis, konnten sich mithin auch nicht als arbeitslos melden.

Am 21. März 1979 beschloß die Bundesregierung nicht zuletzt auf das Drängen der Öffentlichkeit eine Liberalisierung, die in Wirklichkeit kaum eine war.

Man erlaubte nun den zugereisten, also nicht in der Bundesrepublik geborenen Angehörigen nach einer gewissen Sperrfrist sich auf dem westdeutschen Stellenmarkt zu bewerben. Für Jugendliche beträgt die Sperrfrist zwei Jahre, für Ehegatten vier. Nun ist es zweifellos eine Verbesserung, wenn ein lebenslangliches Arbeitsverbot in ein auf zwei bzw. vier Jahre befristetes umgewandelt wird, rein statistisch zumindest. Daß aber selbst diese minimale Verbesserung nicht zu deutlich zu Buche schlägt, dafür trug Arbeitsminister Ehrenberg Sorge.

Er wies die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit an: „Um eine hohe Zusatzbeschäftigung zu erreichen und damit auch Verdrängungsprozesse möglichst gering zu halten, muß auf eine strikte Beachtung des Paragraphen 19 Arbeitsförderungsgesetz und bei den Ehegatten ferner auf die ausschließliche Vermittlung in Bereichen mit personellen Engpässen gerechnet werden.“

Der besagte Paragraph 19 fordert, deutschen Bewerbern um einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle den Vorzug zu geben. Das bedeutet: Nach wie vor sind ausländische Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Lehrstellensuchende, soweit sie überhaupt die erforderlichen Schulabschlüsse geschafft haben, regelrecht auf die Reservebank abgeschoben, eine industrielle Reservearmee für den äußersten Notfall.

Das wußte auch das Handelsblatt, das allgemein als das Sprachrohr der Unternehmer gilt, zu würdigen. Dort war am 22. März 1979 zu lesen:

„Rund 50 000 zusätzliche Arbeitskräfte werden auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor allem für Mangelberufe (Hervorhebung von uns, Red.) zur Verfügung stehen.“

Diskriminierende Kindergeldregelung

Am 1. Januar 1979 trat eine ausgesprochen ausländerfeindliche Kindergeldregelung in Kraft. Ausländische Kollegen, die bereits seit 15 Jahren und

mehr in der Bundesrepublik arbeiten und aus Nicht-EG-Ländern kommen, erhalten stark reduziertes Kindergeld für die in der Heimat gebliebenen Kinder, 60 Mark für das dritte und vierte Kind, 70 Mark vom fünften ab. Deutsche Eltern erhalten ab dem dritten Kind 200 Mark.

Beide Regelungen, die zwei- bzw. vierjährige Wartezeit und die diskriminierende Kindergeldregelung stehen im krassen Gegensatz zu Formulierungen des Grundgesetzes, die eine Gleichbehandlung der Menschen verlangen, unabhängig von Rasse und Staatsangehörigkeit.

Die angeführten Beispiele nebst dem erwähnten statistischen Material bedecken nur einen kleinen Ausschnitt der unhaltbaren Situation der ausländischen Kollegen in unserem Land, insbesondere der Kinder und Jugendlichen.

Was die anfangs erwähnten Pläne der Bundesregierung betrifft, so sind sie absolut nicht in der Lage, die erwähnte Problematik grundlegend zu ändern oder auch nur zu verbessern. Die ins Auge gefaßten Gelder müssen noch mit den Ländern ausgehandelt werden, und es ist damit zu rechnen, daß ein Großteil des Integrationsprogramms dabei auf der Strecke bleibt.

Die Pläne, die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft zu erleichtern, sind grundsätzlich zu begrüßen, ändern aber allenfalls auf lange Sicht die unhaltbare Lage der ausländischen Jugendlichen.

Daß die 500 000 in der Bundesrepublik geborenen Ausländer einen Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis erhalten sollen, ist dringend erforderlich. Es ist jedoch überhaupt nicht einsichtig, warum diese Regelung nicht auch auf die Zugereisten angewendet werden soll.

Der Kampf muß weitergeführt werden, sämtliche gesetzlichen Bestimmungen zu Fall zu bringen, die gegen eine Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Arbeitern stehen. Der Paragraph 19 des Arbeitsförderungsgesetzes muß fallen.

Noch ist die Haltung der Bundesregierung durch eine Einschätzung von 1977 gekennzeichnet:

„Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren.“

Und die ohnehin schmalen von der Bundesregierung bewilligten Gelder in Höhe von 50 Millionen Mark, mit denen das groß angekündigte Integrationsprogramm notdürftig finanziert werden soll, wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Rahmen des Nachtragshaushalts weiter zusammengestrichen werden.

Unter dem Strich wird herauskommen: Hunderte von Millionen für das ultrarechte Demirel-Regime in der Türkei. Hunderte von Millionen für den weiteren Terror gegen die türkischen Werktätigen in Ankara, Izmir und Istanbul. Keinen Pfennig für die doppelte und dreifache ausgebeuteten türkischen und anderen ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik. Darauf wird die Integration der Ausländerkinder und -jugendlichen hinauslaufen!

Man sollte das Integrationsprogramm umtaufen in Programm zur Fortschreibung der Diskriminierung ausländischer Kinder und Jugendlicher.



Schmidt und Matthöfer torpedieren Wehners Reformmodell

Bundeskanzler Schmidt ist dazu übergegangen, sämtliche auf die Bundesregierung zukommenden Ausgaben daraufhin abzuklopfen, ob man das Geld nicht zugunsten des Kriegsetats umleiten kann. Nachdem er jetzt schon das Wahlprogramm der SPD unter den sogenannten Finanzierungsvorbehalt gestellt hat und den Ressortministern mit Ausnahme von Kriegsminister Apel ein Ausgabenstopp verordnen ließ, ist mehr als zweifelhaft, ob die Bestimmungen des 21. Rentenanpassungsgesetzes, die das bruttolohnbezogene Rentensystem außer Kraft setzten, 1982 wieder aufgehoben werden.

Und sie hätte auch bestimmt das Gespenst der sozialistischen, kollektivistischen, marxistischen, nivellierenden und absolut gleichmacherischen Einheitsrente beschworen, wenn Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sie nicht von dieser (Lieblings-)Aufgabe entbunden hätte, indem er auf der erwähnten SPD-Vorstandssitzung am 21. Februar zusammen mit Finanzminister Matthöfer, der mittlerweile mit traumhafter Sicherheit das Spiel mit dem Rotstift beherrscht, die Wehnerschen Rentenpläne erbarungslos „zerschlug“, wie der „Spiegel“ treffsicher schreibt.

So ist es schon ein Hohn, wenn der vom SPD-Vorstand verstümmelte Wehner-Entwurf, der auf dem außerordentlichen Wahlparteitag der SPD am 9./10. Juni in Essen endgültig abgesegnet werden soll, in einer Beilage zum „Vorwärts“ mit „zukunftsgerichtet und solide“ überschrieben ist.

Übriggeblieben ist von den elf Punkten lediglich die Teilhaberrente (Variante III) mit zehnjähriger Übergangszeit ab 1984, die Mindestrente und das Babyjahr. Alles andere ist unter einen sogenannten Finanzierungsvorbehalt gestellt, wie auch alle übrigen Wahlversprechen der SPD.

Kriegsvorbereitung an erster Stelle

Was den Kanzler zu seiner harten Haltung veranlaßt, geht ebenfalls aus dem „Spiegel“ hervor: „Eingeleitet hatte der Kanzler seinen Kampf gegen die Genossen der Wehner-Kommission mit einem langen Vortrag über Kriegsgefahren, über die instabile Weltlage und über zusätzliche Belastungen des Haushalts.“

Damit dürfte er die Nachrüstung, die Türkeihilfe und ähnliche noch vor uns stehende Projekte gemeint haben, die erklärterweise auf Kosten der Sozialpolitik finanziert werden sollen.

Auf diesem Hintergrund gesehen steht es in den Sternen, ob die bruttolohnbezogene Rente 1982 wiedereingeführt wird. Eindeutig klar allerdings ist schon, daß keine im Bundestag vertretene Partei die Lage der Alten in unserem Lande verbessern wird, im Gegenteil. Immer mehr Rentner werden angesichts der weiteren Aufrüstung, die nicht zuletzt auf ihre Kosten finanziert wird, sagen können, wenn sie einen Panzer durch die Straßen rollen sehen: „Sieh mal, da fährt meine Rente!“

Die CDU/CSU hat bislang keine konkreten Rentenvorstellungen entwickelt, was das „Handelsblatt“ ärgert vom „totalen Wirrwarr in der Union über das rentenpolitische Kon-

zept der Zukunft“ schreiben läßt.

Doch kann man sich getrost auf Erfahrungswerte stützen. Bislang war es immer so, daß die beiden letzten Etappen des Rentenabbaus der Union noch nicht weitgehend genug waren, daß sie allerdings immer versucht hat, ihren wahren Standpunkt hinter der vorgeblichen Verteidigung des bruttolohnbezogenen Rentensystems zu verstecken. Vermutlich wird sie auch heute so vorgehen. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß solch kalten Krieger wie Strauß, Dregger und Wörner jeder Rentenpfennig als zum Fenster hinausgeworfenes Geld vorkommen muß, wo es gilt, sich an internationalen Eingreiftruppen zu beteiligen, die Aufrüstung zu forcieren, womöglich noch eigene Atomwaffen herzustellen, den Angriffskrieg vorzubereiten.

Vielleicht sagen sie auch eines Tages, daß die Rentner im Interesse der Verteidigung „unserer Ölquellen“ wie alle anderen auch Opfer zu bringen haben.

Die letzten beiden Etappen des Rentenabbaus sowie die ungewohnt offene rentnerfeindliche Haltung des Bundeskanzlers, die für die Zukunft nichts Gutes erwarten läßt, zeigen, daß der als noch relativ sicher erscheinende verbliebene soziale Besitzstand der Werktätigen auf tönernen Füßen steht, daß die Imperialisten fest entschlossen sind, das verbliebene System der sozialen Sicherheit, das die Werktätigen sich in langwierigen Kämpfen aufgebaut haben, Schritt für Schritt zu zerstören, um alles verfügbare Geld in das eine Projekt zu stecken, das immer drohender am Horizont der Weltgeschichte auftaucht, in einen dritten imperialistischen Weltkrieg. Mit den Renten fängt es an, mit Millionen Toten hört es auf. Das hat die Geschichte zur Genüge bewiesen.

In diesem Zusammenhang ist der Kampf der Werktätigen, der alten wie der jungen, zur Verteidigung des sozialen Besitzstandes der arbeitenden Bevölkerung, zur Verteidigung des bruttolohnbezogenen Rentensystems auch ein Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr. Erlauben wir es nicht, daß Gelder, die sich unsere Alten in ihrem langen Leben, in dem sie oft bis auch die Knochen ausgebeutet und ausgesaugt wurden, so daß manche nur noch als ausgelaugte Wracks und Krüppel das Rentenalter erreichen, daß Gelder, die uns Werktätigen doppelt und dreifach zustehen, die schließlich wir durch unserer Hände Arbeit erwirtschaftet haben, erlauben wir nicht, daß diese Gelder erneut für das größte Verbrechen der Weltgeschichte, für den imperialistischen Krieg mißbraucht werden.

Kriegsvorbereitung statt Rentenreform?

Nachdem wir in der sechsten Folge unserer Rentenserie auf die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Reform der Hinterbliebenenversorgung eingegangen sind und die aktuelle Lage der Rentendiskussion kurz skizziert haben, gehen wir in der abschließenden Folge ausführlich aus das Wehnersche Reformmodell ein. Doch Herbert Wehner und seine

Doch bevor wir darauf eingehen, welches Schicksal dem Forderungskatalog der Wehner-Kommission beschieden war, werfen wir einen Blick auf das Wehnersche Rentenkonzept.

- 1. Aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils von 1975 in Sachen Hinterbliebenenrente soll die Teilhaberrente nach der Variante III eingeführt werden.
- 2. Die Jahre der Kindererziehung sollen rentenpolitisch honoriert werden. Müttern soll pro Kind ein Beitragsjahr gutgeschrieben werden.
- 3. Um die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Rentenalter zu reduzieren, soll eine Mindestrente eingeführt werden.

Artikelserie zur Rentendiskussion



(letzte Folge)

Liegt ein Rentner bei mindestens 25 Beitragsjahren unterhalb des Sozialhilfesatzes, so sollen ihm bei der Rentenberechnung für die Jahre voller Erwerbstätigkeit 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten als persönliche Bemessungsgrundlage (siehe Folge 1) zugerechnet werden. Diese Reform soll nach Wehners Vorstellungen von Ländern und Gemeinden aus den eingesparten Sozialhilfegeldern finanziert werden und würde mithin den Bundeshaushalt nicht belasten.

- 4. Für Behinderte, die von Jugend an arbeitsunfähig sind und die von daher keine Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung werden konnten, soll ein eigenes Behindertenren-

tenversicherungssystem geschaffen werden.

- 5. Die Rente von Schwerstbehinderten soll soweit aufgestockt werden, daß sie im Regelfall den Lebensstandard vor dem Eintritt der Behinderung halten können. Private Pflegepersonen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung miteinbezogen werden.
- 6. Die flexible Altersgrenze soll verbessert werden. Schichtarbeiter sollen ab dem 55. Lebensjahr auf Teilzeitarbeit bei vollem Lohnausgleich gesetzt werden können. Diese Reform soll durch eine überbetriebliche Umlage aller Schichtbetriebe finanziert werden.
- 7. Der „Arbeitgeberbeitrag“ soll nicht mehr schematisch die Hälfte des Rentenbeitrags unabhängig von Betriebsgröße etc. betragen, sondern auf Ertragsgrundlage berechnet werden. Unternehmen mit relativ wenig Beschäftigten aber hohem Automatisierungsgrad würden dann etwa genausoviel Beitrag zahlen müssen wie ein Betrieb mit relativ vielen Beschäftigten und bislang nur unvollkommen durchgeführter Rationalisierung. Für diesen Punkt wurde das Wort „Maschinenbeitrag“ in die Debatte eingeführt.

- 8. Alle Selbständigen und Freiberuflichen sollen pflichtversichert werden, wobei die Selbständigen nur den halben Beitrag zu zahlen hätten; die andere Hälfte soll von der Gesamtheit der Unternehmer über den „Maschinenbeitrag“ eingetrieben werden.
- 9. Die Versicherungssysteme sollen harmonisiert werden. Das Schlagwort „Harmonisierung“ spielt auf krasse Ungerechtigkeiten im System an. Während beispielsweise ein Beamter nach 35 Dienstjahren 75 Prozent seiner letzten Bruttobezüge als Pension erhält, muß das schlichte Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung sich nach 35 Beitragsjahren mit 40 Prozent des letzten Bruttolohns abfinden. Ein Beamter erhält bereits nach fünf Dienstjahren 1 250 Mark Pension, das sind 200 Mark mehr, als ein

Kommision erlitten auf einer SPD-Vorstandssitzung dasselbe Schicksal, das einige Zeit vorher allen Kabinettsmitgliedern außer Kriegsminister Apel widerfahren war. Kanzler und Finanzminister zückten den Rotstift und verstümmelten das Wehnersche Reformpaket zugunsten der Aufrüstung.

Durchschnittsrentner nach 40 Beitragsjahren erhält.

- 10. Ab 1985 sollen die Rentner eigene Krankenversicherungsbeiträge entrichten.
- 11. Der Bundeszuschuß soll an die steigenden Rentenausgaben gekoppelt werden und nicht wie bisher an die Bemessungsgrundlage.

Konkrete Verbesserungen

Nun kann man über die eine oder andere Forderung sicherlich diskutieren und unsere Partei ist weit entfernt davon, das Wehner-Programm in allen Punkten zu feiern. Doch bei allen Vorbehalten muß doch gesagt werden, daß verschiedene Punkte des Kataloges angesichts der politischen Realitäten sehr begrüßenswert zu nennen sind. Besonders der Punkt 7, der die Unternehmer verstärkt zur Kasse bitten will, verdient Beachtung.

Weiter ist es recht verdienstvoll, sich an die Harmonisierungsproblematik heranzumachen, legt man damit doch den Finger auf alte durch nichts zu rechtfertigende Beamtenprivilegien, die sich aus dem militaristischen Preußen bis zur Gegenwart als äußerst resistent erwiesen haben.

Auch die Idee einer Mindestrente ist ein begrüßenswerter Schritt nach vorn.

Der Punkt 2, das sogenannte „Babyjahr“ ist für sich genommen gar nicht verkehrt, hat aber den unangenehmen Beigeschmack, daß solche Vorhaben gegen jene Maßnahmen ausgespielt werden, die den Frauen das Ergreifen eines qualifizierten Berufes erleichtern würden. Solche Methoden, einseitig durchgeführt, würden die Frauen an Heim und Herd fesseln. Nicht umsonst ist dies der einzige Punkt, den die CDU/CSU sozusagen positiv angreift und sich laut Generalsekretär Geißler für fünf Beitragsjahre pro Kind einsetzt.

Aber wie dem auch sei, würde das Wehner-Programm im wesentlichen politische Realität werden, die soziale Lage

der Rentner würde sich um einiges bessern.

Entsprechend fiel die Reaktion der anderen Parteien aus. Kurz bevor sich der SPD-Vorstand Ende Februar mit dem Wehner-Papier auseinanderzusetzen hatte, meldete sich der Koalitionspartner zu Wort. Punkt 8 (Pflichtversicherung für Selbständige und Freiberufliche) wurde rundweg abgelehnt, der erhöhte Bundeszuschuß kritisiert und der „Maschinenbeitrag“ für absolut undiskutabel erklärt.

Schmidt schlägt zu!

Wie so oft hatte die CDU/CSU dieselben Kritikpunkte wie die in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht von Lambsdorff dominierte FDP, nur der Ton war um einiges schärfer und polemischer.

Geißler erklärte im Hinblick auf Mindestrente und „Maschinenbeitrag“: „Die SPD hat nahezu unverhüllt die Schwelle zur Einheitsrente überschritten.“

Parallelen zur Gesamtschuldendiskussion drängen sich unwillkürlich auf. In diesem Zusammenhang spricht die Reaktion bekanntlich von („sozialistischer“) Einheitsschule.



Eine gesetzlich garantierte Mindestrente würde insbesondere den Frauen zugute kommen, denn die bislang noch nicht verwirklichte Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeits- und Berufsleben spiegelt sich auch in Niedrigrenten für Frauen wider.

Zum 80. Geburtstag Franz Carl Weiskopfs

Stephan Hermlin

Über F.C. Weiskopf

Franz Carl Weiskopf, der am 3. April 1900 in Prag als Sohn eines Beamten geboren wurde, gehört, wie Rilke und Werfel, wie Kafka und Meyrink, wie Kisch und Fünberg und Rudolf Fuchs, einer Generation von Schriftstellern an, welche die neuere deutsche Literatur sehr bereichert hat. Aber es genügt, diese Namen aufzuzählen, um zu begreifen, daß sich hier keine „Prager Schule“ etablieren läßt. Zu tief scheidet ihr Standpunkt die einen von den anderen. Was Prag für Weiskopf, für sein Leben und seine Arbeit bedeutet hat — wir können es jedem seiner Werke entnehmen; wir spüren da einen geschärften Sinn für die Kämpfe der Zeit, die Kämpfe der Klassen, die kompliziert werden durch nationale Kämpfe und chauvinistische Reaktionen; wir spüren auch einen geschärften Sinn für Nuancen der Sprache, die anderswo unbeachtet bleiben; der genaue Blick ist da für das Leben, die Sorgen, die Kämpfe der sogenannten kleinen Leute, des Volkes der Tschechoslowakei, seiner Nationalitäten, und dieser Blick ist zugleich zur Welt hin geöffnet und hat nichts zu tun mit provinzieller Dumpfheit.

Weiskopf besuchte deutsche Schulen in Prag. Seine Mutter, einer tschechischen Familie aus Tabor entstammend, lehrte ihn Tschechisch und Französisch; ihr verdankt er auch die ersten Begegnungen mit großer Literatur, mit Goethe und Schiller, Tolstoi und Gogol, Stendhal und Flaubert. Man holte ihn, Anfang 1918, er war noch Gymnasiast, als Einjährig-Freiwilligen zum Militär. In der schon tief zersetzten österreichisch-ungarischen Armee stieß er auf Revolutionäre aller Art, Anhänger Masaryks und konsequente Sozialisten. Obwohl Weiskopfs Roman „Das Slawenlied“ nach seinen eigenen Angaben kein autobiographisches Buch ist, hat er dieses Milieu, diese Vorgänge damals zweifellos so erlebt.

te, gehörte Weiskopf zu den gründenden Mitgliedern.

Weiskopfs erste Buchveröffentlichung war ein Band Gedichte, der 1923 in Berlin unter dem Titel „Es geht eine Trommel“ im Verlag der Jugendinternationale herauskam. Im gleichen Band finden wir seine frühesten Nachdichtungen aus dem Tschechischen. Ein altes Volkslied lebt in Weiskopfs Gedichten auf, das „Zu-Sträßburg-auf-der-Schanz“ das „Jeme-suis-t'-engagé“, das Thema des Soldaten, der nicht mehr Soldat sein will.

1927 zum erstenmal, dann mehrere Male in den folgenden Jahren reiste Weiskopf in die Sowjetunion. Er veröffentlichte im Berliner Malik-Verlag über diese Reise zwei bewundernswürdige Reportagebände: „Umsteigen ins 21. Jahrhundert“ und „Zukunft im Rohbau“. Weiskopfs beide Bücher sind heute noch lesenswert, aufregend, erschütternd; sie sind ein unpathetischer Bericht vom „Einfachen, das schwer zu machen ist“, von Menschen, deren innere Größe der geographischen Größe ihres Landes entspricht.

1927 war F.C. Weiskopf nach Berlin übersiedelt. Die journalistische Arbeit, die ihn schon in Prag in Atem gehalten hatte, setzte er bei uns fort; er wurde Redakteur an der antifaschistischen Tageszeitung „Berlin am Morgen“. Er arbeitete am „Slawenlied“, das bei Kiepenheuer herauskam und ein großer literarischer Erfolg wurde; er hatte den Plan zu einem neuen Roman, der das Berlin der letzten Monate vor der Machtergreifung der Nazis zeigen sollte; der zeigen sollte, wie kleine, von der Arbeitslosigkeit gehetzte Leute gegen den Faschismus kämpfen, seinem Einfluß erliegen und sich wieder gegen ihn wenden; dieser Roman, der erst Jahre später unter dem Titel „Die Versuchung“ erschien und heute als „Lissy“ sein wahrscheinlich populärstes Buch ist,



In Prag 1936

tagsbrand hatte flüchten müssen, wußte, daß ein Schriftsteller seines Schicksals sich nicht nur seinen Büchern widmen konnte. Er begann damals in Prag auch seine ersten Anekdoten zu schreiben, er entdeckte diese alte Kunstform, die in der deutschen Literatur eine so rühmliche Vergangenheit besitzt, von neuem; die Erneuerung der Anekdote lag eigentlich nahe, aber Weiskopf allein unternahm sie, und er blieb ohne Nachfolger. Die Gattung war überaus nützlich, schnell anwendbar und eindrucksvoll, wenn man sie meisterte, und wie meisterte Weiskopf sie...

Aber das alles war, wie gesagt, nur in den Nachtstunden zu tun und an Sonntagen. Die AIZ, die großartige Arbeiter-Illustrierte, an der die Elite der revolutionären Schriftsteller mitarbeitete, mußte erhalten und weitergeführt werden, und es war Weiskopf, dem man diese Arbeit anvertraute, wie manche andere: da war die Gründung des wichtigen „Gegenangriff“ auf das Goebbels-Blatt, da war die Herausgabe antifaschistischer Zeitschriften in tschechischer Sprache. Immer wieder mußte Weiskopf seine eigentliche, seine literarische Arbeit zugunsten der politischen Tagesarbeit zurückstellen.

1937 erschienen Weiskopfs gesammelte Nachdichtungen aus dem Tschechischen und Slowakischen unter dem Titel „Das Herz — ein Schild“.

1938 wurde Weiskopf noch einmal zur Armee einberufen. Ein halbes Jahr später, als Hitler nach der Auslieferung der Sudeten auch Prag besetzte, war Weiskopf in Paris. Er brachte dort unter dem Pseudonym Pierre Buk eine Analyse des Verrats von Godesberg und München heraus. Das Buch heißt „La Tragédie Tchecoslovaque“ und ist niemals in deutscher Sprache erschienen. Die Pariser Periode war kurz. Weiskopf befand sich in New York, beim Kongreß der antifaschistischen American Writers' League, als der Krieg ausbrach. Er hatte einen Kongreß besuchen wollen; er blieb fast zehn Jahre in den Vereinigten Staaten.

Es wurde die Zeit seiner großen Romane. Er hatte schon in Prag und Paris an „Abschied

vom Frieden“ gearbeitet, dem ersten Band einer großangelegten Darstellung des habsburgischen Debakels. Er schrieb dazwischen die beiden Zeitromane „Vor einem neuen Tag“ und „Himmelfahrtskommando“. Das Wort von der Literatur, die dem Leben voraus sein müsse, bezieht sich merkwürdig unmittelbar, direkt auf „Vor einem neuen Tag“: Weiskopfs Kenntnis der politischen Realität, sein historischer Weitblick befähigten ihn 1941 jenen slowakischen Aufstand bis ins Detail richtig darzustellen, der drei Jahre später wirklich ausbricht. „Himmelfahrtskommando“ schildert die Naziverbrechen in den besetzten Ländern und zeigt, warum die Niederlage der Mörder nicht zufällig, sondern gesetzmäßig eintritt. Dies ist wahrscheinlich der Grund für das Verbot, das westdeutsche Regierungsstellen 1958 über das Buch verhängten, ohne daß die intellektuellen Vorkämpfer abendländischer Freiheit auch nur ein Wort darüber verloren hätten.

Nach der Beendigung von „Abschied vom Frieden“ begann er die Fortsetzung, die zuerst englisch als „Children of their Time“ gedruckt wurde. Er hatte es sich nie leicht gemacht; mit diesem zweiten Band eines geplanten Romanes fleu er machte er es sich besonders schwer. Er schrieb ihn ein-, zwei-, dreimal um; die endgültige Fassung erschien erst lange nach dem Krieg, 1955. Das Buch heißt jetzt nicht mehr „Kinder der Zeit“, sondern „Inmitten des Stroms“. Ein seiner Mittel sicherer Schriftsteller hat diese beiden vorzüglich erzählten Romane gebaut. Gebaut — das Wort darf wohl hier stehen, wenn man ein wenig Einblick genommen hat in das riesige Material, das Weiskopf im Laufe der Zeit zusammenrug auf Zetteln, Papierservietten, Fahrkarten, Zeitungsrändern, Streichholzschachteln; wenn man seine Handlungspläne sieht, in denen das Skelett des Geschehens genau aufgezeichnet ist, die Verflechtung von Personen und Ereignissen streng entwickelt und überwacht werden. Ein zusammenbrechendes Reich wird vor uns hingestellt vom Hradschin bis zu den Stellungen am Piave, von den Dörfern Galiziens bis

zur Ringstraße. Der Erzähler macht einen Querschnitt durch die schwarz-gelbe Gesellschaft, und man sieht, daß er nicht nur ihre Klassen kennt, sondern diese Klassen auch durch gleichermaßen repräsentative Figuren bildhaft zu machen versteht. Das bedeutet viel. Wahr sind die Aristokraten und Bürger, wahr sind die revolutionären Arbeiter in diesen Romanen.

F.C. Weiskopf hatte seine Pläne. Die Zeit hatte auch jetzt anderes mit ihm vor. Der tschechoslowakische Staat, vom Faschismus befreit, zum erstenmal in den Händen des Volkes, appellierte an Weiskopf, in den diplomatischen Dienst zu treten. Er wäre gern nach Berlin gefahren, wo man ihn dringend brauchte, er hätte gern sein Werk vorangetrieben. Aber Weiskopf zögerte nicht, seine neue Aufgabe in Angriff zu nehmen. Jahre hindurch wirkte er als Gesandter und Botschafter in Washington, in Stockholm, in Peking. Leute, die es wissen müssen, die ihn bei seiner neuen Arbeit sahen, versichern, er sei ein glänzender erfolgreicher Diplomat gewesen. Wieder saß er für Jahre nachts über seinen entstehenden Büchern.

In der Peking Zeit leistete Weiskopf eine hervorragende Arbeit als Übersetzer. Zum erstenmal vermittelte er uns mit „Gesang der gelben Erde“ die wesentlichen zeitgenössischen Lyriker Chinas und die hochinteressanten Wergand- und Kolbenverse unbekannter Arbeiter und Soldaten, die in seiner Übertragung offenbar nichts von ihrer Wahrhaftigkeit und Einfachheit, von ihrem lebensstüchtigen Elan eingebüßt haben. Außerdem übertrug er in vorbildlicher Weise das umfangreichste und vielleicht

wichtigste moderne Epos Chinas, das „Lied vom Karren“ des Tien Tschien.

1953 konnte Weiskopf, den wir ungeduldig erwarteten, endlich nach Berlin kommen. Er machte in kürzester Zeit gemeinsam mit Willi Bredel die „Neue Deutsche Literatur“ zu einer führenden Zeitschrift. Er arbeitete im Schriftstellerverband und in der Deutschen Akademie der Künste. Er stürzte sich vor allem in eine Arbeit, die ihn faszinierte — er schrieb die „Verteidigung der deutschen Sprache“. Sein Werk hatte immer dieser Verteidigung gedient; er versuchte sie jetzt theoretisch zu festigen.

Dem deutschen Schriftsteller aus der Tschechoslowakei F.C. Weiskopf, heimgekehrt ins Land der Sprache, mit der er dieses Land und jenes und alle Länder verteidigt hatte, war keine lange Frist gegeben, keine zwei Jahre mehr... Er saß wie stets nachts an seinem Schreibtisch, er schrieb an einem neuen großen Roman, der Fortsetzung seines Hauptwerks, er half bei der Festigung eines deutschen Arbeiter- und Bauern-Staats, unermüdlich, zäh, geschickt und freundlich, er sorgte sich um viele Menschen, nur um sich selber sorgte er sich zu wenig, die Zeit ließ ihm wenig Zeit, er fühlte die Zeit an seinem Herzen, er hatte seine dunklen Stunden, nur in seinem Werk findet sich nichts davon, er fühlte plötzlich eine Schwäche, er sagte noch: „Es geht schon wieder besser!“ und sank um, tot, zwanzig Jahre zu früh. Es war am 14. September 1955.

Den Beitrag, den wir gekürzt wiedergeben, schrieb Stefan Hermlin als Vorwort zu „F.C. Weiskopf, Gesammelte Werke“. Er ist in Bd. I dieser achtbändigen Ausgabe enthalten.

F.C. Weiskopf

Zuviel Hirn

Die „New York Times“, der man in solchen Dingen für gewöhnlich Glauben schenken darf, berichtete anno 1947 über einen so in mancher Hinsicht merkwürdigen Vortrag des Londoner Gehirnschirurgen Sir Allen Dickson Wright vor seinen Kollegen von der Königlichen Akademie der Wissenschaften und Künste. Sir Allen, ein Virtuose in seinem Fach, erläuterte die von ihm zur Heilung schwererer Melancholie erfolgreich angewandte Leukotomie — eine Operation, die darin besteht, daß die Schädeldecke des Kranken geöffnet und etwa ein Fünftel des Hirns entfernt wird. Bei den zur Veranschaulichung seiner Methode angeführten Beispielen handelte es sich fast ausschließlich um Bankiers, Börsenmakler und Industrielle, die an einer gemeinhin als Erschlaffung des Geschäftsgeistes (tired businessman's feeling) bekannten schwermütigen Apathie litten. Insbesondere hob Doktor Wright den Fall eines Fabrikdirektors aus Sheffield hervor, der von dem besagten Leiden in einem solchen Grade befallen wurde, daß er jegliche Arbeit aufgeben und sich zuletzt in ein Sanatorium für Trübsinnige zurückziehen mußte. Nach glücklich durchgeführter Leukotomie konnte der Geheilte nicht nur seinen Beruf wieder annehmen, er zeichnete sich sogar vor den übrigen Direktoren durch die Fähigkeit, schnelle Entschlüsse zu fassen und die Verantwortung für gewagte Geschäfte zu übernehmen, dermaßen aus, daß er alsbald in die Londoner Zentrale des Unternehmens berufen und dort nicht lange danach zum Vorsit-

zenden des Verwaltungsrates gemacht wurde.

Nach den Worten Sir Allens soll der Sheffielder Fabrikdirektor nur einer von Tausenden seinesgleichen sein, deren vorzeitiges Versagen auf ein Zuviel an Hirn zurückzuführen ist, welchem Übel nunmehr durch Leukotomie schnell und ohne übermäßige Gefahr abgeholfen werden kann.

Auf Einwände mehrerer Akademiker entgegnete Doktor Wright, daß dieser Eingriff keineswegs eine revolutionäre Neuerung, sondern nur die systematische Vervollkommen einer bereits von den Alten geübten chirurgischen Praxis darstelle. Wie man an Hand von Skelettfunden in Mexiko und Peru nachweisen könne, sei die Kunst der Schädeltrepanation schon den Azteken und Inkas bekannt gewesen. Der Anblick von Wahnsinnigen, die ihre Stirne gegen Felsen oder Bäume stießen, habe zweifellos die Mediziner der Vorzeit auf den Gedanken gebracht, daß in den Köpfen der Kranken böse Geister wohnten, denen man durch Öffnung der Schädeldecke einen Ausgang schaffen müsse. Im Grunde — schloß Sir Allen mit einer Ironie, deren wahrer Natur es keinerlei Abbruch tut, daß sie weder ihm noch seinen Zuhörern, noch auch den Redakteuren der „New York Times“ bewußt ward — könne man demnach die leukotomische Heilung erschafften Unternehmungsgeistes durch Wegschneiden des überschüssigen Gehirns als eine bloße Rückkehr zur Theorie unserer Vorfahren in grauen Zeiten auffassen.

1947



Auf dem Schriftstellerbazar in Berlin am 1. Mai 1955

Nach der Rückkehr vom Militär studierte er an der deutschen Universität in Prag Germanistik und Geschichte; er promovierte 1923. Mit dem Ende des Krieges begann für ihn auch der Weg, den er ohne Zögern bis zu seinem Tode weiterging: der Weg der Revolution. Er gehörte seit 1919 dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei an und arbeitete als Student mit Julius Fucik in der Redaktion der linkssozialistischen Studentenzeitung „Avantgarde“. Als sich 1921 in der Tschechoslowakei die kommunistische Partei konstituierte,

beweist, wie schnell Weiskopf auf dem Gebiet des Romans fortgeschritten ist. Kein Ich-Erzähler tritt auf wie noch im „Slawenlied“, eine ganze Galerie klug und klar gesehener Gestalten tut sich vor uns auf. Wer das Volk von Berlin des Jahres 1932 wiederfinden will, seine Ängste, Krisen und Kämpfe, seine Lebensgewohnheiten, sein Gesicht — er findet das alles in „Lissy“.

„Lissy“ wurde auf der ersten Emigrationsstation geschrieben, die die alte Heimat war, in Prag, der Ruhe abgestohlen Nacht für Nacht, denn Weiskopf, der nach dem Reich-



Zupfgeigenhansel: „Jiddische Lieder“



Als die Nazis sechs Millionen Juden in die Gaskammern und vor die Erschießungskommandos trieben, vernichteten sie mit den Menschen eine ganze eigene Welt von Klängen, Gedanken, Gefühlen, Hoffnungen, Sehnsüchten, Erfahrungen, Erkenntnisse, eine eigene Kultur. Einen kleinen Eindruck dieser weitgehend nur noch in der Erinnerung lebenden Kultur vermitteln die „Jiddischen Lieder“, gesungen und gespielt von „Zupfgeigenhansel“. Die Lieder sind eine erschütternde Anklage gegen die Barbarei des Nazi-Faschismus.

Jiddisch war die Sprache, die in den Ghettos des Ostens gesprochen wurde. Mit dieser Sprache klingt uns aber auch eine Vergangenheit entgegen, die weit über die Jahre 1933 — 1945 zurückreicht. Bereits im Mittelalter machte sich die Verfolgung und Ghettoisierung der Juden auch sprachlich bemerkbar. Die mittelhochdeutsche Sprache wurde immer mehr mit hebräischen und aramäischen Wörtern aus dem religiösen und rechtlichen Bereich durchsetzt. Und während der deutsche Wortschatz verarmte, erhielt sich doch, vor allem in den Ghettos des Ostens, das Mittelhochdeutsch, verband seine reiche Klangfarbe mit der Knappheit der semitischen Sprachen und slawischen und litauischen Bestandteilen. „Shtil, di nacht is ojgeschternt“, heißt der erste Vers eines Liedes: Die Nacht ist ausgesternt — voller Sterne.

Die schönen und klangvollen jiddischen Lieder werden von „Zupfgeigenhansel“ gekonnt und überzeugend interpretiert. Neben Gitarre und Akkordeon setzen „Zupfgeigenhansel“ dabei — teilweise gespielt von Gastmusikern — eine Reihe weiterer Instrumente ein: Mandoline, Bouzourka, Geige, Kontrabaß, Flöte.

Die Spannweite der auf der Platte versammelten Lieder ist groß: Liebeslieder, Balladen, Partisanenlieder, Hochzeitslieder, Kinderlieder, Klagelieder. Schon die Texte (zugänglich gemacht durch eine bestens mit einer Einführung, mit Erläuterungen, Übersetzungen, Noten und Fotos ausgestattetes Beiheft) sind von großer Klangfarbe, Bildhaftigkeit und Sinnlichkeit. So etwa das Lied „Die grüne Kusine“, in dem ein jun-

ges Mädchen beschrieben wird: es wird nach Amerika auswandern und dort von elenden Arbeitsbedingungen zerstört werden.

„Herelech,
wi sejd-web gelokte,
tsejndelech,
wi perelech getokte.
Ejgelech,
wi himl-bloj in friling,
lipelech,
wi karschelech a tswilling.“
(Haare)

wie feingewebte Seide,
Zähne
wie gedrechselte Perlen,
Augen
wie Himmels-Blau im Frühling
Lippen
wie ein Kirschenzwilling.)

Am eindrucksvollsten sind aber die Lieder, die das Schicksal der Juden in unserem Jahrhundert beschreiben: Lieder der jüdischen Arbeiter, Lieder aus den Ghettos, Lieder jüdischer Partisanen. Viele der Verfasser und Komponisten dieser Lieder sind selbst den Nazi-Barbaren zum Opfer gefallen.

In diesen Liedern kommt die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit zum Ausdruck. „Und wir singen unser Lied, / von einem Land, einer neuen Welt, / wo freie Menschen leben. / Arbeitslos ist keiner mehr, / in dem neuen freien Land.“ heißt es in dem „Arbeitslose-Marsch“ des Krakauer Tischlers und sozialistischen Volkssängers Mordechaj Gebirtig, der 1942 bei einer „Aus-siedlung“ von einem deutschen Soldaten erschossen wurde.

In diesen Liedern wird erschütternd das Schicksal der Juden beschrieben: „Arme Kälbchen darf man binden, / und man verschleppt sie und schlachtet sie.“ Dies schrieb der Schriftsteller Jtschak Katsenelson unter dem Eindruck der Deportation seiner Kinder aus dem Warschauer Ghetto in das Vernichtungslager Auschwitz. Katsenelson starb später selbst in Auschwitz.

In diesen Liedern kommt schließlich der Widerstandswillen und der antifaschistische Widerstandskampf der Juden zum Ausdruck. Das eindrucksvollste Lied dieser Richtung — und vielleicht der ganzen Platte überhaupt — ist wohl das Partisanenlied „Sog nischit kejn-mol“, als er vom Warschauer Ghetto-Aufstand hörte. Treffender als mit diesen Worten ist das Schicksal der polnischen Juden, ihr Unglück und ihr Kampf nicht zu beschreiben:

„Dos lid gescribn is mit blut un nischit mit blaj,
s'is nit kejn lidl fun a fajgl ojf der fraj,
dos hot a folk tswischn falndike went
dos lid gesungen mit naganes in di hent.“
(Das Lied ist mit Blut und nicht mit Blei geschrieben,
es ist kein Lied von einem Vogel in der Freiheit:
es hat ein Volk zwischen zusammenstürzenden Wänden
das Lied gesungen mit Pistolen in den Händen.)

(„pläne“, 88 141, ca. 18 Mark.)

Heinar Kipphardt gibt heraus:

Satiren von und über Strauß

Kurzbesprechung und Auszüge

AUS LIEBE ZU DEUTSCHLAND

Satiren zu Franz Josef Strauß
Mit Graphiken, Fotos, Fotomontagen
AutorenEdition



Wolfgang Bächler	Richard Hey	Uwe Timm
Wolf Biermann	Dieter Hildebrandt	Horst Tomayer
Peter O. Christjanz	Rolf Hochhuth	Thaddäus Troll
F. J. Degenhardt	Hanns Dieter Hüsch	Reiner Uthoff
F. C. Delius	Heinar Kipphardt	Henning Venske
Rudi Dutschke	Alexander Kluge	Guntram Vesper
Berni Engelmann	Erich Kuby	Klaus Wagenbach
Ludwig Feis	Jürgen Lodemann	Peter Paul Zahl
Erich Fried	Peggy Parnass	Gerhard Zwerenz
Hermann L. Gremli	Roman Ritter	
Max von der Grün	Peter Rühmkorf	
Peter Hürting	Helmut Ruge	Herausgegeben von
Gert Heidenreich	Peter Schneider	Heinar Kipphardt
Helmut Heißenbüttel	Werner Schneyder	

224 Seiten, 36 Bildbeiträge, Verlag AutorenEdition, ca. 16 Mark.

Viele vergleichen Strauß mit Hitler

Etwa fünfzig Beiträge über und um den Kandidaten kommen zusammen in dem Band, den Heinar Kipphardt kürzlich herausgegeben hat. Schriftsteller, Journalisten, Liedermacher und Lyriker aus allen Teilen der Republik kommen zu Wort. Ich habe den 224 Seiten starken Band am Stück durchgeackert, mein Eindruck wird entsprechend vorläufig sein.

Kaum vermeidbar, daß bei der vom Herausgeber gewünschten Aufgabenstellung etliche Wiederholungen vorkommen. Ansonsten ist die Palette breit und bunt. Gut machen sich die zum Teil recht gelungenen Graphiken, Tuschen, Fotos und Fotomontagen, die 36 Seiten des Bandes in Beschlag nehmen.

Man findet mehr nachdenklich machendes, beispielsweise den Beitrag „Letzter Brief eines alten Mannes“ von Guntram Vesper (geb. 1941, lebt in Göttingen): Ein alter Mann beschreibt in einem letzten Brief die beklemmenden Zustände in einem deutschen Staat, an dessen Spitze ein Mann steht, der noch größer als Hitler ist.

Man findet Beiträge, die voll an die Lachmuskeln appellieren, wie den Beitrag von Max von der Grün (geb. 1926, lebt in Dortmund). Der frühere Bergmann zieht in seiner Erzählung „Das Denkmal im Fichtelgebirge“ ironisch gekonnt alle Register der Schnulze und des Kitsches, daß es eine Pracht ist.

Man findet Beiträge, die einfach durch die Tatsache, daß sie historisches Hintergrundmaterial über das Entstehen unserer Republik aufrollen, fast unfreiwillig komisch wirken. Hierzu mögen zwei Beiträge von Berni Engelmann (geb. 1921, lebt in Rottach-Egern) zählen, die seinem neuen Band „Wie wir wurden, was wir sind“ entnommen sind.

Es gibt auch mehr oder weniger belanglose Beiträge, die kaum über oberflächliche Polemik hinauskommen. Ich denke an die Beiträge von Peggy Parnass (lebt in Hamburg) und Dieter Hildebrandt

(geb. 1927, lebt in München), die ihr Thema auf solche Art und Weise angehen, daß man ebensogut einen anderen „originellen“ Politiker, der etwas für Satiriker hergibt, an Straußens Stelle hätte setzen können.

Insgesamt ist mir aufgefallen, daß die große Mehrheit der Autoren den Kandidaten mehr oder weniger offen mit dem starken Mann der 30er Jahre in Verbindung bringen wie zum Beispiel Jürgen Lodemann (geb. 1936, lebt in Karlsruhe), der in seinem Beitrag „Der größte Zauberlehrling“ den Generalsekretär Stoiber vom Chef zusammenstauen läßt, weil er im Redeentwurf für den Chef sich nicht genügend hat leiten lassen von dem „Herrn da drüben am anderen Inn-Ufer, der da aus Braunau“, dem Gefreiten des ersten Weltkrieges und Kanzlerkandidat von 1933.

Aber die Krone der Satire gebührt, die Autoren mögen mir verzeihen, sozusagen dem Anlaß des Buches, dem Kandidaten (von 1980, versteht sich) höchstpersönlich, dessen immer wieder lesens- und bedenkenswerte Zitate in großer Zahl über das ganze Buch verteilt sind.

Am treffendsten eigentlich fand ich den Beitrag von Henning Venske (geb. 1939, lebt in Wasserkoog-Husum), der einen längeren Redebeitrag zitiert, anschließend die Frage stellt, ob dieser wohl echt sein mag, dies ein paar Seiten weiter bestätigt und mit gespieltem Erstaunen fragt, warum der interessierte Leser jene zitierte Rede für eine des gegenwärtigen Kandidaten halte, in Wirklichkeit stamme sie von einem anderen ...

J. Vetter

Entwurf einer Reform des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Reiner Uthoff)

(10) Es sind im polizeilichen Einsatz nur Kinder zu töten, die noch Geschwister haben, um die Liquidität der polizeilichen Altersversorgung nicht zu gefährden.

(11) Kinder ... sind Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht erwachsen sind oder keinen Bart tragen oder das Gesicht hinter einer Wollmütze oder einem Tuch in der Weise verborgen halten, daß durch Augenschein nicht erkennbar ist, ob es sich um

einen Polizeibeamten in Zivil, ein Kind oder den Schützen selbst handelt. Im Zweifel ist davon auszugehen, daß der „Todesschuß“ als „finaler Rettungsschuß“ anzusehen ist, wenn der Schütze vor dem Schuß laut das Wort „Rettung“ ruft. Auch das Ausrufen von „Rettung“ unmittelbar nach dem Schuß oder an darauffolgenden Tagen beim Waffenreinigen kann nicht als verspätet angesehen werden, solange die Rettung des Staates noch anhält...

Horst Tomayer:

Verehrte Leserin, verehrter Leser! Die Einladung des Verlages AutorenEdition, an einer Satire-Anthologie über den Kanzlerkandidaten aus Bayern mitzuwirken, erreicht mich in einer Zeit tiefer Irritation. Satire über Strauß, einen Mann, der noch keine Faschisten- und Junta-hand ausschlug, der Subkulturschaffende in der APO-Zeit dem gesunden Volksempfinden empfahl als „Tiere, auf die menschliche Gesetze nicht anwendbar“ seien, der die deutsche Sozialdemokratie,

schwunglos wie sie ist, als „Schwungmasse“ des Faschismus denunziert, der die Einheitsgewerkschaft liebt wie Zahnschmerzen? Satire über einen Mann, dessen Karriere in den konservativen und reaktionären Kadern dieses Landes wie in einem Kokon der Restauration herangereift ist? Nein, dieser Mann ist durch die Bank weg ernst zu nehmen.

(Einleitung des Beitrags „Der Kandidat und seine Neigung zur Artillerie“.)

H.D. Hüsch:

Deutsches Küchenlied

Auch treffe ich öfter einen Herrn
Der liest den SPIEGEL und den STERN
Er kennt die Welt und weiß Bescheid
Von Zukunft und Vergangenheit
Es käme sagt er jetzt drauf an
Dem wirklich allerbesten Mann
Die Chance zu geben um zu zeigen
Daß Deutschlands Aktien wieder steigen

Nun stehn die Nobel-Nazis wieder auf
Und rennen überall zuhauf
Der Strauß ist dick der Strauß ist rund
Und macht das Kapital gesund:

(Auszug aus der 3. Strophe)



Karikatur von F.K. Wächter

Die Bombe und die Maschinenpistole ist das Ende der Kette. Am Anfang der Kette stehen die Verfälscher der Wertordnung, stehen die Vergifter der Sprache, stehen die Verfälscher der Begriffe und stehen die Vergifter der öffentlichen Meinung.

(Franz Josef Strauß)



Karikatur von Rainer Hachfeld

Bilderberg-Präsidium

Die neue Tätigkeit des Scheel

Ab Ende dieses Monats wird die berühmt-berüchtigte Bilderberg-Konferenz, benannt nach dem Hotel De Bilderberg im holländischen Oosterbeek, einen neuen Präsidenten haben: Walter Scheel, Expräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Die Konferenz bekanntgeworden durch Bernt Engelmanns Tatsachenroman „Hotel Bilderberg“, ist einer der exklusivsten internationalen Debattierclubs der Welt. Etwa 100 „Bilderberger“ treffen sich einmal im Jahr an teils bekannten, teils geheimen, immer aber sehr vornehmen Orten und debattieren und mauscheln über die aktuelle Weltpolitik. Der Runde gehören bzw. gehörten an: Henry Ford II, David Rockefeller, führende Männer der Exxon und der früheren Standard Oil, Edmond de Rothschild, Fiat-Chef Giovanni Agnelli, Tanker-König Stavros Niarchos, Rudolf August Oetker, Queen-Gatte Prinz Philip, Henry Kissinger, andere wichtige Politiker, hohe Militärs, Beamte aus dem State Department, Spitzenleute der CIA sowie einige Fachleute auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit, der psychologischen Kriegsführung, der Rüstung und der Politologie; Margaret Thatcher, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß. Gründer der Bilderberg-Konferenz 1954 war der holländische Prinzgemahl Bernhard; er präsidierte der Konferenz bis zur Aufdeckung des Lockheed-Skandals, in den „Bilderberger“ reichlich verweben waren.

Auf der Konferenz weht die Luft des westlichen Imperialis-



mus, der Geist des großen Geldes, des Dollars, der Finanzmanipulation, des Betrugs in großem Stil, der Waffenschmuggel, der Kriegsvorbereitungen und des Krieges. Scheel, der einstige Präsident der westdeutschen Republik der Krupp, Abs und Thyssen, tritt nun in einen neuen Tätigkeitsbereich ein; das Milieu wechselt er nicht.

Knappes Angebot: hohe Preise

In einem Monat 250 Tonnen Rotbarsch vernichtet

Der Verbraucher zahlt die Zeche

Nicht nur auf dem Obst- und Gemüsemarkt werden durch staatlich subventionierte Vernichtungsaktionen die Preise künstlich hochgehalten und -getrieben; die Vernichtungsaktionen betreffen auch andere Lebensmittelparten. Allein im Februar dieses Jahres wurden an der deutschen Nordseeküste 250 000 Kilogramm Rotbarschfilet vernichtet, um den Fischerei- und Lebensmittelunternehmen hohe Profitspannen zu gewährleisten.

Der einwandfreie Fisch, der nach Ansicht von Fachleuten zu günstigen Preisen ohne Schwierigkeiten im Einzelhandel abzusetzen gewesen wäre, wurde auf Kosten der Steuerzahler den Hochseefischerei-Unternehmen zum kürzlich erneut angehobenen EG-Aufkaufpreis abgenommen und zu einem Bruchteil des Preises an Fischmehlfabriken zur Herstellung von Viehfutter verkauft. Für diese Aktion zahlt der Bürger der Länder der EG praktisch zweimal:

Zum einen als Steuerzahler,

Armut in den USA

WASHINGTON.— Nach jüngsten statistischen Erhebungen zählen die Vereinigten Staaten 25 Millionen Menschen, die „offiziell“ arm sind. Das sind rund 11 Prozent der gesamten Bevölkerung im „reichsten Land der Welt“. Von den 25 Millionen Armen sind fünf Millionen alleinstehende Personen. Für eine vierköpfige Familie liegt die offizielle Armutsgrenze derzeit bei 6 700 Dollar Einkommen pro Jahr (rund 12 200 Mark).

um den Aufkauf der zur Vernichtung bestimmten Fischfilets zu finanzieren; zum anderen als Verbraucher, der die durch die Verknappung künstlich hochgehaltenen Fischpreise zahlen muß. Gerade zu Ostern — Fisch ist ein traditionelles Karfreitagessen — sind die ohnehin hohen Fischpreise noch einmal kräftig in die Höhe getrieben worden.

Die Vernichtung von Fisch zu dem einzigen Zweck, die Preise hoch zu halten, hat bereits gewaltige Ausmaße angenommen. Allein was den Rotbarsch betrifft, sind in den vergangenen Jahren jeweils vier bis fünf Millionen Tonnen davon „aus dem Markt genommen“ worden, wie es offiziell heißt. Dies angesichts des Raubbaus

an den Fischbeständen der Weltmeere! Die Vernichtung von hochwertigem Speisefisch durch die kapitalistischen Konzerne mit Unterstützung kapitalistischer Staaten — in diesem Falle auch der Bundesrepublik — zeigt anschaulich die völlige Unfähigkeit der Profitjäger, mit den Natur- und Nahrungsressourcen der Erde auch nur annähernd vernünftig umzugehen.

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß das Bundesernährungsministerium jährlich Millionenbeträge an „Werbungskosten“ ausgibt, um dem Verbraucher bisher weniger bekannte Fischarten schmackhaft zu machen, weil gefragte Arten wie Hering oder Rotbarsch nicht mehr ausreichend gefangen werden könnten...

Franz Josef Strauß

Zum Ehrenscheriff von Texas gekürt



Der Sheriff steht ihm schon ganz gut: Faustrecht unterm Cowboy-Hut. Doch besser machte sich der Mann als Ober-Lynch vom Ku-Klux-Clan.

DDR verdiente an beraubtem Silbertransport 7 Millionen

Die Ganoven kamen ganz zur rechten Zeit...

Das passiert nicht alle Tage: Ein Überfall auf einen Silbertransport mit Millionenbeute verschafft den Beraubten gleichzeitig sieben Millionen Mark; die sieben Millionen sind faktisch ein Spekulationsgewinn, der ohne den Raub nicht erzielt worden wäre; als Spekulant fungiert ein ganzer Staat, der auch noch in Worten die Spekulation als „Couponschneiderei“ ablehnt — die DDR. Aber der Reihe nach.

Seit Jahren spekuliert die DDR in großem Umfang auf dem Londoner Silbermarkt; sie hat sich dort sogar zum bedeutendsten Einzelhändler entwickelt. Offiziell behauptete die DDR, sie benötige das Silber jeweils für industrielle Zwecke. Deswegen bleiben die gekauften und verkauften Mengen auch nicht (wie bei normalen Spekulanten) in den überfallsicheren Tresoren der großen Handelshäuser, sondern werden stets zwischen

London und Ost-Berlin hin- und hertransportiert.

Vor über zwei Wochen wurde in London wieder ein solcher Transport vorbereitet. Die Arbeiter und Angestellten des mit der Fracht beauftragten Speditionsunternehmens wußten jedoch schon Tage vorher, daß eine wertvolle Silberfracht befördert werden sollte. Warnungen wegen der auffälligen Sorglosigkeit schlugen die ostdeutschen Silberspekulanten in

den Wind. Am Montag vorletzter Woche startete der Transport und wurde prompt überfallen.

Die Räuber erbeuteten 321 Barren zum Marktwert von 3,4 Millionen Pfund (etwa 14 Millionen Mark). Der Überfall war jedoch nicht zum Schaden der DDR-Außenhandelsfirma, der die Ladung gehörte. Die Ladung war nämlich zum Marktwert des Silbers versichert. Der Silberpreis fiel jedoch von Montag bis Freitag vorletzter Woche an den internationalen Börsen um rund 55 Prozent. Die Ganoven kamen also ganz zur rechten Zeit; den Kursverlust von 7 Millionen Mark trägt nun die Versicherungsfirma.

Fast könnte man meinen, der Überfall sei nicht nur wunschgemäß, sondern „wie bestellt“ eingetreten. Vieles an dem — immer noch nicht aufgeklärten — Überfall wirkt tatsächlich sehr befremdend. So weiß man immer noch nicht, warum der Silbertransporter und ein ihn begleitender PKW mit zwei Sicherheitsmännern nicht per Funk miteinander verbunden waren. Außerdem sind die Gründe dafür, warum der Transport sich eine halbe Stunde verspätete, noch unaufgeklärt.

In einem allerdings scheint nun kein Zweifel mehr zu bestehen. „Wir glauben inzwischen“, sagt der mit der Aufklärung des Falls beauftragte Detective Chief Superintendent David Little von Scotland Yard, „daß sich in dem LKW wirklich Silber befand.“

Der Fall Bastian: Und was kommt jetzt?

Wegen seiner Kritik an dem Atomraketenbeschluß der NATO wurde der Bundeswehrgeneral Bastian zunächst seines Postens als Divisionskommandeur enthoben und strafversetzt. Dann erhielt seine Frau — freie Mitarbeiterin am Bonner Kriegsministerium — einen Drohbrief ihres Vorgesetzten mit der Aufforderung, sich von ihrem Mann zu distanzieren. Dann wurden Disziplinarmaßnahmen gegen den kritischen General eingeleitet wegen eines angeblichen Verhältnisses, das Bastian vor sechs Jahren mit der Frau eines Oberstleutnants gehabt haben soll. Und was kommt jetzt?...



Samstag, 12. April, 10.50 Uhr, Südwest III.

Nachtasyl. Französischer Spielfilm aus dem Jahre 1936 nach dem gleichnamigen Theaterstück von Maxim Gorki. Regie: Jean Renoir.

Samstag, 12. April, 22.15 Uhr, Hessen III

Mahagonny. Ein Songspiel nach Texten von Brecht. Musik: Kurt Weill. Das Songspiel, 1927 in Baden-Baden uraufgeführt, bildete die Vorstufe zu der Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Kurt Weill und Bert Brecht. — Kurt Weill, vor allem bekanntgeworden als Komponist der „Dreigroschenoper“, starb am 3. April 1950. Anlässlich seines 30. Todestages strahlen die Sender einige Aufführungen seiner Werke aus. Siehe auch die beiden folgenden Tips.

Samstag, 12. April, 22.55 Uhr, Hessen III

Kurt Weill: Der Silbersee. Konzertsuite aus der Musik zu Georg Kaisers gleichnamigem Schauspiel.

Samstag, 12. April, 23.15 Uhr, Nord III

Kurt Weill: Der neue Orpheus. Kantate auf einen Text von Iwan Goll.

Sonntag, 13. April, nach 10.25 Uhr, ZDF

Dichterlesung zum 50. Todestag von Wladimir Majakowski. Die Sendung wird nach dem Spielfilm „Die Sonne über dem Meer“ im Rahmen des ZDF-Matinee ausgestrahlt.

Sonntag, 13. April, 20.15 Uhr, ZDF

Der Menschenfeind. Schauspiel von Hans Magnus Enzensberger nach dem Stück von Molière. — Enzensberger versucht mit seinem Stück, Molières Komödie in die heutige Zeit zu versetzen. — Eine Aufzeichnung der Uraufführung der Freien Volksbühne Berlin.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei, Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 29, Tel.: 0203/44 30 14

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schillerplatz 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-15, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linienkurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0421/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegrube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/250 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.